

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Januar 2020

10. Berliner Sozialgipfel 2019 für eine soziale Stadtentwicklung

Bezahlbares Wohnen für alle!?

Mit großer Beteiligung und öffentlicher Beachtung fand am 18. November der 10. Berliner Sozialgipfel statt. Dabei handelt es sich um ein Bündnis von Sozialverbänden, Gewerkschaften und dem Berliner Mieterverein, bei dem der SoVD-Landesverband und der DGB-Landesbezirk die Koordination übernommen haben.

Gemeinsames Anliegen der Veranstaltung war das Thema „Wohnen für Alle!“. Die Teilnehmer*innen forderten, Art. 28 Abs. 1, Satz 1 der Landesverfassung – „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum“ – umzusetzen. Dieser Berliner Sozialgipfel war auf angemessenes und bezahlbares Wohnen für die besonders benachteiligten Personengruppen wie Menschen in höherem Lebensalter, mit Behinderung sowie mit Migrations- und Fluchthintergrund ausgerichtet. Als prominente Gastrednerinnen konnten Bausenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) sowie die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Christine Braunert-Rümenapf, gewonnen werden. Die Moderation übernahm Tina Groll, Wirtschaftsredakteurin bei Zeit Online.

Besondere Aufmerksamkeit erzielte Lars Hemme, Teilhaberberater des VdK und selbst von schweren Behinderungen betroffen. Er stellte die vielfältigen Diskriminierungen und Nachteile gerade in Bezug auf angemessenes und bezahlbares



Foto: Herbert Schlemmer

Von links: Bausenatorin Katrin Lompscher, SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und Moderatorin Tina Groll (Zeit Online).

Wohnen eindrucksvoll dar. Der 10. Berliner Sozialgipfel setzte ein Zeichen für bezahlbare Wohnungsmieten für alle. Die starken Kostensteigerungen der vergangenen Jahre müssen wirksam begrenzt werden. Der vom Berliner Senat beschlossene Mietendeckel ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der SoVD-Landesverband wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um für seine Mitglieder, die häufig zu den

benachteiligten Menschen gehören, angemessenes, bezahlbares und barrierefreies Wohnen durchzusetzen. Auch dieser Berliner Sozialgipfel hat gezeigt, dass „Wohnen“ immer mehr zu einem existenziellen sozialpolitischen Anliegen wird.

Das Positionspapier und der Pressespiegel zum 10. Berliner Sozialgipfel kann auf der Internetseite des Landesverbandes unter: www.sovd-bbg.de nachgelesen werden.

Fachtagung zum geplanten Landesantidiskriminierungsgesetz

Weitere Punkte eingebracht

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg führte am 11. November 2019 gemeinsam mit der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin eine Fachtagung zum geplanten Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) durch.

Die zahlreichen Vertreter*innen von Menschen mit Behinderung, älteren Menschen, Abgeordneten, Senatsverwaltung und Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit bestätigten mit großer Einmütigkeit das Anliegen des SoVD, das LADG auf den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und beim Umgang mit öffentlichen Verwaltungen auszuweiten.

Als unverzichtbar wird die geplante Vermutungsregelung herausgestellt, die eine Beweislastentlastung bewirkt.

Weitere Punkte sind zum Beispiel die Möglichkeit eines Verbandsklagerechts, mit dem die berechtigten Verbände bei ge-

nerellen Diskriminierungstatbeständen Klagen vornehmen können und die Möglichkeit, dass eine diskriminierte Person das Klagerecht auf den Verband übertragen kann.

Die Einrichtung eines Rechtshilfefonds wird empfohlen. Die vorgesehene Ombudsstelle wird sich als sinnvoll herausstellen, da sie eine gütliche Einigung im Klagevorfeld ermöglicht. Voraussetzung ist jedoch ihre finanziell und personell ausreichende Ausstattung.

Der SoVD wird das parlamentarische Verfahren weiterhin verfolgen und hofft, dass das Gesetz ohne Abstriche in Kraft treten kann.



Von links: Gerlinde Bendzuck (Landesvereinigung Selbsthilfe) und Ursula Engelen-Kefer (SoVD Landesverband).

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des SoVD,

Der SoVD-Landesverband Berlin Brandenburg ist für das neue Jahr 2020 gerüstet. Bei der Bundesverbandstagung vom 8. bis 10. November wurden alle sozialpolitischen Anträge unseres Landesverbandes einstimmig angenommen. Dabei geht es insbesondere um Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in höherem Lebensalter, mit Behinderung, in Arbeitslosigkeit und Armut, aber auch um bezahlbares und barrierefreies Wohnen sowie ausreichende Gesundheitsversorgung und Pflege. Dies ist für uns alle die dringende Verpflichtung zum Handeln.

Mit dem Kompromiss der Großen Koalition zur Grundrente wurden wichtige Forderungen des SoVD aufgenommen. Die Lebensleistung der von Altersarmut gefährdeten Menschen wird endlich bei der Rente anerkannt. Wenn auch nach wie vor erhebliche Mängel bestehen, sind dies Schritte in die richtige Richtung. Wir werden uns im Landesverband dafür einsetzen, dass die Grundrente auch in Berlin und Brandenburg bei der Bekämpfung von Altersarmut insbesondere unter Frauen wirksame Hilfestellung leistet.

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu sozialer Gerechtigkeit ist das lang erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. November für die Begrenzung der Sanktionen bei Hartz IV. Dies betrifft Berlin und Brandenburg mit einem hohen Anteil von arbeitslosen Menschen und Hartz-IV-Empfänger in besonderem Maße. Dabei haben wir gerade erfahren müssen, dass die Sanktionen auch viele Kinder und Jugendliche in Hartz-IV-Familien betreffen. Gerade für sie bedeutet die Kürzung oder sogar der gesamte Wegfall der Hartz-IV-Leistungen weitere gesellschaftliche Ausgrenzung und damit noch geringere Chancen auch für das zukünftige Leben. Es war daher höchste Zeit, dass das Bundesverfassungsgericht hier endlich ein Stoppzeichen gesetzt hat, dass die Politik schon längst hätte machen müssen. Wir werden es mit allen Kräften unterstützen.

Wir haben ebenfalls begonnen, unsere eigenen Strukturen und Leistungen für eine Stärkung der Selbsthilfe, für gesellschaftliche Teilhabe sowie Dienste für unsere Mitmenschen mit Benachteiligungen und Handicaps zu verbessern. Wir setzen dabei auf eure aktive Beteiligung auf Landes-, Kreis-, Bezirks- und Ortsverbandsebene.

In diesem Sinne wünsche ich euch und uns ein gutes neues Jahr 2020,

**eure Landesvorsitzende
Ursula Engelen-Kefer**

Medikamente am Steuer

Dass Alkohol und Drogen am Steuer die Unfallgefahr drastisch erhöhen, ist den meisten Verkehrsteilnehmern bewusst. Weniger beachtet wird dagegen der Einfluss von Medikamenten auf die Fahrtüchtigkeit. Und der ist immens. Immerhin lassen rund 2.800 der in Deutschland rund 55.000 zugelassenen Medikamente kein sicheres Fahren mehr zu. Darauf weist die Aktion Das sichere Haus (DSH) in der neuen Ausgabe seiner Zeitschrift von „Sicher zuhause & unterwegs“ hin. Das Heft kann bei der DSH kostenlos bestellt werden: Deutsches Kuratorium für Sicherheit in Heim und Freizeit e. V., Holsteinischer Kamp 62, 22081 Hamburg. Als kostenlosen Download ist es erhältlich unter: <https://das-sichere-haus.de/unsere-themen/sicher-im-alltag/dsh-magazin>.

Quelle: DSH

Berliner Inklusionspreis zeichnet vorbildliche Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung aus

Inklusion ist auch wirtschaftlich erfolgreich

Sozialstaatssekretär Alexander Fischer überreichte im Wappensaal des Berliner Rathauses den Berliner Inklusionspreis 2019 an Unternehmen, die sich besonders aktiv und nachhaltig für die Inklusion schwerbehinderter Arbeitnehmer*innen in ihren Betrieb einsetzen.

Ausgezeichnet wurde auf der Preisverleihung: das Repro- und Werbezentrum Prenzlauer Berg GmbH. Fünf von zehn der Mitarbeiter*innen sind schwerbehindert. Ferner die Grieneisen GmbH, ein Traditionsbetrieb der Ahorn-Gruppe, in dem 22 der 180 Angestellten eine Schwerbehinderung aufweisen. Und schließlich das Vivantes Netzwerk für Gesundheit, bei dem unter den 16.000 Beschäftigten 1.400 Menschen mit Schwerbehinderung einen Arbeitsplatz gefunden haben.

Der Sonderpreis der seit 2013 stattfindenden Veranstaltung ging an die Berliner Humboldt-

Universität, in der ein Beschäftigungsprozentsatz für Schwerbehinderte von 6,5 Prozent erreicht wird und wo sich die Inklusion auf alle Arbeitsebenen verteilt.

Besonders geehrt wurde der Chef des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, Franz Allert, auf den die Preisidee zurückgeht und der vor seinem Eintritt in den Ruhestand zum letzten Mal amtlich an der diesjährigen Verleihung teilnahm.

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg war ebenfalls bei der feierlichen Preisübergabe dabei. Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer hob hervor:



Die prämierten Unternehmen des Berliner Inklusionspreises 2019.

„Der Berliner Inklusionspreis, jeweils dotiert mit 10.000 Euro, ist ein Ansporn für Berliner Groß-, Mittel- und Kreisbetriebe, den Beweis zu liefern, dass

Inklusion nicht nur menschlich machbar, sondern auch wirtschaftlich erfolgversprechend ist. Besonders wichtig wird es sein, dass dabei zukünftig die

Ausbildungs- und anschließenden Beschäftigungsangebote für junge Menschen mit Behinderung noch mehr in den Vordergrund gerückt werden.“



Wir kümmern uns

Mit 100 Jahren Erfahrung ist der SoVD der älteste Sozialverband Deutschlands. Der SoVD berät seine Mitglieder sozialrechtlich und vertritt die Interessen der gesetzlich Sozialversicherten, der Rentner*innen sowie der behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen in Deutschland. In der Geschäftsstelle des Landesverbandes Berlin-Brandenburg ist Renate Augner die erste Anlaufstelle für die Fragen der Mitglieder zu sozialrechtlichen Anliegen.

Für welche Anliegen wird die Hilfe unserer Sozialberatung benötigt?

Häufig geht es um die Ablehnung eines Antrages bei der Krankenkasse für ein Hilfsmittel wie zum Beispiel einen Rollstuhl, Rollator, Treppenlift oder ein Pflegebett. Gegen einen Bescheid kann man Widerspruch einlegen. Wichtig ist dabei, die Widerspruchsfrist nicht zu versäumen und gewisse Formvorgaben und Inhalte zu beachten. Wir helfen aber auch gerne bei der Formulierung.

Welche Fragen kommen sonst noch häufig vor?

Viele Fragen drehen sich um das Thema Altersrente oder zum

Beispiel Erwerbsminderungsrente. Wie beantrage ich meine Rente? Kann ich vorzeitig in Rente gehen? Wie hoch wird meine Rente später sein und habe ich Anspruch auf die Mütterrente? Diese und noch viele Fragen mehr erhalten wir tagtäglich. Unser Versichertenältester Karlheinz Winkelmann hilft nach telefonischer Terminvereinbarung bei den Rentenanträgen und gibt Auskunft darüber, welche Unterlagen zur Beratung mitgebracht werden sollten.

Sicherlich benötigen auch Menschen mit Behinderung die Unterstützung unserer Sozialberatung?

Ja, natürlich – denn Menschen

mit Behinderung haben oft Anspruch auf zahlreiche Leistungen. Doch diese zu kennen und zu beantragen ist kompliziert. Genau dabei helfen wir weiter. Unser Berater Joachim Kühlen weiß, an welche Behörden man sich wenden muss. Nach telefonischer Terminvereinbarung hilft er bei der Schwerbehindertenbeantragung. Wie kann ich einen Schwerbehinderten-Ausweis beantragen? Welches Merkzeichen steht mir zu? Wie erhalte ich einen Schwerbehindertenparkplatz? Wann habe ich Anspruch auf Assistenzleistungen? Ich bin mit dem Bescheid des Versorgungsamtes nicht einverstanden. Was kann ich tun?

Interview: Ute Loßin



Einer der Berliner Pflegestützpunkte, hier in Moabit gelegen.

Festveranstaltung in Berlin zum Jubiläum

Berlin seit zehn Jahren mit Pflegestützpunkten

Unter dem Motto „10 Jahre Pflegestützpunkte Berlin“ fand im Roten Rathaus in Berlin eine Festveranstaltung statt. Eingeladen dazu waren Vertreter*innen aus Politik, Krankenkassen, Pflegekassen und Interessenverbänden sowie die Vorsitzende der LandesseNIerenvertretung, Dr. Johanna Hambach. Als Vertreterin des Kreisverbandes Tiergarten-Wedding nahm die stellvertretende Vorsitzende Marion Halten-Bartels an der Veranstaltung teil.

Mit Genugtuung wurde auf der Veranstaltung von allen Beteiligten festgestellt, dass Berlin die meisten Pflegestützpunkte in der Bundesrepublik hat. Die Pflegestützpunkte haben die früheren Koordinierungsstellen „Rund um das Alter“ ersetzt. Träger sind nunmehr das Land Berlin sowie die Kranken- und Pflegekassen.

Obwohl sie bereits seit jetzt zehn Jahren tätig sind, beklagen die Einrichtungen noch immer einen mangelnden Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung. Zum Angebot der Pflegestützpunkte gehört zum Beispiel die kostenfreie Beratung von Betroffenen und deren Angehörigen über technische und sonstige Hilfsangebote, über finanzielle Möglichkeiten – auch für die pflegenden Familienmitglieder –, über Pflegeeinrichtungen, Unterstützungsmöglichkeiten und Patientenverfügungen. Auch Hausbesuche sind möglich.

Es empfiehlt sich jedoch, rechtzeitig die vielfältigen Beratungsangebote der Pflegestützpunkte wahrzunehmen und nicht erst nach Eintreten des Ernstfalles.



Wenn Sie Hilfe brauchen, sprechen Sie uns bitte an. Wir informieren Sie zu den Beratungsangeboten des SoVD und nennen Ihnen Ansprechpartner*innen der Sozialberatung in unseren Kreis- und Ortsverbänden. Tel.: 030/26 39 38-11, Fax: -29 oder E-Mail: contact@sovd-bbg.de, Sozialberatung: montags und donnerstags von 14 bis 18 Uhr.



Ansprechpartnerin Renate Augner



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Wilmersdorf



Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Kreisverband Neukölln

In der Kreisvorstandssitzung am 13. November 2019 teilte der 1. Vorsitzende Lothar Pollak den Vorstandsmitgliedern mit, dass er sich nicht mehr weiterhin zur Wahl stellen werde. Die Mitglieder bedankten sich bei ihm für die jahrelange Vorstandsarbeit. Der anwesende 2. Landesvorsitzende Joachim Krüger machte der Versammlung daraufhin Vorschläge für die Weiterführung des Kreisverbandes.

Psyk. Es war für alle ein tiefer Schock. Die jetzige Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer übernahm das Amt.

Ein ebenso tiefer Einschnitt war die Tatsache, dass bereits kurz nach den Vorstandswahlen am 12. November 2019 die ebenfalls langjährige stellvertretende Vorsitzende und zuletzt als Beisitzerin tätige Margit Wille kurz nach ihrem 90. Geburtstag verstarb.

Die nötige, erneute Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen fand unter besonders reger Beteiligung statt. Dabei konnten auch einige neue Mitglieder zur aktiven Arbeit im neuen Vorstand gewonnen werden.

Wie beim letzten Mal fungier-

te Bodo Feilke, Vorsitzender des Kreisverbandes Wilmersdorf-Charlottenburg und Beisitzer im Landesvorstand, wieder als Wahlleiter.

Der Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost ist jetzt wieder gut aufgestellt. Der Vorstand wird alles daran setzen, die positive Entwicklung der Mitglieder, die unter Uschi Psyk stattfand, fortzuführen.

Ortsverband Wilmersdorf

Der Vorstand hatte alle Mitglieder des Ortsverbandes Wilmersdorf zur Versammlung mit Vorstandswahl am 17. Oktober 2019 eingeladen. Die Veranstaltung fand beim Landesverband Berlin-Brandenburg im Konferenzzentrum statt und war gut besucht. Nach der Begrüßung am neuen Ort durch den Vorsitzenden Bodo Feilke gab es die Berichte der Vorstandsmitglieder mit Aussprache und der Vorstand wurde einstimmig entlastet.

Anschließend führte Wahlleiter Jürgen von Rönne, Vorsitzender des Ortsverbandes Charlottenburg, die Wahl durch. Bodo Feilke wurde erneut zum 1. Vorsitzenden gewählt und bekommt durch ein teilweise neu gewähltes Team Unterstützung (siehe Foto).

Kreisverband Steglitz

Am 9. Oktober 2019 fand im Maria-Rimkus-Haus in Steglitz die Mitgliederversammlung mit Ortsverbandswahlen statt. Als Wahlleiter fungierte der 2. Landesvorsitzende Joachim Krüger, das Protokoll führte Bärbel Effner. Zum 1. Vorsitzenden wurde Wolfgang Engelmann gewählt, zum 2. Vorsitzenden Dieter Effner. Schatzmeisterin wurde Bärbel Effner; als Schriftführer fungiert Klaus Engelmann, als Frauensprecherin Christel Berend. Beisitzerinnen sind Jutta Nakonz und Brigitte Lossau-Rafig, Revisor*in Udo Pinnow und Brigitte Röder. Herzlichen Glückwunsch!



Kreisverbände Steglitz und Zehlendorf

SoVD beim Volkstrauertag 2019 präsent

Kränze niedergelegt

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hatte am Volkstrauertag zwei eindrucksvolle Kranzniederlegungen organisiert. Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg war in beiden Fällen mit jeweils einem Kranz vertreten.

Am 80. Jahrestag des Überfalls auf Polen durch das Hitler-Regime war es besonders beeindruckend, dass diese Gedenkveranstaltungen mit Vertretern aus dem militärischen und zivilen Bereich von Polen organisiert und durchgeführt wurden. Die Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Plötzensee wurde von Jugendorganisationen aus Deutschland und Polen getragen.

Bei der internationalen Gedenkstunde mit Kranzniederlegungen auf dem ehemaligen Standortfriedhof in Neukölln waren Botschafter aus der ganzen Welt beteiligt.

Besonders eindrucksvoll war die zentrale Gedenkveranstaltung am Volkstrauertag im Reichstag mit der Gedenkrede des ehemaligen Bürgermeisters von Breslau.

Zum Gedenken für die Opfer beider Weltkriege und der Gewaltherrschaft legten Mitglieder des Ortsverbandes Neukölln-Britz-Buckow einen Strauß am Ehrenmal der evangelischen Dorfkirche Alt-Buckow nieder. Eine Abordnung der Kreisverbände Steglitz und Zehlendorf legte einen Kranz auf dem Steglitzer Friedhof an der Bergstraße nieder, Kassierer Knut Jacob einen Kranz für den Ortsverband Frohnau am Ehrenmal. In der Frohnauer Invalidensiedlung wurde dem letzten Kommandanten und Widerstandskämpfer Oberst Wilhelm Staehle gedacht.



Ortsverband Frohnau



Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow



Kreisverband Steglitz



Kreisverband Neukölln



Termine der Kreis- und Ortsverbände

Liebe Mitglieder und Freund*innen des SoVD

In den Kreis- und Ortsverbänden bieten wir zahlreiche Aktivitäten an. Unsere Mitglieder und Gäste laden wir herzlich ein, daran teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen stehen Ihnen telefonisch sowie per E-Mail zur Verfügung. Die Termine entnehmen Sie bitte der monatlichen Übersicht. Wir freuen uns auf Sie!

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Tel.: 030/26 39 38 80.

Sozialberatung/Antragstellung-Rente & Schwerbehinderung, Montag und Donnerstag 14-18 Uhr, Jenny Fruth, Tel.: 030/26 39 38 11.

Mitgliederverwaltung und Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14.

Haustechnik / Verwaltung: Torsten Pavel, Tel.: 030/26 39 38 15.

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26 39 38 27.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 28 21.

Die Landesgeschäftsstelle ist ab dem 6. Januar wieder geöffnet.

Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Versammlungsort: Die Altstädter e. V., Bäckerstr. 14, 14770 Brandenburg an der Havel, Anschrift Kontaktstelle: Ritterstr. 95, 14770 Brandenburg a. d. H., Info: Dagmar Herz, Tel.: 03381/5 51 51 31, E-Mail: bastelherz@hotmail.de,

Sprechstunde: jeden Dienstag von 10–13 Uhr.

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Landesverband Berlin-Brandenburg, Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: joachim.melchert@sovd-bbg.de.

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Tel.: 03372/43 33 97, Neuheim 6, 14913 Jüterbog.

Kreisverband Berlin-Ost Servicesprechstunde und Sorgentelefon

Montags, 13–17 Uhr, andere Tage nach Absprache. Wir bitten um telefonische Terminvereinbarung. Ansprechpartner: Holger Kahl, Tel.: 030/72 62 22 385, mobil: 0173/5 64 72 36, Fax: 030/67 89 53 74, E-Mail: sov.kv-ost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Vorschau: 11. Februar: Mitgliederversammlung, Begegnungsstätte Judith-Auer-Straße 8, 10369 Berlin. Info: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 0170/33 51 445, E-Mail: @engelen-kefer.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

24. Januar, 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Info: Manfred Jander, Tel.: 030/75 12 181, E-Mail: manfredjander@gmail.com.

Ortsverband Treptow-Köpenick

14. Januar, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, Altes Rathaus Johannisthal, Sternendamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160, M11 sowie Tram 60. Info: Michael Nakoinz, Tel.: 030/6 54 15 90, E-Mail: m.nakoinz@gmail.com.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Charlottenburg

8. Januar, 16 Uhr: Mitgliederversammlung und Jahresrückblick, Restaurant „Rouladenhaus zur Quelle“.

21. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung und Jahresrückblick, Stadteitzentrum Nehringstraße. Info: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/38 27 645, mobil: 0152/54 30 73 39, E-Mail: sovd-charlottenburg@gmx.de.

Ortsverband Wilmersdorf

Jeden 4. Samstag im Monat: Frauenstammtisch im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin.

16. Januar, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Aktuellem aus der Sozialpolitik, Sozial- und Schwerbehindertenberatung, Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 49, 10715 Berlin. Info: Bodo Feilke, Tel.: 81 78 682 oder E-Mail: b.feilke@gmx.de.

Kreisverband Spandau

Die Kreisgeschäftsstelle ist ab dem 7. Januar wieder geöffnet.

Kreisverband Neukölln

Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

20. Januar, 16.15 Uhr: Versammlung im Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Alt-Buckow 38, 12349 Berlin. Gast: Landesvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer. Info: Edith Massow, Tel.: 030/60 32 810, E-Mail: edith-massow@t-online.de.

Telefonische Anmeldung für die Rentenberatung unter Tel.: 0175/10 57 894 (mobil).

Kreisverband Reinickendorf Ortsverband Frohnau

9. Januar, 13 Uhr: Mitgliederversammlung, im „Maestral“ – Jugoslawisches Grillhaus, Eichborndamm 236, 13437 Berlin. Info: Katrin Westphal, Tel.: 030/75 70 71 11, Knut Jacob, Tel.: 030/47 37 09 10.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

23. Januar, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenklub „Lindenufer“, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Info: Elke Beuke, Tel.: 030/3 63 43 34, E-Mail: h-beuke@t-online.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

Vorschau: 6. Februar: Mitgliederversammlung, Info unter: Tel.: 0171/12 51 999.

Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

8. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung zum Thema „Wo uns der Schuh drückt!“ Erfolg durch die SoVD-Sozialrechtsberatung.

Mitgliederversammlung und Sozialberatung jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr

im Seniorentreff (barrierefrei) Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Info: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/76 40 32 10, E-Mail: wolfgang.engelmann@kabelmail.de, oder Dieter Effner, Tel.: 030/7 21 42 98, E-Mail: dundbeffner@t-online.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

11. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung und Vorstellung des Jahresprogramms 2020, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlentberg“ 12, 10825 Berlin.

Sprechstunde / Sozialberatung jeden 3. Mittwoch, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131. Info: Mitgliederbetreuung, Telefon zur Sprechstunde und dienstags, 11–13 Uhr, Tel.: 030/26 39 38 22, E-Mail: kvschoeneberg@sovd-bbg.de.

Bei Umzug bitte Änderungen telefonisch mitteilen.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

11. Januar, 10.30 Uhr: Neujahrsfrühstück mit Vorstellung der Jahresplanung 2020 und gegebenenfalls Ehrungen, SoVD-Geschäftsstelle Tiergarten, Waldstraße 48, 10551 Berlin. Anmeldung unbedingt erforderlich bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/414 46 62, Info: Joachim Krüger: Email: j.h.krueger@gmx.net.

Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

17. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung und Terminplanung für 2020, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Info: Hans Drenckmann, Tel.: 030/79 22 648.



Glückwünsche

*Überlege einmal,
bevor du gibst
und bevor du annimmst,
und tausendmal,
bevor du verlangst.*

Marie von Ebner-Eschenbach

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratulieren wir von Herzen und wünschen alles Liebe, gesundheitliches Wohlergehen für das neue Lebensjahr und Vertrauen für jeden neuen Tag.

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 3.1.: Ingeborg Kortmann, Berlin.

91 Jahre: 8.1.: Erika Paulig,

Berlin; 11.1.: Isolde Hirsch, Teltow; 15.1.: Hildegard Rothe, Berlin; 17.1.: Erika Schubert, Berlin; 29.1.: Erika Rammonat, Berlin.

92 Jahre: 27.1.: Ursula Hamel, Berlin.

93 Jahre: 18.1.: Sasso Hinz, Berlin.

94 Jahre: 20.1.: Edwin Günthermann, Berlin; 24.1.: Walter Eichner, Beelitz; 31.1.: Gertrud Knöfel, Berlin.

95 Jahre: 14.1.: Margot Schwarz, Berlin.

97 Jahre: 18.1.: Dora Seifert, Berlin.

98 Jahre: 18.1.: Henning Korschitzki, Stadtsteinach.

101 Jahre: 6.1.: Hildegard

Harter, Berlin.

Herzliche Gratulation und Dank für Treue zum SoVD gehen an:

Für 30 Jahre: 1.1.: Manfred Korittke, Berlin; 1.1.: Edith Riehn, Berlin; 25.1.: Dieter Schreiber, Berlin.

Für 40 Jahre: 1.1.: Jürgen Elzne, Berlin; 1.1.: Heinrich Feisel, Brandenburg.

Für 50 Jahre: 1.1.: Karin Götz-Marienfild, Berlin.

Für 55 Jahre: 2.1.: Anni Kulke, Berlin.

Für 60 Jahre: 22.1.: Horst Wagner, Berlin.

Für 70 Jahre: 3.1.: Hans Köpke, Berlin.

(Stand: 25.11.2019)



Aktuelle Urteile

Patientenverfügung: Zeugenaussagen können einen ungenauen Willen konkretisieren

In dem vor dem Bundesgerichtshof (BGH) verhandelten Fall hatte eine 68-jährige Frau einen Schlaganfall erlitten und liegt seit zehn Jahren als Pflegefall im Wachkoma, wobei sie sich einen Monat nach dem Schlaganfall noch einmal äußern und sagen konnte, dass sie sterben wolle. Die zehn Jahre vor dem Schlaganfall erstellte Patientenverfügung war hingegen nicht so konkret. Der Sohn der Frau stellte sechs Jahre danach bei Gericht den Antrag, die künstliche Ernährung einzustellen. Die Richter lehnten ab. Auch der Ehemann der Frau war dagegen. In der Patientenverfügung stand: „Aktive Sterbehilfe lehne ich ab“ – was so ausgelegt wurde, dass die Frau keine „aktive Handlung“ wollte. Der BGH sah das nun anders. Zwar dürfe die Verfügung nicht zu pauschal sein. Es sollten aber auch die Anforderungen nicht überspannt werden, weil ein Patient den Verlauf seiner Krankheit nicht voraussehen kann. Die Aussagen der Zeugen dürften auf jeden Fall berücksichtigt werden, auch wenn eine Patientenverfügung vorliegt. Denn hier würden die Zeugenaussagen das bestätigen, was in der Urkunde schon angedeutet wurde (BGH, XII ZB 107/18). wb

SoVD-Landesfrauensprecherin bei Fachgespräch des Bayerischen Landesfrauenrates

Frauen in den „sozialen Medien“

Der Bayerische Landesfrauenrat hatte für den 3. Dezember des gerade vergangenen Jahres zu einer Veranstaltung geladen, die sich mit den sogenannten neuen Medien und hier vor allem den „social media“ befasste. Daran nahm auch die Landesfrauensprecherin des SoVD Bayern, Christel Mayer, teil.

Das Fachgespräch fand im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales statt. Es trug den Titel: „Quer gedacht. Influencerinnen und Konsumentinnen bei Instagram, YouTube und Co. – Frauen im Social Web“.

Nach Begrüßung durch die Präsidentin des Landesfrauenrates, Hildegund Rüger, sprach die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Kerstin Schreyer (CSU), das Grußwort. Sie betonte, wie wichtig die neuen Medien schon seien und wie wichtig sie für die Zukunft würden, damit Deutschland als Global Player mit an der Spitze stehe.

Ein Vortrag von Dr. Maya Götz, wissenschaftliche Leiterin des Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsforschung beim Bayerischen Rundfunk, war angekündigt als: „Weibliche Selbstinszenierung



Foto: gstockstudio/Adobe Stock

Wie inszenieren sich Frauen etwa bei Instagram oder YouTube?

in den neuen Medien“. Er sollte einen Überblick über Studien geben, wie sich Mädchen auf Instagram präsentieren.

Kernstück war dann die Podiumsdiskussion der „Querdenkerinnen und Querdenker“.

SoVD-Landesfrauensprecherin Christel Mayer und alle Anwesenden erlebten eine sehr interessante Debatte, an der Journalist*innen, Blogger*innen, Medienunternehmer*innen und YouTuber*innen teilnahmen.



Editorial

Liebe Mitglieder,

für das Jahr 2020 wünschen wir Ihnen alles Gute und vor allen Dingen viel Gesundheit.

Im neuen Jahr hat die Mitgliederneugewinnung im Landesverband und in den Ortsverbänden wieder einen ganz hohen Stellenwert. Hierzu ist die Mithilfe jeder und jedes Einzelnen gefragt. Wir können nur wachsen, wenn Sie, liebe Mitglieder, über die Arbeit des SoVD vor Ort reden und Werbung für uns machen.

Unterstützen Sie uns und helfen Sie uns, weiter zu wachsen! Nur eine starke Gemeinschaft mit vielen Mitgliedern ist in der Lage, etwas zu bewirken. Nach wie vor mischt sich der SoVD in die Sozialgesetzgebung der Bundesregierung ein. Schön wäre es, wenn wir dies auch auf regionaler Ebene schaffen würden.

Alle Verbände und Vereine können auf Dauer nur weiterbestehen, wenn neue Mitglieder hinzukommen.

Ein weiterer Schwerpunkt im neuen Jahr wird die Werbung sein. Wir werden in Fußgängerzonen und auf Märkten mit Ständen vertreten sein und so unsere Stärke nach außen hin demonstrieren.

Bleiben Sie gesund und dem SoVD treu!



Barbara Hölzel

Beste Grüße

Ihre Barbara Hölzel, 1. Landesvorsitzende, und das Vorstandsteam des SoVD-Landesverbandes Bayern

Aktuelle Urteile

Zweifelsfälle rund ums Wohnen

Rund ums Wohnen gibt es immer wieder Streit, der vor Gericht endet. Oft geht es um die Miethöhe oder den Zustand der Wohnung. Doch auch Nachbarinnen und Nachbarn – ob zur Miete oder im Eigentum, in Wohnungen oder Häusern lebend – geraten aneinander. Einige Urteile sind hier zusammengestellt.

Mieterhöhung: 20 Jahre alter Mietspiegel ist ungeeignet

Ein Vermieter darf die Miete erhöhen, wenn sie unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dabei darf er aber keinen zu alten Mietspiegel heranziehen. Hier beabsichtigte ein Vermieter im Jahr 2017, die Miete von 300 auf 360 Euro zu erhöhen, und legte einen Mietspiegel von 1998 vor. Daran könne man nicht ablesen, so der Bundesgerichtshof, ob das Erhöhen berechtigt sei. Der Wert sei „schon im Ansatz nicht geeignet, das Erhöhungsverlangen zu begründen“ (BGH, Az.: VIII ZR 340/18).



Foto: ed2806/Adobe Stock

Äste, die aufs Nachbargrundstück nadeln, gehören entfernt.

eine beliebige dritte Person mitbringen will, um sie gegebenenfalls später als Zeugen vorweisen zu können. Geht es bei der Besichtigung um einen konkreten Mangel, dann darf auch ein Sachverständiger oder Hand-

werker die Wohnung betreten. Insgesamt müsse ein Vermieter sein Besichtigungsrecht „schonend ausüben“ (LG Nürnberg-Fürth, Az.: 7 S 8432/17).

Nachbarrecht: Wenn Zapfen und Nadeln nebenan landen

Auch wenn von herüberragenden Zweigen und Ästen eines Nachbarbaumes „nur“ Zapfen und Nadeln auf die Einfahrt eines Grundstücks fallen, so kann der beeinträchtigte Grundstücksbesitzer verlangen, dass die Äste abgesägt werden – auch, wenn sie an sich nicht stören. Maßgeblich sei allein die objektive Beeinträchtigung der Grundstücksnutzung. Danach mache es keinen Unterschied, ob ein überragender Zweig zum Beispiel das Wohnhaus direkt berühre oder ob von ihm Laub, Nadeln oder Zapfen auf das Grundstück herabfallen (BGH, Az.: V ZR 102/18). wb

SoVD Bayern unterstützt Unterschriftenaktion

Volksbegehren zum Stopp der hohen Mieten

Seit Oktober 2019 läuft in Bayern ein Volksbegehren des Deutschen Mietervereins (DMB) zum Thema Mietenstopp. Gerade in den Großstädten in Deutschland sind die Mieten für viele Menschen kaum noch bezahlbar.

So liegt zum Beispiel in München der Quadratmeter an Wohnfläche derzeit bei weit über zehn Euro. Gerade für ältere und finanziell schwache Menschen ist es wichtig, dass die Mieten nicht weiter ansteigen, meint auch der Sozialverband Deutschland.

Der SoVD-Landesverband Bayern unterstützt daher das Volksbegehren des DMB. Hier können sich alle Menschen eintragen, die ihren Wohnsitz seit mindestens drei Monaten in Bayern haben. Dabei ist es egal, ob jemand ein Eigenheim besitzt oder in einer Mietwohnung lebt. Die Kommunen prüfen die Listen auf die Richtigkeit.



Foto: Solarisys/Adobe Stock

Viele Menschen können sich Wohnen kaum noch leisten.

Info

Mehr Infos gibt es im Internet auf www.mietenstopp.de. Bei weiteren Fragen oder um Listen für die Unterschriften zu erhalten schreiben Sie eine E-Mail an: info@mietenstopp.de oder rufen unter Tel.: 089/5 52 14 39 20 an.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs / fotolia

Ortsverband Ansbach

Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981 / 36 33, E-Mail: weller@an24.info.

Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Freitag im Monat, 14.15–16.15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag im Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

Ortsverband Ebersfeld

Bei Umzug bitte eine Mitteilung an Andreas Werner, Bürgermeister-Strähnz-Straße 4, 96215 Lichtenfels, Tel.: 09571 / 75 57 00.

Ortsverband Lauf-Röthenbach / Pegnitz

14. Januar, 14 Uhr: Kaffeekränzchen mit Diskussionsrunde über Artikel aus der SoVD-Zeitung, im Café-Bistro „D1“.

Jeden Freitag, 16–18 Uhr: Sprechstunde in der SoVD-Geschäftsstelle. Andere Termine finden nach Absprache statt.

Ortsverband Lautertal

9. Januar, 16.30–18 Uhr: Sprechstunde im evangelischen Gemeindehaus Unterlauter.

12. Januar, 15 Uhr: Kaffeenachmittag im Landgasthof Sommer.

Ortsverband Michelau

Jeden ersten Samstag eines Monats, 13.30 Uhr: Sprechtag und Versammlung im Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 19.

Ortsverband München

20. Januar, 15 Uhr: monatliche Mitgliederversammlung im Restaurant „Zirbelstube“. Mehr Informationen beim Vorsitzenden Walter Raßbach unter Tel.: 089 / 7 85 49 61.

Glückwünsche



Foto: Dora Zett / fotolia

*Jede Gabe sei begrüßt, doch vor allen Dingen:
Das, worum Du Dich bemühst, möge Dir gelingen.*

Wilhelm Busch

Der gesamte Landesvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gratulieren allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit. Verleben Sie einen schönen Tag im Kreise Ihrer Familie!

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 2.1.: Michael Schatz, Sulzbach-Rosenberg; 19.1.: Andreas Metzelaers, Nüdlingen; 22.1.: Jürgen Gagel, Michelau; 30.1.: Larissa Buss, Diethofen.

65 Jahre: 9.1.: Ernst Weißgerber, München; 11.1.: Andreas Hausner, Dietfurt; 14.1.: Michael Kellner, Grünwald.

70 Jahre: 14.1.: Monika Wiltschko, Taufkirchen; 15.1.: Margerit-Sonja Thron, Röthenbach; 19.1.: Ernst Dürrer, Dietfurt.

75 Jahre: 11.1.: Ingrid Strasser, München; 15.1.: Franz Hellinger, Oberding; 26.1.: Margit Oslislo, Erding.

80 Jahre: 10.1.: Ernst Gold, Weiden.

85 Jahre: 4.1.: Karlheinz Strauß, Bad Reichenhall, und Irmgard Brandl, Mitterteich; 21.1.: Ingrid Aigner, München.

91 Jahre: 23.1.: Waltraud Flurschütz, Lautertal.

92 Jahre: 21.1.: Martin Eggert, Aßling.

98 Jahre: 26.1.: Rudolf Ehras, Nürnberg.

99 Jahre: 2.1.: Karl Bachinger, Nürnberg.

Ortsverband Lautertal feierte mit Gästen und dankte aktiven Mitgliedern

Festlicher Jahresabschluss 2019

Ihre Jahresabschlussversammlung begehen die SoVD-Gliederungen oft im weihnachtlich-festlichen Rahmen. So traf sich der Ortsverband Lautertal am 1. Dezember 2019, einem Sonntag, im TTC-Heim Tiefenlauter. Die 1. Ortsvorsitzende sowie Landesvorsitzende, Barbara Hölzel, begrüßte die Anwesenden.

Besondere Grüße richtete Hölzel an den Coburger Landrat Sebastian Straubel (CSU), den 1. Bürgermeister der Gemeinde Lautertal, Karl Kolb (ÜPW), sowie den SoVD-Bezirksvorsitzenden in Oberfranken und 2. Landesvorsitzenden, Dr. Josef Haas. Sie wünschte allen einen kurzweiligen Nachmittag bei Kaffee, Stollen und Plätzchen sowie weihnachtlichen Liedern, die Werner Dietz musikalisch begleitete. Straubel, Kolb und Dr. Haas sprachen Grußworte.

Denen, die neue Mitglieder geworden hatten, überreichte die Vorsitzende je einen Apothekengutschein. Auch bei den vier Zeitungsausträger*innen bedankte sie sich mit je einem Präsent: Bei Wind und Wetter verteilen Gerlinde Wolf, Jochen Witter, Renate Herbst und Doris Herzer (auf dem Foto v. li.) jeden Monat „Soziales im Blick“ und viermal jährlich das Mitteilungsblatt des SoVD Bayern.

Zwischendurch verlas Barbara Hölzel weihnachtliche Geschichten. Und zum Schluss wünschte sie allen gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2020.



Auf dem weihnachtlichen Treffen in Lautertal ging es gemütlich zu.



Barbara Hölzel (re.) dankte den vier Zeitungsausträger*innen.



Sozialberatung

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Bodenehrstraße 20, 81373 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Mehrgenerationenhaus, Oberer Bürglaß 2 a, Ansprechpartner: Manfred Müller, Tel.: 09561 / 7 51 74.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170 / 5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: erster Freitag im Monat, 12.30–14.30 Uhr, bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 7. Februar.

Sozialberatung in Ebersfeld: jeden letzten Freitag im Monat, 16.30–18 Uhr, im Gasthof „Zum Schwan“, Hauptstraße 46, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49; im Bedarfs-

fall besucht Dr. Haas nach telefonischer Terminvereinbarung das Mitglied auch zu Hause.

Sozialberatung in Ingolstadt: erster Freitag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 7. Februar.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Sozialberatung in Mitterteich: letzter Donnerstag im Monat, 8.30–10 Uhr, Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 30. Januar.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: 15. Januar, 9.30–11.30 Uhr, im Neuen Rathaus, Konferenzzimmer, Dr.-Pflegerstraße 15, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543 / 53 49.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: erster Dienstag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag in Schwabach ist der 4. Februar.

Sozialberatung in Tirschenreuth: letzter Donnerstag im Monat, 10.30–12 Uhr, Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911 / 9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de. Nächster Sprechtag: 30. Januar.

Kümmererstelle in Würzburg: jeden ersten Samstag im Monat, 11–13 Uhr, Hans-Sponsel-Haus der AWO, Frankenstraße 195, Ansprechpartnerin: Isabella Stefan, Tel.: 0157 / 76 82 95 70.

Schwungvolles Jubiläumsfest in Kassel mit sozialpolitischen Rück- und Ausblicken

100 Jahre SoVD-Frauenpower

In der Zehntscheune in Kassel-Waldau hieß es am 13. November: „100 Jahre Frauen im SoVD“. Zum Festakt eingeladen hatte der Kreisverband Hofgeismar-Kassel. In einem Rückblick präsentierte Landesfrauensprecherin Annette Mülot-Carvajal die schon so langjährigen Aktivitäten von Frauen im Verband.

Dazu gehörten Zeiten, in denen Mädchen allenfalls der Besuch des Pudding-Gymnasiums erlaubt war, Vati verbieten durfte, wenn Mutti arbeiten wollte, und der erste Fernsehkoch als Bildungsfernsehen angepriesen wurde, wie es die Schauspielerin Andrea C. Ortolano humorvoll auf den Punkt brachte.

Stadträtin Esther Kalveram (SPD) gratulierte mit Grüßen des Kasseler Oberbürgermeisters, indem sie weitere Rahmenbedingungen vor 100 Jahren beschrieb. Da habe es vielen Mutes bedurft, sich als Frau öffentlich für eine gute Sache einzusetzen: „Das war 1919 alles andere als selbstverständlich. Die Öffnung des Reichsbundes für Frauen geschah nicht einfach so, sie musste, ebenso wie das Frauenwahlrecht, erkämpft werden.“ Unermüdlich setzte sich der SoVD für eine ei-



Vertretende von SoVD, Politik und Partnern sprachen Grußworte.

genständige Existenzsicherung von Frauen ein. Mit den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerechter Lohn, Aufstiegschancen und soziale Sicherung kämpfte er gegen Altersarmut, die überwiegend Frauen und Alleinerziehende bedrohe.

Als positives Beispiel stellte Landesvorsitzender Rudolf Schulz das Verhältnis von Frauen zu Männern in den SoVD-Vorständen in Zahlen dar. „Der heutige Abend zeigt, dass Frauen was bewegen“, dankte er den Initiatorinnen des Festaktes, Irmgard Fohr und Annette Mülot-Carvajal, für ihr Engagement im Vorstand und bei der Vereinigung der Bündnispartner. Weiter dankte er Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf und nannte sie „Powerfrau“, da sie maßgeblich daran beteiligt war, den SoVD Hessen weiter voranzubringen.

Auch Doris Bischoff von der AWO Nordhessen und Maximilian Malirsch vom Mieterbund Nordhessen richteten Grußworte an die rund 70 Gäste. Diese feierten so ausgelassen, dass einige zu den Rhythmen von „Die Globetrotter“ das Tanzbein schwingen.



Gäste in der festlich geschmückten Scheune in Calden bei Kassel.

Zwei SoVD-Landesvorsitzende zu Gast bei Debatte über soziale Sicherung

Länderübergreifende Diskussion

Am 15. November nahmen die SoVD-Landesvorsitzenden aus Hessen, Rudolf Schulz, und Rheinland-Pfalz / Saarland, Edmund Elsen, an einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung im „Wohnzimmer Wiesbaden“ teil – Thema: „Die soziale Absicherung der Bürger*innen als zentrale Zukunftsaufgabe“.

Die Zunahme sozialer Ungleichheit, der demografische Wandel und der selektive Rückzug des Staates aus den Bereichen der sozialen Absicherung haben zu Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Wer muss die Verantwortung und vor allem die Kosten für die Sicherung übernehmen? Oft sind Bund und Kommunen sich uneinig. Die Länder haben diesbezüglich eine wichtige Funktion.

Hierüber diskutierten länderübergreifend Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, und Nancy Faeser, SPD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag. Moderator war Tim Frühling (HR). SoVD-Landesvorsitzender Rudolf Schulz nutzte die Gelegenheit zum sozialpolitischen Austausch.

Re.: Nancy Faeser im angeregten Gespräch mit Rudolf Schulz.



Editorial

Liebe Mitglieder,
Liebe Freundinnen und Freunde,

wir hoffen, dass Sie ein paar schöne und geruhsame Feiertage im Kreise Ihrer Lieben verbracht haben.

Der hessische SoVD-Landesverband kann mit Zuversicht in das Jahr 2020 gehen! Wir werden uns weiter nach Kräften dafür einsetzen, dass Verbesserungen im Alltag von älteren, pflegebedürftigen und behinderten Menschen herbeigeführt werden.

Die Themen sind gesetzt: Aktivitäten gegen die soziale Kälte und für bezahlbaren Wohnraum, die Beseitigung von Barrieren, das Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen, der Kampf gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Keine Wohltat oder Entspannung im Bereich der Sozialpolitik gibt es als Geschenk. Wir werden unsere Ärmel hochkrempeln müssen, um den Anliegen unserer Mitglieder Gehör zu verschaffen und entsprechende Taten folgen zu lassen. Wir müssen uns einbringen, unsere Vorstellungen vortragen und um die Durchsetzung ringen! Für den Sozialverband Deutschland und seine Unterstützer bedeutet das, dass wir unsere Bemühungen auch 2020 weiter intensivieren werden und für unsere Mitglieder gegen die sozialen Ungereimtheiten kämpfen müssen.

Der Startschuss für das überarbeitete Erscheinungsbild des SoVD erfolgte anlässlich der Bundesverbandstagung am 10. November 2019. So wurde im Logo aus dem „Schirm“ die „helfende Hand“. Es ist auch Ihre engagierte Hand, die Hilfesuchende in schwierigen Situationen auffängt und oft dazu beiträgt, verloren gegangene menschliche Würde zurückzugeben.

Wir werden auch 2020 unsere öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten fortführen:

Equal-Pay-Day-Aktionen zum Lohngerechtigkeitstag stellen die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wir wollen ebenfalls in anderen Orten Aktionen zu diesem wichtigen Thema durchführen, auch um den SoVD sichtbarer und bekannter zu machen. Bringen Sie sich gerne mit Ihrem Ortsverband ein.

Auch in diesem Jahr wird sich der SoVD Hessen wieder mit einem Infostand am Hessestag in Bad Vilbel beteiligen. Schon heute laden wir Sie dazu ein, aktiv oder als Gast dabei zu sein.

Der Landesverband Hessen wird erneut am SoVD-Inklusionslauf in Berlin teilnehmen und Gespräche für einen solchen Lauf in der Region Mainz / Wiesbaden beginnen.

Zudem wird die Sozialrechtsberatung in unseren Beratungszentren Kassel, Wiesbaden und Frankfurt / Offenbach fortgesetzt und ausgebaut. Das Netz der Sozialberater*innen wird noch feinmaschiger werden. Das SoVD-Infotelefon zum Thema Pflege bieten wir weiterhin hessenweit an. Wir werden die Professionalisierung voranbringen sowie die Sozialrechtsberatungszentren mit Bürokräften und das Jurist*innenteam durch eine halbe hauptamtliche Stelle verstärken.

Die positive Mitgliederentwicklung von 10 Prozent muss auch für 2020 das Ziel sein. Die beschlossene und begonnene Strukturreform ist ein gutes Fundament für diese weitere Entwicklung des hessischen SoVD. Schulung und Fortbildung für unsere Funktionsträgerinnen und -träger wird eine wichtige Aufgabe des Landesvorstandes sein.

Auch in diesem Jahr können wir unseren Mitgliedern wieder die beliebten Tagesausflüge und Reisen mit interessanten Zielen anbieten.

Ich zähle auch im Jahr 2020 auf Ihre Unterstützung. Nur gemeinsam können wir die Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen. Schauen wir hin, bringen wir uns ein und bleiben wir aktiv! Vielen Dank für das Engagement und die Treue zum SoVD! Der Landesvorstand wünscht Ihnen, Ihrer Familie und Ihren Freunden und Bekannten ein friedvolles, gesundes und zufriedenes neues Jahr 2020.

Ihr Rudolf Schulz,
1. Landesvorsitzender des SoVD Hessen



Rudolf Schulz

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 18.1.: Friedrich Knaus, Stadtallendorf; 31.1.: Markus Hikmat, Lahntal.

65 Jahre: 1.1.: Necla Er, Kassel; 14.1.: Hella Lopez, Kassel.

70 Jahre: 10.1.: Wilfried Goos, Burgwald; 25.1.: Danuta Naruszewicz, Kassel; 31.1.: Edith Sangmeister, Rengsdorf.

75 Jahre: 2.1.: Lorenz Güthoff, Bad Karlshafen; 24.1.: Hans-Joachim Domaschky, Lollar; 30.1.: Adelheid Laun, Kelsterbach.

80 Jahre: 7.1.: Horst Hilbig, Hofgeismar; 14.1.: Reinhold Kern, Stadtallendorf.

85 Jahre: 14.1.: Magdalena Kubis, Schöffengrund; 18.1.: Franz Raschig, Geisenheim; 21.1.: Marga Menke, Hofgeismar.

91 Jahre: 3.1.: Johann Peschke, Lich; 7.1.: Gertrud Schmidt, Wiesbaden; 26.1.: Rolf Riedeberger, Oestrich-Winkel.

92 Jahre: 14.1.: Wolfgang Wilhelm, Kassel; 29.1.: Wilma Krüger, Bad Karlshafen.

96 Jahre: 17.1.: Susanne Arz, Oestrich-Winkel.

99 Jahre: 2.1.: Irmgard Lenzner, Hofgeismar.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Sprechstunden und Sozialberatung

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen. Bitte ersehen Sie die Sprechzeiten in Ihrer Region in der folgenden Liste.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Dipl.-Pflegerin Ursula Stadler berät unter Tel.: 069/31 90 43.

Kreisverband Frankfurt

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43, geöffnet montags bis freitags, 10–13 Uhr.

Beratung in Darmstadt: jeden 3. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Infos bitte bei der obigen Telefonnummer erfragen.

Ortsverband Frankfurt-Höchst

Sozialrechtsberatung: jeden 1. und 3. Montag im Monat, ab 15 Uhr, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz. Terminabsprache erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung: jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, 15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger

Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lenerz, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Kreisverband Gießen Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, mit Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de, Anmeldung erbeten unter Tel.: 06033/7 48 89 99.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung: dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal, Anmeldung erbeten unter Tel.: 0561/1 46 57, Fax: 0561/7 66 86 03 oder E-Mail: szbkassel@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung: montags, 13–

Öffentlichkeitsarbeit des Ortsverbandes Rotenburg informiert über viele Themen

SoVD-Stand auf Familienmesse

Infostände sind ein wichtiges Mittel, um den SoVD und seine Arbeit bekannter zu machen und mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Der Ortsverband Rotenburg nahm am 9. und 10. November wieder an der Rotenburger Familienmesse teil; wegen Urlaubs diesmal ohne seine Vorsitzende Ivonne Werner.

Da zeitgleich eine Kunstausstellung stattfand, war die Messe 2019 nicht so stark besucht. Dennoch hatte der SoVD-Stand regen Zulauf und es ergaben sich viele interessante Gespräche. Oft ging es dabei um Patientenverfügung und Vollmachten. Vor allem Ältere nahmen gern die Notfalldosen mit – Thema Nummer eins am Stand. Heiß begehrter Hingucker waren auch wieder die roten Taschen. Abwechselnd im Einsatz waren das Ehepaar Hunger, Bianca Tobi, Irmgard Volland, Marlies Riemenschneider und die Kreisvorsitzende Marita Schliephorst.



Team am SoVD-Stand, v. li.: Birgit und Helmuth Hunger vom Ortsverband Rotenburg sowie Kreisvorsitzende Marita Schliephorst.

18 Uhr, und mittwochs, 8–14 Uhr, Conrad-von-Soest-Straße 2 a, 34537 Bad Wildungen, mit Hans-Jürgen Schmidt. Anmeldung unter Tel.: 05621/9 67 87 87 oder 0151/1 91 819 99 (mobil), per Fax: 05621/9 64 69 81 oder E-Mail: hans-juergen-schmid@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus, Sprechstunden: dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, durch Marita Schliephorst, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 (mobil) oder per E-Mail an: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG).

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 2. OG, 36199 Rotenburg an der Fulda.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der

Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Kreisverband Hochtaunus Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunde im Vorhönig 12, 65620 Waldbrunn-Hintermeilingen, bei Alois Heun, Tel.: 06479/8 41 oder 0170/3 80 81 17 (mobil). Bei Bedarf können auch Hausbesuche vereinbart werden.

Für eine offizielle Rentenberatung sind ebenfalls Terminabsprachen möglich.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde: jeden 1., 2. und 3. Mittwoch im Monat, 10–12 Uhr, und jeden 4. Mittwoch, 16–18 Uhr, Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Bis zum 12. Januar finden keine Sprechstunden in Wetter statt. Die erste Sprechstunde des Jahres ist am 13. Januar. Ab dann sind die Zeiten wieder wie folgt:

Sozialberatung jeden Montag, 16–18 Uhr, Stadthalle Wetter, Konferenzraum, Schulstraße 27, 35083 Wetter. Terminvereinbarung in dieser Zeit unter Tel.: 06423/54 37 19 oder 0152/58 62 96 77 (mobil). In dringenden Fällen (nur bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/8 98 72 02, oder

Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/5 15 24, in ganz dringenden Fällen: Waldemar Becker, Tel.: 05605/92 92 10.

Sozialberatung in Kirchhain: jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, im AWO-Treff, Brießelstraße 15. Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/8 51 08 vereinbaren.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (siehe Eintrag oben).

Kreisverband Wiesbaden Ortsverband Wiesbaden-Stadt

Sozialrechtsberatung: jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, durch die Rechtsanwältinnen Frank Sunkomat und Martin Wallbruch.

Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/8 51 08, Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovd-hessen.de.

Ortsverband Ginsheim-Gustavsburg

Sozialsprechstunde nach Vereinbarung bei Anne Baumann, Gustavsburg, Tel.: 06134/5 47 56.

Sozialberatung in Mainz-Kastel: Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3, Tel.: 06134/5 64 09 66.

Mitgliederversammlung mit Vortrag im Ortsverband Lauterecken

Alles rund um die Rente

Am 23. November fand eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Lauterecken statt, zu der 1. Vorsitzende Helmut Burkhardt 80 Personen begrüßen konnte. Elke Habermehl von der Mainzer Antrags- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung hielt einen Vortrag.

Elke Habermehl stellte zunächst alle Altersrenten vor, informierte über die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für die Regelaltersrente auf das 67. Lebensjahr und erklärte anschließend die Bedeutung der Erfüllung der Wartezeit und die Anrechnung der Versicherungsjahre für die Gewährung der Altersrente. Danach folgte eine umfangreiche Darstellung der medizinischen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Erwerbsminderungsrente.

Weiterhin erläuterte Elke Habermehl den Inhalt der Renteninformation, die den Versicherten jährlich von der Deutschen Rentenversicherung übersandt wird. Sie wies ausdrücklich darauf hin, dass jede*r Versicherte*r verpflichtet sei, die Renteninformation auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen. Sollten sich Fehler ergeben, so ist die Durchführung eines Kontenklärungsverfahrens erforderlich.

Zu den neueren Themen der Rentenversicherung gehörte die Flexirente, durch die den Versicherten ein leichter Übergang von der Berufstätigkeit zur Rente ermöglicht wird.



Referentin Elke Habermehl und Vorsitzender Helmut Burkhardt.

In diesem Zusammenhang erläuterte die Referentin die neuen Hinzuverdienstgrenzen sowie die Möglichkeit des Ausgleiches der Abschläge bei Gewährung einer vorzeitigen Altersrente durch zusätzliche Beitragszahlungen in die Rentenversicherung. Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen zur Besteuerung der Renten ein.

Der sehr informative Vortrag von Frau Habermehl endete mit der Mitteilung der aktuellen Werte in der Rentenversicherung für das Jahr 2020 und die Information über die Anschriften der Antrags- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung in Rheinland-Pfalz.

Im Anschluss beantwortete Elke Habermehl Fragen zum Thema und ging auf persönliche Sachfragen ein.

Ortsverbandsvorsitzender Helmut Burkhardt bedankte sich herzlich bei Elke Habermehl und wünschte allen einen guten Nachhauseweg.

Der sehr informative Vortrag von Frau Habermehl endete mit der Mitteilung der aktuellen Werte in der Rentenversicherung für das Jahr 2020 und die Information über die Anschriften der Antrags- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung in Rheinland-Pfalz.



Kolumne

Die Grundrente kommt!

Liebe Freundinnen und Freunde,



Hans-Heinrich Rödle

die Grundrente wird kommen. Das ist eine gute Botschaft. Die große Koalition hat sich auf einen Kompromiss geeinigt. Ich frage mich, warum das nicht schon früher möglich war. Der Kompromiss entspricht zwar nicht unserer Grundforderung, aber er ist besser als nichts. Vor allen Dingen ist die bürokratische und würdelose Bedürfnisprüfung vom Tisch. Es soll ein Abgleich zwischen der Rentenversicherung und dem Finanzamt stattfinden. Auch wenn noch viele Details der beschlossenen Grundrente offen sind, besteht Klarheit darin, dass kein Antrag gestellt werden muss. Die Prüfung der jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen soll von der Rentenversicherung erfolgen.

Ich begrüße die Einführung der Grundrente. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich mahne auch vor zu großer Euphorie. Nach meiner Einschätzung wird sie das Grundproblem der fortschreitenden Altersarmut nicht lösen. Von Altersarmut beziehungsweise sozialer Ausgrenzung sind rund 16 Millionen Menschen betroffen. Im Lichte der grundgesetzlich geschützten Würde des Menschen sowie des Sozialstaatsprinzips liegt es in der Verantwortung des Gesetzgebers, für eine stabile, auskömmliche und zukunftssichere gesetzliche Rente zu sorgen. Sie muss den Lebensstandard sichern und auch vor Armut schützen.

Deshalb lauten unsere Forderungen:

- Verbesserung des Lohnniveaus als Basis für ein höheres Rentenniveau,
- Wiederanhebung des Verbundsatzes auf 53 Prozent und
- Befreiung der Renten von der Besteuerung.

Fazit: Die Grundrente ist wertvoll, kann aber nur ein erster Schritt sein. Der Kampf für eine sozial gerechte Rente geht also weiter! Beste Wünsche und ein gutes neues Jahr!

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Heinrich Rödle, 2. Landesvorsitzender



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Jedes Jahr präsent am Volkstrauertag: der Ortsverband Rülzheim.

Ortsverband Rülzheim

Als „historisch gewachsene Verpflichtung“ sieht der Ortsverband Rülzheim die alljährliche Teilnahme an der Gedenkfeier zum Volkstrauertag. Bei musikalischer Umrahmung durch den Musikverein Rülzheim sowie dem Männer- und

Frauenchor hielten die Beigeordneten der Ortsgemeinde Rülzheim, Michael Braun und Fritz Knutas, eine mahnende Rede. Anschließend legten sowohl die Gemeinde als auch der SoVD-Ortsverband einen Kranz am Mahnmal auf dem Deutschordensplatz ab.

Ortsverband Weyerbusch

Der SoVD Weyerbusch veranstaltete am 23. November die traditionelle vorweihnachtliche Jahresabschlussversammlung im Landhaus Mehren.

Als Gast berichtete Rechtsanwältin Sigrid Jahr darüber, wie

Fortsetzung auf Seite 12

Beratung: Wahlrecht für Behinderte

Der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland begrüßt die im saarländischen Landtag begonnenen Beratungen über ein Landesgesetz zur Regelung eines Wahlrechts für behinderte Menschen mit gesetzlichem Betreuer.

„Dafür hat der SoVD zusammen mit anderen Verbänden jahrelang gekämpft“, so der 2. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes und ehemalige Bürgermeister der Stadt Ottweiler, Hans-Heinrich Rödle.

„Das Wahlrecht ist ein wichtiges Grundrecht und kann und darf betreuten Personen nicht vorenthalten werden“, so Rödle weiter. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das gilt auch und besonders für Menschen mit Behinderung“.

Weiterhin hob der 2. Landesvorsitzende hervor, dass dies ein gutes Beispiel dafür sei, wie der SoVD zusammen mit anderen Verbänden wichtige sozialpolitische Anliegen mit Überzeugungskraft und Beharrlichkeit durchsetzen könne. Hilfreich sei bei diesem Thema auch die klare „Botschaft“ des Bundesverfassungsgerichtes.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 11

sie hilfsbedürftige Mitglieder in Widerspruchsverfahren und Klageverfahren vor den Sozialgerichten vertritt.

Bei Kaffee und Kuchen trat die Kindertanzgruppe Maulsbach unter Leitung von Frau Rasbach mit einer musikalischen Einlage auf.

Horst Krötgen, Vorsitzender

des Kreisverbandes Westerwald, ehrte für 25-jährige Mitgliedschaft Ewald Pfau und Gotthard Renner mit Urkunde und Anstecknadel. Abschließend fand die Tombola statt. Den 1. Preis – einen Frühstückskorb – gewann Hildegard Nieth.

Ortsverband Berzhahn

Der SoVD Berzhahn feierte

am 27. Oktober in der Mehrzweckhalle Oktoberfest. Die 1. Vorsitzende Heidi Binger konnte neben den Mitgliedern auch den Verbands- und Ortsbürgermeister Markus Hof, den Kreisvorsitzenden Horst Krötgen, den Ehrenkreisvorsitzenden Jürgen Metzger und die Sozialberaterin des Kreisverbandes Westerwald, Sigrid Jahr, begrüßen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen informierten Horst Krötgen und Sigrid Jahr über ihre Arbeit.

Mit Gesangseinlagen und Gedichten von Eberhard Birk und Waltraud Feger wurde die Zeit bis zum Kaffeetrinken verkürzt.

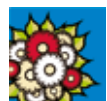
Danach folgten die Ehrungen als ein weiterer wichtiger Punkt des Tages. Eva Schulte bekam für ihre 10-jährige Mitgliedschaft eine Urkunde, und Mar-



Ehrungen im OV Wörth am 15. November (von links): Marliese Pffirmann (20 Jahre), Rita Dinies (25 Jahre), Peter Feldmann (20 Jahre) und Heinz Weilemann (30 Jahre), hintere Reihe: Vorsitzende Ursula Klöffler und Kassierer Michael Braun.

tina Serowi für ihre 20-jährige Mitgliedschaft. Martina Serowis Hilfe in der Küche, als Kassie-

rerin und als Frauenbeauftragte wurde dabei besonders hervorgehoben.



Glückwünsche

60 Jahre: 1.1.: Ellen Trujillo, Medard; 6.1.: Markus Fuhr, Rülzheim; 11.1.: Jürgen Schaumlöffel, Schwedelbach; 15.1.: Iris Anton, Homburg, Uwe Sonnen, Unnau; 18.1.: Arnold Zöchling, Jockgrim; 24.1.: Elsa Schuld, Homburg; 25.1.: Willi Wappner, Heizenhausen, Klaus Priesnitz, Ratzert; 29.1.: Doris Häußler, Rülzheim; 31.1.: Bernhard Kugler, Altrip, Claudia Ruck-Walter, Illingen.

65 Jahre: 1.1.: Veit Michael Saul, Andernach, Azmi Dogruer, Ludwigshafen, Hans-Joachim Scheib, Lauterecken; 3.1.: Fritz Brechtel, Germersheim; 10.1.: Edith Weber, Hütschenhausen, Adelbert Hinz, Framersheim; 11.1.: Peter Hofheinz, Rülzheim; 12.1.: Maria Hoffmann, Kuhardt; 15.1.: Karl Heinz Jost, Fürfeld; 16.1.: Reiner Kiefer, Schiffweiler; 20.1.: Annemarie Lohner, Nickenich; 30.1.: Norbert Theisen, Nickenich.

70 Jahre: 3.1.: Arnold Huwer, Homburg; 4.1.: Hans Jürgen Tüllmann, Germersheim; 8.1.: Josep Petricevic, Mainz; 14.1.: Willfried Kühn, Kirkel; Jakob Görzen, Weißenthurm; 16.1.: Karl Laubersheimer, Landau; 19.1.: Werner Nanning, Germersheim; 27.1.: Annemarie Bode, Ettlingen; 28.1.: Karl-Heinz Faller, Todenroth.

75 Jahre: 7.1.: Ingrid Häbel, Unnau, Bertold Kessler, Bellheim; 15.1.: Werner Welker, Kaiserslautern.

80 Jahre: 7.1.: Gertrud Bachmann, Homburg; 20.1.: Werner Birkel, Rülzheim.

85 Jahre: 3.1.: Walter Bast, Hördt; 5.1.: Gertrud Rauch, Spiesen-Elversberg; 13.1.: Egon Brock, Hördt.

92 Jahre: 15.1.: Hans Keppel, Rülzheim.

94 Jahre: 5.1.: Erna Deckler, Etschberg.

95 Jahre: 27.1.: Erich Schäfer, Pottum.



OV Berzhahn (von links): Jürgen Metzger, Martina Serowi, Horst Krötgen und Heidi Binger.



OV Weyerbusch: Ewald Pfau übergab Hildegard Nieth einen Präsentkorb.



OV Weyerbusch: Die Jubilare Gotthard Renner (links) und Ewald Pfau.



Termine

Ortsverband Hördt

20. Januar, 19 Uhr: Stammtisch. Ort anfragen unter: Tel.: 07272/55 40.

Ortsverband Homburg-Saarbrücken

18. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang mit Mitgliederehrung, Sportheim, Am Wacken 20, Homburg-Schwarzenbach.

Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

11. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang inklusive 10-Euro-Verzehrbon, Café Hauptert, Merchweiler.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15.30 Uhr: Kaffeenachmittag, Café Hauptert, Merchweiler.

Anmeldung jeweils erbeten bei Beatrix Bost, Tel.: 06824/23 51.

Ortsverband Lautertal-Pfalz

Jeden Freitag, 18 Uhr: Treffen, Sportheim Lautertalhalle, Katzweiler. Mitfahrgelegenheiten aus Katzweiler möglich, bitte unter Tel.: 06301/87 28 oder Tel.: 06301/79 99 930 melden.

Ortsverband Ludwigshafen

6. Januar, 17 Uhr: Stammtisch, Gaststätte „VTV“, Anebosstraße 4, Ludwigshafen-Mundenheim.

Ortsverband Rülzheim

27. Januar, 18 Uhr: Frauenstammtisch, Café „In der alten Drogerie“, Mittlere Ortsstraße 76.



Sprechstunden

Bad Marienberg: Sigrid Jahr berät jeden 2. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr, (Terminvereinbarung außerhalb der Sprechstunden möglich unter Tel.: 06432/9 24 94 80), Verbandsgemeinde, Zimmer 105, Kirburger Straße 4, 56470 Bad Marienberg.

Bingen-Mainz: Andrea Klosova berät dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr, sowie mittwochs, 14–18 Uhr, Gebäude der AWO, Saarlandstr. 30, 55411 Bingen; nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78.

Homburg: jeden 2. Monat im Monat berät Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Am Forum 5, Raum 102, 66424 Homburg.

Kaiserslautern: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät mittwochs, 8.30–

11.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Pfründnerstraße 11, Kaiserslautern, Tel.: 0631/7 36 57.

Lahnstein: Sigrid Jahr berät jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 10–12 Uhr (Terminvereinbarung außerhalb der Sprechstunden möglich unter Tel.: 06432/9 24 94 80), Stadthalle, Saalhofplatz 1, 56112 Lahnstein.

Ludwigshafen: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, Tel.: 06236/46 56 43, berät freitags, 8.30–12 Uhr, Ludwigstraße 41, Eingang: Wredestraße, 67059 Ludwigshafen.

Ottweiler: Hans-Heinrich Rödle berät jeden 1. Mittwoch im Monat, ASB-Haus, „Brunnenzimmer“, Auf dem Graben 8 (Nähe Wehrturm), 66564 Ottweiler, nur nach Absprache unter Tel.: 06824/66 94.

Rülzheim: Ralf Geckler, Fa-

chanwalt für Sozialrecht, und Richard Dörzapf beraten am 23. Januar, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.14 oder großer Sitzungssaal, 76761 Rülzheim.

Saarbrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.

Spiesen: Gabriele Scheppelmann berät jeden 1. Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, oder nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0176/34 03 41 58 (mobil) barrierefreies Rathaus, Hauptstraße 116, Zimmer 200, 66583 Spiesen.

Zweibrücken: Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43.

SoVD würdigt barrierefreien Umbau des historischen Zollhauses

Zollhaus für alle zugänglich

Rainer Wester, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Bodman-Ludwigshafen, dessen Stellvertreterin Conny Boldt sowie die Mitglieder Andreas Karle und Gerald Sauter überreichten dem Bürgermeister der Gemeinde Bodman-Ludwigshafen, Matthias Weckbach, eine Plakette des SoVD für den barrierefreien Umbau des Zollhauses.



Von links: Bürgermeister Matthias Weckbach, Andreas Karle, Rainer Wester, Gerald Sauter und Conny Boldt.

Conny Boldt überbrachte Bürgermeister Matthias Weckbach in ihrer Eigenschaft als 2. SoVD-Landesvorsitzende die Grüße des 1. Landesvorsitzenden Hartmut Marx. Sie dankte ihm für sein Engagement, bei Neu- und Umbauten die Barrierefreiheit umzusetzen sowie für die langjährige und gute Zusammenarbeit.

Die Rollstuhlfahrer Andreas Karle und Gerald Sauter hatten den Praxistest gemacht und konnten bestätigen, dass das historische Gebäude des Zollhauses sowie die Parkplätze und das Behinderten-WC (mit Euro-Schlüssel) der Außenanlage barrierefrei nutzbar sind.



Häppchen für die Gäste, die zur Einweihung der neuen Büroräume der Landes- und Kreisgeschäftsstelle kamen.

Neue Büroräume der Landes- und Kreisgeschäftsstelle

Einweihung jetzt offiziell

Der Umzug der Landes- und Kreisgeschäftsstelle ist schon einige Zeit her. Jetzt gab es die Gelegenheit, die neuen Räumlichkeiten mit einer kleinen Feier einzuweihen. Als Vertreter des Bundesverbandes kam Bundesschriftführer Joachim Wittrien vorbei.

Ganz ohne den Stress der Umzugstage wurde die Einweihung der neuen Geschäftsräume begangen. Eingeladen waren die Mitglieder des Landesvorstandes Baden-Württemberg, die Vorsitzenden der Ortsverbände und des Kreisverbandes Baden, die Mitarbeiter der Rechtsberatungsstelle Albstadt sowie einige Personen, die dem SoVD eng verbunden sind.

Als Vertreter des Bundesverbandes reiste Bundesschriftführer Joachim Wittrien mit Gattin nach Mannheim an. Bei Sektempfang und kleinem Imbiss gab es die Gelegenheit zu interessanten Gesprächen und Diskussionen.

Die Deutsche Rentenversicherung informiert zur Grundrente

Wie sieht die Grundrente aus?

Versicherte, die 35 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben und deren Beitragsleistung zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes lag, sollen ab 2021 Grundrente erhalten.

Besonders niedrige Verdienste (unter 30 Prozent des Durchschnittseinkommens), wie zum Beispiel aus einem Minijob, werden bei der Berechnung der Grundrente nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus soll eine Einkommensanrechnung stattfinden. Die volle Grundrente gibt es bis zu einem monatlichen Einkommen von 1.250 Euro für Ledige und 1.950 Euro für Paare. Maßgeblich ist das zu versteuernde Einkommen, hinzugerechnet werden der steuerfreie Anteil der eigenen Rente und Kapitalerträge.

Rentnerinnen und Rentner, die knapp unter 35 Jahre Grundrentenzeiten zurückgelegt haben oder geringfügig über der Einkommensgrenze liegen, sollen ebenfalls Anspruch auf eine Grundrente haben. Für sie sollen kurze, wirksame Gleitzonen eingeführt werden. Für die genaue Ausgestaltung muss das Gesetzgebungsverfahren abgewartet werden.

Die Höhe der Grundrente wird als Zuschlag individuell errechnet. Für höchstens 35 Jahre wird der erworbene Rentenanspruch

verdoppelt, allerdings auf maximal 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes. Am Ende wird der Zuschlag pauschal um 12,5 Prozent gemindert. Dies soll gewährleisten, dass jene, die mehr eingezahlt haben, auch mehr rausbekommen.

Ein Beispiel:

Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau von 40 Prozent des Durchschnittslohns (0,4 Entgeltpunkte) gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 528,80 Euro. Mit der Grundrente käme sie künftig auf eine Monatsrente von 933,66 Euro.

Die Berechnung:

Wurde ein Jahr der Durchschnittsverdienst verdient, wird damit ein Entgeltpunkt erworben. Ein Entgeltpunkt entspricht derzeit 33,05 Euro. 40 Jahre mit 0,4 Entgeltpunkten ergeben 16 Entgeltpunkte (528,80 Euro). Durch die Grundrente werden die Entgeltpunkte von 0,4 für 35 Jahre auf das zweifache angehoben. Hiervon werden 12,5 Prozent abgezogen. Es ergibt sich ein Zuschlag von 12,25 Punkten (35 Jahre; 0,4 Entgeltpunkte; Abschlag 12,5 Prozent).

Er entspricht derzeit 404,86 Euro. 528,80 Euro und 404,86 Euro ergeben 933,66 Euro.

Die Grundrente soll automatisch ausgezahlt werden. Für Rentnerinnen und Rentner besteht kein Handlungsbedarf. Ein Antrag ist nicht erforderlich.

Ab dem 1. Januar 2021 soll nach dem Koalitionsbeschluss eine Grundrente eingeführt werden. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund*



Foto: Kzenon / AdobeStock

Der Beruf der Friseurin ist schlecht bezahlt – die Grundrente soll im Alter helfen.

Spruch des Monats

*Schöne Worte sind nicht immer wahr,
wahre Worte sind nicht immer schön.*

Laotse



Glückwünsche

70 Jahre: 3.1.: Monika Stohr, Nonnenhorn, Klaus Studtrucker, Friedrichshafen; 6.1.: Dolores Werner, Mannheim, Peter Ziemer, Mannheim; 10.1.: Gerhard Kursawe, Hockenheim; 16.1.: Helmut Grothe, Kirchdorf; 17.1.: Wolfgang Schulz, Albstadt; 25.1.: Gerlinde Kubon, Gottmadingen.

75 Jahre: 5.1. Gertrud Steinhauser, Ravensburg; 8.1.: Eckhard Hoefmann, Ravensburg; 12.1.: Ulrike König, Ravensburg; 21.1.: Monika Dörflinger, Rheinfelden; 31.1.: Paul Stahl, Reilingen.

80 Jahre: 3.1.: Manfred Frohnert, Albstadt; 5.1.: Kurt Schweigert, Höpfigen; 30.1.: Lidwina Jungblut, Wangen.

85 Jahre: 9.1.: Franz Schlosser, Schwendi; 26.1.: Heinrich Christiansen, Geislingen.

94 Jahre: 6.1.: Hedwig Segsulka, Stockach.

95 Jahre: 18.1.: Cäcilie Rein, Mannheim; 29.1.: Rosa Umhey, Brühl; 31.1.: Ruth Witzsche, Haigerloch.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Januar ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Rechte und Pflichten bei Untervermietung der ganzen Wohnung oder einer Teilvermietung

Ohne das OK des Vermieters geht gar nichts

Mieter dürfen ihre Wohnung grundsätzlich untervermieten. Vorausgesetzt, der Vermieter hat nichts dagegen. Geht es um die Untervermietung der gesamten Wohnung, so kann der Vermieter die Erlaubnis versagen. Es ist seine Entscheidung, ob er der Komplett-Untervermietung zustimmt oder nicht. Dabei spielt es keine Rolle, warum und an wen der Mieter untervermieten will.

Bei einer Verweigerung seitens des Vermieters hat der Mieter das Recht, mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Voraussetzung ist, dass der Mieter einen konkreten Untermieter benannt hat, der einziehen will. Eine pauschale Erlaubnis zur Untervermietung kann nicht eingefordert werden und berechtigt nicht zum Sonderkündigungsrecht. Anders ist es, wenn der Vermieter von vornherein erklärt, dass er ganz allgemein gegen Untervermietung ist.

Achtung: Auch wenn ein Mieter die Erlaubnis zur Untervermietung besitzt, darf er die Wohnung nicht einfach als Ferienwohnung vermieten oder ins Internet stellen. Dazu bedarf es einer gesonderten Erlaubnis. Der Bundesgerichtshof hat in diesem Zusammenhang entschieden, dass eine kurzzeitige Überlassung der Wohnung an Touristen keine Untervermietung ist (AZ: VIII ZR 210/13).

Teil-Untervermietung

Will der Mieter nur einen Teil seiner Wohnung untervermieten, so sieht die Rechtslage für ihn besser aus. Dann hat der Mieter nämlich Anspruch auf die Zustimmung des Vermieters – das „berechtigtes Interes-

se“ an der Untervermietung vorausgesetzt. Dieses muss nach Abschluss des Mietvertrages beim Mieter entstanden sein, und er muss einleuchtende wirtschaftliche und/oder persönliche Gründe dafür haben. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der Mieter mit Hilfe der Untervermietung seine Kosten reduzieren kann (LG Berlin, 65 S 202/17).

Auch der Wunsch einer Mieterin, nach dem Auszug der Kinder mit einer anderen Person zusammenzuleben, sich die Kosten zu teilen und Geld zu sparen, ist ein berechtigtes Interesse. Der Vermieter darf sich dann nicht querstellen und vorbringen, die Mieterin solle in eine kleinere Wohnung ziehen (LG Berlin, 65 S 202/17).

Vermieter haben keinen Anspruch darauf, dass ihnen vorab „konkrete Beweise“ vorgelegt werden – zum Beispiel mit Blick auf die finanzielle Situation des Mieters. (LG Berlin 66 S 275/17).

Überhaupt keine Diskussion kommt auf, wenn ein Mieter für die Dauer eines beruflichen oder studentischen Auslandsaufenthaltes zwei oder drei Zimmer untervermieten will. Wichtig: Der Hauptmieter muss mindestens einen Raum für sich reserviert halten.



Foto: zinkevych/AdobeStock

Einfach einziehen bei der Freundin – da hat der Vermieter immer ein Wörtchen mitzureden.

Nur selten kann der Vermieter auch eine teilweise Untervermietung verbieten, wenn zum Beispiel die Wohnung überbelegt werden würde oder wenn wichtige Gründe gegen den „ins Auge gefassten“ Untermieter sprechen.

Nicht personenabhängig

Mieter müssen ihrem Vermieter stets konkret mitteilen, wer als Untermieter vorgesehen ist. Die Einkommenssituation dieser Person hat aber nicht zu interessieren. Auch darf die Genehmigung nicht von Bedingungen, Auflagen oder Befristungen abhängig gemacht werden. Einen „Untermietzuschlag“ kann der Vermieter fordern. Aber nur dann, wenn für ihn die Untervermietung ohne Zuschlag unzumutbar wäre, beispielsweise dann, wenn durch die (Teil-)Überlassung der Wohnung an Dritte die Mietsache in

erhöhtem Maße abgenutzt würde oder höhere Betriebskosten anfielen. Eine stärkere Belegung der Wohnung rechtfertigt nicht per se einen Zuschlag (LG Berlin, 64 S 104/18).

Egal, ob ganz oder teilweise untervermietet wird: Das Mietverhältnis zwischen Vermieter und Mieter bleibt. Für Mieten und Betriebskosten ist der Mieter verantwortlich. Er haftet auch für Schäden – ob durch ihn oder durch den Untermieter verursacht. Andererseits: Gibt es Mängel, so bleibt der Vermieter für solche in der ganzen Wohnung verantwortlich. Vermieter und Untermieter haben keinen Vertrag. Der Mieter wird Vermieter des Untermieters. In einem Mietvertrag muss die Miethöhe vereinbart und der Mietgegenstand, zum Beispiel „ein Zimmer“ oder „Mitbenutzung von Küche und Bad“, festgehalten werden. Hinsicht-

lich der Betriebskosten können Mieter und Untermieter eine Pauschale vereinbaren oder der Untermieter übernimmt anteilig Kosten der Betriebskostenabrechnung.

Kündigungsschutz

Ist die Wohnung komplett untervermietet, so hat der Untermieter dem Hauptmieter gegenüber den gleichen Kündigungsschutz wie jeder andere Mieter auch. Kündigt der eigentliche Vermieter dem Mieter die Wohnung, so muss der das Mietverhältnis auch mit dem Untermieter beenden.

Ist nur ein Teil der Wohnung untervermietet, so kann dem Untermieter mit den gesetzlichen Kündigungsgründen/-fristen gekündigt werden. Er kann auch ohne nähere Angabe von Gründen kündigen, dann aber mit einer um drei Monate verlängerten Frist. mh



Sprechstunden und Sozialberatung

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt.

In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/7 27 02, oder an Karl Peter, Tel.: 07541/7 22 85.

Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der

„Zehntscheune“, Untere Mühlenstraße 4, 68766 Hockenheim statt.

Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sprechstunden Kressbronn

Die Sprechstunden finden jeden letzten Mittwoch im Monat von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr statt. In dieser Zeit ist Frau Siegel nur unter der Mobilfunknummer 0176/22 94 82 01 erreichbar; sonst in dringenden Fällen auch unter Tel.: 07543/50726.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der **(Achtung: neue Adresse)**

Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt.

Alle SoVD-Mitglieder können die Beratung kostenlos in Anspruch nehmen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zum Ortsverband; aber nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51.

Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt, Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesge-

schäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/84 11 51.

Sprechstunden Ravensburg

Sprechstunden sind jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat, von 15.30 bis 17.30 Uhr, in der Georgstraße 14 a, 88212 Ravensburg, Tel.: 0160/94 65 87 21.

Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat **(außer im Dezember!)** findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.



Termine

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16.30 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

10-jähriges Jubiläum der Behindertenrechtskonvention in Deutschland gefeiert

Empfang im Weserstadion

Einen ganz besonderen runden Geburtstag nahm Bremens Landesbehindertenbeauftragter Dr. Joachim Steinbrück zum Anlass, zu einem Empfang im VIP-Bereich des Weserstadions einzuladen: das 10-jährige Jubiläum der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

Rund 270 Personen aus Politik und Bremer Interessenverbänden folgten der Einladung von Dr. Steinbrück und erlebten Mitte November einen „runden“ Nachmittag mit Vorträgen und Kleinkunst. Auch der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel war dazu extra aus Berlin angereist. Er hielt die Festrede.

Die Veranstaltung stand im Zusammenhang mit dem Teilhabe-Express, einer Sternfahrt mit dem Regionalverkehr der Bahn durch alle 16 Landeshauptstädte. Sie fand statt anlässlich des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Benachteiligungsverbotes für behinderte Menschen im Grundgesetz.

Die an der Aktion beteiligte Reisegruppe stieg nachmittags im Bremer Hauptbahnhof zur Weiterfahrt nach Hamburg um. Digital sendete sie Grüße und Unterstützungsbekundungen an die Veranstaltung.

Die Besucher*innen im Weserstadion genossen die verschiedenen Vorträge, Taneinlagen und Musik vom Rapper Graf Fidi, dem Botschafter für Inklusion. „Es war ein sehr informativer Nachmittag mit einem tollen Rahmenprogramm“, bestätigte SoVD-Landesvorsitzen-

der Joachim Wittrien. Er nahm an der Veranstaltung stellvertretend für SoVD-Präsident Adolf Bauer teil.

Der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel betonte in seiner Rede, dass Bremen beim Thema „Inklusion und Teilhabe“ sehr weit fortgeschritten sei: „Aber es gibt immer noch viel Arbeit für alle Beteiligten. Vor allem in den Köpfen muss sich etwas verändern!“ Ein Kompliment und gleichzeitig Ansporn für Dr. Joachim Steinbrück und andere Aktive in der Hansestadt, die es mit den Behindertenrechten ernst meinen.



Foto: Leika production / AdobeStock

Da Paketkuriere unter großem Zeitdruck arbeiten, geben sie Lieferungen gerne bei irgendeinem Nachbarn ab, wenn der oder die Empfänger*in nicht zu Hause ist.

Tipps für eine sichere Paketzustellung

Immer Ärger mit Paketen

Laut Paketverfolgung ist der Einkauf längst zugestellt. In die Postfiliale. Oder beim „Nachbarn“ – wer immer damit gemeint ist. Jeder kennt solchen Ärger: Warum kam das Paket nicht an, obwohl man den ganzen Tag zu Hause war?

Eigentlich ist der Online-Einkauf superbequem. Eigentlich. Wer schon mal kilometerweit zur Post stapfen, stundenlang warten und dann ein schweres Paket mit kalten Fingern zurückschleppen musste, der sieht das vielleicht anders. Oder wenn das Paket zwar nach Hause kommt, aber total zerknautscht. Und als Sie das bemerken, ist der Paketbote längst entwischt. Hier acht ultimative Tipps für den Umgang mit Paketdiensten:

- **Paket prüfen:** Ob der Inhalt heil ist, können Sie nicht sehen. Ist aber schon der Karton beschädigt, sollten Sie das Paket vor den Augen des Paketboten öffnen, ehe Sie es abzeichnen. Denn mit der Unterschrift bestätigen Sie nicht nur den Empfang, sondern auch, dass die Ware (äußerlich) heil bei Ihnen angekommen ist. Ist die Ware empfindlich und das Paket stark lädiert, ist es ratsam, die Annahme einfach zu verweigern. Das Paket geht dann zurück zum Händler.
- **Wichtiges in den Paketshop liefern lassen:** Prüfen ist nicht mehr möglich, wenn der nette alte Herr vom 1. Stock das Paket angenommen hat. Deshalb kann es besser sein, wichtige Pakete in den Paketshop liefern zu lassen. Dort können Sie die Sendung in Ruhe prüfen und sogar auspacken, falls Sie Zweifel haben. Dann können Sie zwar die Annahme nicht mehr verweigern. Das Personal im Paketshop kann aber Zeuge sein für einen Schaden. Übrigens: Bei einer Packstation können Sie die Sendung nicht prüfen. Sobald sich die Klappe öffnet, gilt das Paket als angenommen.
- **Transportschäden möglichst schnell melden:** Haben Sie das Paket einmal angenommen, können Sie ruhig alles öffnen, falls Sie den Verdacht eines Lieferschadens haben: dazu gehören auch Blisterverpackungen oder Folien. Das verpflichtet Sie noch nicht zum Kauf. Falls Sie einen Schaden feststellen, sollten Sie Fotos machen und die Sendung beim Absender und beim Paketdienst sofort reklamieren – spätestens aber nach sieben Tagen (§ 438 HGB).
- **Vorsicht bei Privatkauf:** Kaufen Sie beim gewerblichen Händler, haftet der für die Zustellung. Kaufen Sie von privat, dann muss der Verkäufer nur nachweisen, dass er das Paket aufgegeben hat. Kommt es nicht bei Ihnen an oder ist beschädigt, dann müssen Sie sich mit dem Paketdienst herumschlagen. Das Gesetz spricht vom „Gefahrübergang“ beim Versand (§ 447 BGB). Weil Sie nicht der Auftraggeber des Versandes sind, ist die Reklamation beim Paketdienst mühsam. Den Verkäufer können Sie nur in Haftung nehmen, falls die Ware sehr schlecht verpackt war. Nur ein Paketdienst nimmt an der Streitschlichtung der Bundesnetzagentur teil. Mehr dazu und wann Sie haften, wenn Sie selbst Pakete für einen Nachbarn annehmen, lesen Sie auf der Webseite von finanztip unter: www.finanztip.de *Quelle: finanztip.de*



Bundesbehindertenbeauftragter Jürgen Dusel (li.) und SoVD-Landesvorsitzender Joachim Wittrien.



Der Bremer Landesbehindertenbeauftragte Dr. Joachim Steinbrück (li.) mit Joachim Wittrien.

Neues im Straßenverkehr 2020

Das Jahr 2020 wartet mit vielen politischen Entscheidungen im Bereich Verkehr und Mobilität auf. Der ACE, Deutschlands zweitgrößter Autoclub, informiert über die wichtigsten Änderungen im Straßenverkehr für das Jahr 2020.

- **Abbiegeassistent für Lkw:** Neue Lang-Lkw, bestehend aus Zugfahrzeug mit Anhänger, müssen ab dem 1. Juli 2020 mit einem Abbiegeassistenten sowie blinkenden Seitenspiegeln ausgestattet sein. Ab dem 1. Juli 2022 gilt diese Pflicht auch für Bestandsfahrzeuge. So sollen schwere Unfälle vermieden und alle

Verkehrsteilnehmenden besser geschützt werden.

- **Kfz-Versicherung:** Auch in diesem Jahr müssen sich Millionen von Autofahrenden auf neue Typklassen einstellen. Die Typklassen in der Kfz-Versicherung ändern sich für mehr als elf Millionen Fahrzeugbesitzer. Rund 4,6 Millionen profitieren von besseren Typklassen, für knapp 6,5 Millionen gelten künftig höhere Einstufungen. Grundsätzlich gilt: Je besser die Einstufung in der Regionalklasse, desto günstiger wirkt es sich auf den Versicherungsbeitrag aus.
- **Mindestalter Moped-Führerschein:** Mit dem Gesetz zur Änderung des Straßenver-

kehrsgesetzes und weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften erhalten die Bundesländer die Möglichkeit, das Mindestalter für die Klasse AM von 16 auf 15 Jahre herabzusetzen.

- **Dieselfahrverbote:** Auch 2020 werden weitere Dieselfahrverbote folgen. Der zu hohen Feinstaubkonzentration in vielen urbanen Gebieten begegnen manche Städte mit dem Ausrufen eines Feinstaubalarms. Aktuelle Infos rund um emissions- und feinstaubbedingte Fahreinschränkungen in Deutschland gibt es auf der Webseite des ACE. *Quelle: ACE*

Ortsverbände suchen Leute fürs Ehrenamt

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, suchen wir Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle. Wir freuen uns über Ihren Anruf:

Kreisverband Bremen: 0421/16 38 490,
Kreisverband Bremerhaven: 0471/28 006.

Absenkung der Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche in Freibädern

Baden gehen für einen Euro

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zahlen im Bremer Freibad im Sommer 2020 nur einen Euro Eintritt. Außerdem werden die Eintrittspreise für Empfängerinnen von Sozialleistungen eingefroren, die ab Januar 2020 vorgesehene jährliche allgemeine Preiserhöhung wird für sie ausgesetzt.

Die Absenkung der Eintrittspreise, besonders für Kinder und Jugendliche, geht auf den Wunsch von Bürgerschaft und Senat zurück, nachdem es im Sommer 2018 zu mehreren Badeunfällen gekommen war, die auch auf mangelnde Schwimmfähigkeit zurückzuführen waren. Bislang kostet das Tagesticket in Freibädern für Kinder je nach Bädertyp 2,80 Euro bis 3,20 Euro, für Jugendliche bis zum 16. Geburtstag 3,40 bis 3,70 Euro. „Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sich sicher im Wasser bewegen können“, sagte Senatorin Stahmann. „Dazu werden wir erproben, ob wir mit deutlich vergünstigten Eintrittspreisen Hürden abbauen und die Teilhabe junger Menschen verbessern.“ Die günstigeren Preise sollen mit Beginn der Freibadsaison 2020 gelten, auch in kombinierten Frei- und Hallenbädern.

Um eine Million Euro erhöht der Senat zudem den Betriebskostenzuschuss der Bremer Bäder GmbH. Für die notwendigen



Foto: Lucky Dragon/AdobeStock

Auf den nächsten Sommer können sich Kinder und Jugendliche in Bremen freuen: Der Besuch im Freibad wird günstig.

Sanierungsarbeiten in den Hallenbädern Vahr und Huchting stehen schließlich 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Im Vitalbad Vahr muss das Dach für rund 300.000 Euro saniert werden sowie das Kinderbecken, in dem scharfkantige Risse entstanden sind. Diese Reparatur wird mit 280.000 Euro veranschlagt. Im

Hallenbad Huchting sind die Abhängvorrichtungen der Innendecke von fortschreitender Korrosion betroffen. „Mit diesen Investitionen stellen wir den Bäderbetrieb auch in der haushaltslosen Zeit sicher“, sagte Senatorin Stahmann. *Quelle: Senat für Soziales, Jugend, Integration und Sport*

Glückwünsche



Foto: Dora Zett/fotolia

Allen Mitgliedern, die im Januar Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

Noch freie Plätze

Der SoVD-Landesverband Bremen kann seinen Mitgliedern wieder einige freie Plätze bei der Warmwassergymnastik anbieten. Sie findet statt am Montag, Donnerstag und Freitag bei circa 32 Grad Wassertemperatur im Berufsbildungswerk Bremen in der Universitätsallee 20 in Bremen.

Wenn Sie etwas Gutes für sich und Ihre Gesundheit tun wollen, melden Sie sich einfach in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10-12, oder unter der Telefonnummer: 0421/1 63 84 90.

Dort erhalten Sie weitere Info, die genauen Zeiten und Details zu Ihrer Anmeldung.



Robert Kneschke/fotolia

Schon die Gelenke und der Schweiß kann nicht fließen: Bewegung im Wasser.



Termine der Orts- und Kreisverbände

Landesverband Bremen

Wenn Sie Interesse haben, per E-Mail Infos über Veranstaltungen des SoVD zu erhalten, können Sie gern der Landesgeschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitteilen unter: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremen Ortsverband Gröpelingen

15. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Torhaus Nord, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen. Um Anmeldung wird gebeten bis 10 Tage vor dem Termin bei Marianne Stelzenmüller, Tel.: 0421/84 73 02 78, oder Annegret Hensel, Tel.: 0421/39 63 430, jeweils montags bis freitags von 19 bis 20 Uhr.

Ortsverband Bremen-Osterholz

20. Januar, 17 Uhr: Vorstandssitzung. Danach um 18 Uhr: Mitgliederversammlung und „Neujahrs-Schnack“ mit einem Überraschungsgast, AmeB-Begegnungsstätte, Am Siek 43, 28325 Bremen.

27. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Spielen, Basteln und Unterhaltung, zuvor die Sitzgymnastik (**Achtung: geänderte Anfangszeit!**), AmeB

Begegnungsstätte, Am Siek 43, 28325 Bremen.

Voranmeldung jeweils bei U. Kröplin, Tel.: 0421/57 69 435 oder G. Hasselbrack, Tel.: 0421/40 48 05.

Ortsverband Bremen-Zentrum

23. Januar, 11 Uhr: Neujahresempfang, Berufsbildungswerk Bremen, Restaurant „Franke“, Universitätsallee 20, 28359 Bremen.

Vorschau: 19. Februar, 15 Uhr: Politischer „Klönnschnack“ mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte, Landesgeschäftsstelle, Breitenweg 10-12, 28195 Bremen.

Auskünfte und Anmeldung bis 31.1. bei Frau Zehe, Tel.: 0421/16 38 49 32.

Ortsverband Süd

Vorschau: 1. Februar, 12 Uhr: Kohlessen, „Zum Alois“, Breite Str. 12, 28757 Bremen.

Kreisverband Bremerhaven Ortsverband Bremerhaven Nord/Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit sozialpolitischen Vorträgen und Gesprächen, Altbürgerhaus, Neulandstr. 48,

27576 Bremerhaven.

Ortsverband Geestemünde

24. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 27570 Bremerhaven. Auskünfte erteilen Karin Michaelson (Tel.: 0471/55 222) und Rosmarie Mangels (Tel.: 0471/73 545).

Ortsverband Leherheide

10. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Lukaskirchengemeinde Bremerhaven, Louise-Schroeder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge

15. Januar, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Kontaktpolizistin Frau Seifert ist zu Gast, „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Lesum

13. Januar, 18.30 Uhr: Vorstandssitzung, Lesumer Hof, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Vegesack

30. Januar, 16 Uhr: Mitgliederversammlung, Heinemann-Bürgerhaus, Raum E03, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartnerinnen und -partner des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen. Tel.: 0421/1 63 84 90, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven. Tel.: 0471/2 80 06, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Problemanalysen, Lösungsvorschläge und Forderungen des SoVD Hamburg als Entscheidungshilfe

Orientierungshilfe zur Bürgerschaftswahl

Damit Mitglieder eine Hilfestellung haben, wie sie sich am 23. Februar bei der Bürgerschaftswahl entscheiden können, hat der SoVD Hamburg die entscheidenden sozialpolitischen Themen in der Stadt zusammengetragen und bewertet. Denn der

Verband ist nicht nur Kritiker, sondern auch Ideengeber für die Sozialpolitik in Hamburg – wir wissen, was jetzt nötig ist! Seine Analysen und Lösungsvorschläge hat der SoVD ausführlich in seiner „Sozialpolitischen Orientierung“ zusammengefasst.

Der Wortlaut ist im Internet unter www.sovd-hh.de/news-service/publikationen-ratgeber-broschueren nachlesbar. In der Februarausgabe werden weitere sozialpolitische Themen beleuchtet, die für Hamburg wichtig sind.

Forderungen an die Politik

Das sind die Mindestforderungen, die der zukünftige Senat mit eigenen Mitteln umsetzen kann (mehr dazu: Sozialpolitische Orientierung, Seite 10):

- Der Grundsicherungssatz braucht eine Zuzahlung, denn das Leben in Hamburg ist teurer als anderswo. Die Stadt München und einige bayrische Landkreise haben es erfolgreich vorgemacht und schon vor Jahren den Grundsicherungssatz um 20 Euro angehoben.
- In den Stadtteilen müssen Quartierszentren entstehen, die alle Angebote vor Ort bündeln und vernetzen.
- Freie Fahrt im ÖPNV für bedürftige Senior*innen. Für sie ist existenziell, dass die Fahrten

kostenlos sind, denn Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe an der Gesellschaft.

- Freier Eintritt für Bedürftige in allen staatlichen Kultureinrichtungen. Dazu zählen Museen, Musikveranstaltungen sowie private und städtische Angebote vor Ort im Quartier.

Jede*r Fünfte ist arm – wirksame Konzepte entwickeln

18,4 Prozent aller Hamburger*innen leben in Armut oder sind von ihr bedroht (mehr dazu auf Seite 9). Wir brauchen deshalb alle zwei Jahre einen Armuts- und Reichtumsbericht. Er wäre Grundlage für die Entwicklung eines nachhaltigen Konzeptes, das Armut verhindert und langfristig abbaut.

ÖPNV-Alternativen ausbauen – Mobilität sozial gestalten

Mobilität muss sicher und barrierefrei sein (Seite 30). Es müssen zusätzliche barrierefreie Alternativen zum ÖPNV entwickelt werden, denn gerade ältere und



Foto: roibu/Adobe Stock

Hamburg wählt am 23. Februar.

behinderte Menschen können nicht mehr ohne Weiteres Bus und Bahn nutzen. Zubringertaxis wie MOIA oder joki müssen über das ganze Stadtgebiet zum ÖPNV-Preis nutzbar sein. Außerdem sollte es die Möglichkeit geben, die Zubringer telefonisch zu ordern und bar zu bezahlen.

Schule, Kita, Freizeit – mehr Förderung für bedürftige Kinder und Familien

Damit Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, eine

echte Chance bekommen, ist mehr Unterstützung gefragt (Seiten 14/17). Hamburg braucht:

- Angebote zur häuslichen Kinderbetreuung,
- mehr Hebammen und eine bessere Vergütung für ihre Arbeit,
- Quartierszentren in den Stadtteilen, in denen auch Familienberatung angeboten wird,
- uneingeschränkte Angebote zur Erziehungshilfe,
- wenigstens acht Stunden kostenfreie Betreuung in den Kindertagesstätten,
- Ausbau der Schulen zu echten Ganztagschulen,
- kostenfreies Frühstück und Mittagessen in Kitas und Schulen,
- Stärkung der offenen Kinder-

und Jugendarbeit; mehr und besondere Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Gleichstellung: Unterstützung für Frauen

Emanzipation ist noch lange nicht im Alltag angekommen (Seite 20). Der SoVD fordert:

- einen jährlichen Gleichstellungsbericht,
- spezielle arbeitsmarktpolitische Instrumente, die Frauen dabei unterstützen, einen existenzsichernden Job zu finden,
- Frauen besser vor Gewalt schützen,
- mehr Wohnprojekte für obdachlose Frauen,
- Ausbau der Frauenhäuser.

Politische Podiumsdiskussion von SoVD und DGB zum Problemthema Wohnen

Quartierszentren sind die Lösung

Was muss die Politik tun, damit Senior*innen in Hamburg gut leben können? Diese Frage war Thema einer gemeinsamen Podiumsdiskussion, zu der SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Rüdiger Beyer (DGB-Senioren) Vertretende aus der Hamburger Politik eingeladen hatten.

Ein Schwerpunkt war der soziale Wohnungsbau: „Wir haben definitiv eine Wohnungsnot in der Stadt!“, stellte Wicher klar. Während die SPD betonte, wie erfolgreich sie jedes Jahr baue, kritisierte er, der Drittmix decke den Bedarf nicht: „Wir brauchen wenigstens 5.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Auch über eine deutliche Verlängerung der Mietpreisbindung müssen wir reden. Außerdem sollten städtische Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben werden.“ Den Forderungen konnte Die Linke sich vorbehaltlos anschließen; die CDU hingegen fürchtet, Investoren zu verschrecken.

Wicher warb für das Hamburger SoVD-Konzept „Quartiere“, das bei Grünen und Linken auf große Zustimmung stieß: „Wir brauchen Zentren vor Ort, in denen alle Angebote aus dem Stadtteil ver-

netzt sind. Dazu zählen der Hamburger Hausbesuch, aber auch die Angebote von Verbänden, Initiativen und Ehrenamtlichen. Die Zentren könnten der Schlüssel im Kampf gegen Armut werden, denn sie bieten allen die Chance

auf Teilhabe an der Gesellschaft.“ Auch die kostenlose Nutzung des ÖPNV für Bedürftige könnte Zeichen setzen. Wicher plädierte als ersten Schritt für das 365-Euro-Jahresticket, das zudem ein Beitrag zum Klimaschutz wäre.



Teilnehmende der Diskussion von SoVD, DGB-Senioren und Politik.

Ansichten

Liebe Mitglieder,

wir können, wie schon in den vergangenen Jahren, mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken und mit Zuversicht auf das neue Jahr schauen. Wieder einmal ist es uns gelungen, mehr Mitglieder als im Vorjahr in den SoVD Hamburg aufzunehmen. Im November 2019 konnten wir das 22.000. Mitglied begrüßen. Damit haben wir unsere Position in Hamburg als bedeutendster und stärkster Sozialverband weiter ausbauen können. Auch dadurch können wir Ihnen noch mehr Leistungen bieten. Unsere Leistungen können sich sehen lassen: Bereits heute haben wir elf Standorte, an denen neun Fachjurist*innen Sozialrechtsberatung anbieten.

Mit den Bürgerschaftswahlen steht am 23. Februar ein wichtiges Ereignis an. Im Dezember haben wir gemeinsam mit den DGB-Senioren Fachvertreter*innen der politischen Parteien zu einer gut besuchten Diskussionsrunde eingeladen und über eine gute Seniorenpolitik für die Stadt gestritten. Am 16. Januar wollen wir auch mit den sozialpolitischen Sprecher*innen der Parteien im Kulturpalast in Öjendorf darüber sprechen. Unsere Positionen dazu können Sie in unserer Sozialpolitischen Orientierung nachlesen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender



Klaus Wicher

Kurz notiert

16. Januar, 17.30 Uhr: Diskussionsveranstaltung mit den sozialpolitischen Sprecher*innen der Bürgerschaftsparteien im Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a.

21. Januar, 10 Uhr: Neujahrsempfang des SoVD und der DGB-Senioren im DGB-Haus, Musiksaal, Besenbinderhof 57 A.

Weitere Termine online unter www.sovd-hh.de/veranstaltungen.

Verstärkung im Beratungsteam der Landesgeschäftsstelle

Neue Juristin in Barmbek

Die Landesgeschäftsstelle hat einen Neuzugang: Seit November verstärkt Sopiko Gogsadze das Team. Für die junge Juristin mit Schwerpunkt Sozialrecht war gleich nach dem Bewerbungsgespräch mit dem Landesvorsitzenden Klaus Wicher klar: „Hier will ich bleiben.“

Die 26-jährige gebürtige Georgierin hat schon viel von der Welt gesehen. „Während meiner Schulzeit in Tschatura war ich ein Jahr lang in Wisconsin/USA und habe die Sprache gelernt. Das Leben dort war beeindruckend und natürlich ganz anders als in meiner Heimat.“ Zurück in Tiflis konnte Gogsadze ihre Kenntnisse nutzen: Ihr Jurastudium finanzierte sie unter anderem mit Sprachunterricht für Schüler*innen zwischen 6 und 40 Jahren. Nach dem Bachelor-Abschluss zog es die junge Frau „in den Westen“. In Hamburg lernte sie nicht nur die nächste neue Sprache, Deutsch, sondern schloss an der Universität Hamburg auch ihr Studium mit dem Master ab.

Schon da war ihr klar, wo sie ihre Schwerpunkte legen wollte: „Ich habe schon in Georgien viele Menschen gesehen, die alt oder krank sind und die nur auf sich selbst gestellt sind. Es gibt viel Armut bei uns und dementsprechend wenig soziale Hilfestellung. Ich wollte schon früh alles ganz genau darüber wissen. Vor allem, wie ich Menschen unterstützen kann, die sich allein nicht zu helfen wissen.“

Ein Dreivierteljahr hospitierte die 26-Jährige nach dem Ende ihres Studiums beim Hamburger Sozialgericht und erlebte den Alltag hautnah. Nun ist sie gut gerüstet für die Beratung in allen Fragen des Sozialrechts.

Ob Rente, Schwerbehinderung, Arbeitslosengeld I und II, Kranken- und Pflegeversicherung, medizinische und berufliche Rehabilitation, Grundsicherung und Sozialhilfe, Berufskrankheit, Arbeitsunfall oder staatliche Entschädigung: Wer Mitglied im SoVD ist, kann den kompetenten Rat der SoVD-Fachjurist*innen in Anspruch nehmen. Bei Bedarf vertritt der SoVD seine Mitglieder auch vor dem Sozialgericht.



Sopiko Gogsadze will Menschen in sozialen Fragen weiterhelfen.

Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen. Wir informieren Sie, was Ihnen zusteht, unterstützen bei Anträgen, prüfen Bescheide und kämpfen in Widerspruchs- oder Klageverfahren für Ihr gutes Recht. So erreichen Sie uns: Tel.: 040/6 11 60 70, Fax: 040/61 16 07 50, E-Mail: info@sovd-hh.de. Hier sind wir für Sie vor Ort:

- **Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38**, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 9–14 Uhr.
- **Luruper Hauptstraße 149**, (gegenüber Eckhoffplatz), 22547 Hamburg. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr und 14–16 Uhr.
- **Marie-Bautz-Weg 11** (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG), 22159 Hamburg. Montags und freitags, 10–12 Uhr.
- **Winsener Straße 13**, 21077 Hamburg. Montags 9–12 Uhr, mittwochs 10–12 Uhr, donnerstags 14–17 Uhr.
- **Beim Strohhaus 20** (beim Mieterverein zu Hamburg, direkt bei der U-/S-Bahnstation Berliner Tor), 20097 Hamburg. Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 14–17.30 Uhr.
- **Alte Holstenstraße 30**, im Marktkauf-Center (BAG), 21031 Hamburg. Freitags, 10–12 Uhr.
- **Serrahnstraße 1**, im DGB-Zentrum, 21029 Hamburg. Jeden 1. und 3. Dienstag, 14.30–16 Uhr (Beratung auch türkisch und englisch).
- **Tangstedter Landstraße 41**, im Bürgerhaus Langenhorn, 22415 Hamburg. Jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.
- **Gefionstraße 3**, im Bürgertreff Altona-Nord (BIB), 22769 Hamburg. Jeden 3. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr.
- **Julius-Vosseler-Straße 193**, Bürgerhaus Lenzsiedlung e. V. Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr.
- **Schreyerring 27**, Café Steilshoop, jeden 2. und 4. Montag im Monat, 16–18 Uhr.

Haspa unterstützt gemeinnützige Verbandsarbeit mit Geld für Neuanschaffung

Spendenbeitrag fürs SoVD-Auto

Der SoVD ist stolz, wenn Unternehmen seine Arbeit unterstützen. Umso mehr freute sich Landeschef Klaus Wicher, als Metta Schade, Regionalleiterin Barmbek und Bramfeld-Steilshoop bei der Hamburger Sparkasse (Haspa), ihm in der „Filiale der Zukunft“ am Bramfelder Dorfplatz einen Scheck über 5.500 Euro überreichte.

„Ich bin sehr dankbar über diese Spende. Sie fließt in die Anschaffung eines neuen Autos, das wir dringend brauchen.“ Das Geld sind Zweckerträge aus dem Lotteriesparjahr 2018/19. Ein Los kostet fünf Euro, davon geht ein kleiner Betrag in einen Topf, aus dem die Haspa jährlich bis zu 500 gemeinnützige Einrichtungen in und um Hamburg mit rund 2,6 Millionen Euro fördert. Wicher ist überzeugt: „Eine gute Sache, denn man spart für sich selbst und tut zusätzlich auch noch etwas Gutes für die soziale Arbeit vor Ort.“



Klaus Wicher (vorne, 3. v. re.) nahm den Spendenscheck entgegen.

5 Termine der Orts- und Kreisverbände

Ortsverband Barmbek-Nord

14. Januar, 15 Uhr: Neujahrsempfang mit Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender, Bürgerhaus Barmbek, Lorichstraße 28 a.

Ortsverband Bramfeld / Farmsen

14. Januar, 15 Uhr: „Alles über Bienen“, Heino Susott, Imkerverband Hamburg e. V., informiert im Max-Brauer-Haus, Seniorenwohnanlage der Alida-Schmidt-Stiftung, Hohnerredder 25.

Treff Hamm

8. Januar, 15 Uhr: Klönnachmittag im Gemeindezentrum Wichernkirche, Wichernsweg 16.

Ortsverband Iserbrook / Finkenwerder

10. Januar, 15 Uhr: „Herr Maschke kämpft sich durch den Verkehr“, Zorbas, Heidrehmen 23.

25. Januar: Tagesfahrt nach Meldorf zum Grünkohlessen mit Rundfahrt, Anmeldung bei Jürgen Schleizer, Tel.: 78 89 83 02.

Ortsverband Lohbrügge

25. Januar, 13 Uhr: Grünkohlessen im Holstenhof, Anmeldung bei Müller, Tel.: 7 38 30 32.

Ortsverband Langenhorn

24. Januar, 14 Uhr: „Vorsorge und neue Friedhofsformen“, Referent: Holger Wende, Großhamburger Bestattungsinstitut GBI, im Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41.

Ortsverband Lurup-Osdorf

17. Januar, 16 Uhr: sozialpolitisches Gespräch mit Kandidat*innen zur Bürgerschaftswahl, AWO-Seniorentreff, Bürgerhaus Bornheide, Pavillon 5 (orange), Bornheide 76 e.

28. Januar, 16 Uhr: SoVD-Konzept „Quartier-Angebote“ für

eine integrierte Altenhilfe, Referent: Klaus Wicher, im Sportlerheim des SV Lurup, Flurstraße 7.

Ortsverband Marmstorf

7. Januar, 15 Uhr: Kaffeetrinken mit Berlinern in der Kirchengemeinde Sinstorf.

12. Januar: Ausflug ins Gewürzmuseum, HafenCity, Anmeldung bei Pawlak, Tel.: 76 91 02 25.

15. Januar, 16 Uhr: Der Opferhilfeverein „Weißer Ring“ stellt sich vor, Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12–14.

Ortsverband Niendorf / Schnelsen

2. Januar, 10.30–12.30 Uhr: Sprechstunde zur Marktzeit, Garstedter Weg 13 (Raum 36).

9. Januar, 16 Uhr: „Die Lenzlerchen, Lieder zur Klampfe zum Mitsingen“, AWO-Aktivtreff, Tibarg 1 b.

Treff Ottensen

22. Januar, 15 Uhr: Klönnachmittag im DRK-Seniorentreff „Haus Ottensen“, Holstenring 6.

Ortsverband Rahlstedt

21. Januar, 15 Uhr: Start ins neue Jahr, Vorstellung des Programms für 2020, Sozialer Dienst Karin Kaiser, Hameister-Haus, Rahlstedter Straße 187 a.

Treff Süderelbe

14. Januar, 16 Uhr: „Auch im Alter gut hören“ mit Peter Drews, Bund der Schwerhörigen, Jägerhof, Ehestorfer Heuweg 12–14.

Ortsverband Wilstorf

7. Januar, 15 Uhr: Kaffeetrinken mit Berlinern in der Kirchengemeinde Sinstorf.

8. Januar, 16 Uhr: Wohlbefinden im Alter, „Pro Senior“ informiert, Restaurant „Zur Außenmühle“, Vinzenzweg 20.

Ortsverband Winterhude

13. Januar, 16 Uhr: „Einsamkeit und Isolation im Alter“, KulturistenHoch2 schafft Alternativen, Epiphaniengemeinde, Großheidestraße 44.

Besonderes

Hamburger Geschichte

28. Januar, 15 Uhr: „Vergessene Transporte“, Frauenlager Hamburg-Langenhorn (KZ Neuengamme), im LaLi, Tangstedter Landstraße 182. Veranstaltung des Bezirks-seniorenbeirates Hamburg-Nord und der Willy-Bredel-Gesellschaft, unterstützt durch den SoVD Hamburg, Gastredner: Klaus Wicher.

Pflegende Angehörige

31. Januar, 10–13 Uhr: Orientierungskurs „Was tun bei Pflegebedürftigkeit?“; 14–16 Uhr: Angehörigentreff, Beratungszentrum Barmbek, Pestalozzistraße 38.

13. Januar, 16.30–19.30: Orientierungskurs „Was tun bei Pflegebedürftigkeit?“; Beratungszentrum Lurup, Luruper Hauptstraße 149.

Anmeldung erforderlich, Tel.: 040/6 11 60 70, E-Mail: info@sovd-hh-kr-west.de.

Helgoland-Fahrt

17. Mai (Vorschau), 9 Uhr, Brücke 3–5: Fahrt mit dem neuen Katamaran nach Helgoland, Preis: 56,30 Euro. Der SoVD Hamburg ist nicht der Veranstalter. Karten bei Wolfgang Seipp, Tel.: 040/5 00 06 53, E-Mail: wolfgang.seipp@t-online.de.

Kreisverband Mittelbe macht in Genthin auf Altersarmut von Frauen aufmerksam

Unterschriften zur Grundrente

Sachsen-Anhalt Über die Grundrente hat die Große Koalition in der Vergangenheit heftig gestritten. Die Frauen im SoVD begrüßen das Konzept von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) grundsätzlich, denn die Lebensleistung von Frauen und Männern anzuerkennen und zu wertschätzen, ist wichtig für ein würdevolles Leben im Alter. Die Realität wird dem leider häufig nicht gerecht.

Auch wenn sie ein Leben lang Beiträge gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, sind Frauen besonders oft von Altersarmut betroffen.

Um auf diese Problematik hinzuweisen, unterstützten die SoVD-Frauen die Postkartenaktion „Ich habe die Grundrente verdient“. Diese hatte der SoVD gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, dem Deutschen Frauenrat, dem Deutschen Landesfrauenverband, den Frauen im DGB, den Evangelischen Frauen in Deutschland, dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter, dem Verband berufstätiger Mütter und ver.di ins Leben gerufen. Edda Schliepack, bis November Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied des SoVD, hatte alle Landesfrauensprecherinnen um Unterstützung gebeten.



Monika Lück, Birgitt Jenkewitz und Jörn Sanftleben (v. li.) vom SoVD-Kreisverband Mittelbe informierten auf dem Genthiner Marktplatz über die Postkartenaktion „Ich habe die Grundrente verdient“ und sammelten Unterschriften.

Der Landesverband Mitteldeutschland erhielt 500 Postkarten, die die Landesfrauensprecherin Monika Lück mit

einem Anschreiben an die Kreis- und Ortsverbände weiterleitete.

So unterstützte der Kreisverband Mittelbe die Aktion: Kreisvorsitzender Jörn Sanftleben, seine Stellvertreterin Birgitt Jenkewitz und die Landesfrauensprecherin Monika Lück, ebenfalls im Kreisvorstand, informierten am 1. November auf dem Genthiner Marktplatz über die Postkartenaktion und sammelten Unterschriften. Dabei kamen sie mit zahlreichen Passantinnen und Passanten ins Gespräch. Viele wiesen darauf hin, dass Frauen häufiger im Niedriglohnbereich arbeiten oder wegen Familienpflichten eine Teilzeitbeschäftigung ausüben und somit weniger in die Rentenkasse einzahlen. Dadurch sei die Gefahr der Altersarmut vorprogrammiert.



Viele Genthinerinnen und Genthiner sowie Leute aus der Region waren an den Informationen des Sozialverbandes interessiert.

Ortsverband Zörbig besucht Veranstaltung mit interessantem Vortrag in Radegast

Verfügungen und Vollmachten

Sachsen-Anhalt Am 5. November 2019 trafen sich Mitglieder des SoVD-Ortsverbandes Zörbig zu einer Veranstaltung in Radegast, die der örtliche Verein „Radegast (be)leben e. V.“ durchführte. Es handelte sich um einen Vortrag der Versicherungsgruppe „Ergo Group AG“.

Im Vortrag wurde auf die Vorteile einer Patientenverfügung hingewiesen. Überdies ging es um Vorsorgevollmacht, Bankvollmacht und Betreuungsvollmacht. Durch „Radegast (be)leben“ waren auch einige jüngere Leute anwesend, die re-

ges Interesse zeigten. Viele Anwesende waren erstaunt, dass SoVD und Ergo zusammenarbeiten. Wegen der Kooperation wird es für SoVD-Mitglieder günstiger, wenn Ergo-Rechtsanwälte diese Vollmachten erstellen. „Ich glaube, ich spreche für alle

Anwesenden, wenn ich sage, es war ein gelungener Abend“, so der Zörbiger Ortsverbandsvorsitzende Peter Hinz.

Foto re.: SoVD-Mitglieder aus Zörbig informierten sich über Patientenverfügung & Co.



Editorial

Das „Fordern“ bei Hartz IV

In diesen Tagen haben wir uns mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV befasst. Schon bei einer Kürzung der Hartz-IV-Leistungen um 30 Prozent sei die Belastungswirkung sehr hoch. Und, so die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts von Anfang November 2019, Jobcenter können solche Sanktionen nicht eben mal so verhängen, die Maßnahmen müssten im Einzelfall höchsten Anforderungen der Verhältnismäßigkeit genügen. Mehr als 30 Prozent Kürzung hielten die Verfassungsrichter für einen Verstoß gegen das Grundgesetz, das ein Existenzminimum garantiert.

Streng genommen hatten die Richter allerdings lediglich über Sanktionen geurteilt, die der Ablehnung von Job- oder Förderangeboten folgen. Nicht entschieden wurde über solche, die verhängt werden, wenn Langzeitarbeitslose ohne wichtigen Grund einen Jobcenter-Termin versäumen. Der Entwurf einer Weisung des zuständigen Bundesministers für Arbeit und Soziales an die Jobcenter sah nun vor, dass Hartz-IV-Empfängern dann die Leistungen auch um mehr als 30 Prozent gekürzt werden können.

Gut, dass Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) das inzwischen gestoppt hat. Die Debatte über die Sanktionen bei Hartz IV ist derzeit nicht zu Ende. Es geht um die Frage, ob es beim „Fordern und Fordern“ bleibt. Oder ob es sich der Sozialstaat künftig erlauben kann, nicht mehr zu fordern. Wir meinen: Ja, der Sozialstaat muss das auch zukünftig tun, hierbei aber nicht den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit überschreiten. Davon sollten alle Verantwortlichen in den Ämtern ausgehen.



Joachim Heinrich

**Joachim Heinrich,
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses
im Landesverband Mitteldeutschland**



Termine

Kreisverband Wernigerode

Noch bis zum 13. Januar ist die Geschäftsstelle wegen Urlaubs geschlossen.

14. Januar, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff unter dem Motto „Wir begrüßen das neue Jahr“, Heltauer Platz 1, Wernigerode.





Jörn Sanftleben, Kreisvorsitzender Mittelbe, und Monika Lück, Landesfrauensprecherin, bei der Gedenkveranstaltung in Genthin.

Kreisverband Mittelbe erinnert an Kriegsoffer

Volkstrauertag-Gedenken

Sachsen-Anhalt Anlässlich des Volkstrauertages wird jährlich auch in Genthin, wie bundesweit, eine Gedenkstunde abgehalten. Es ist ein staatlicher Gedenktag und gehört zu den sogenannten „stillen Tagen“. Der örtliche SoVD beteiligt sich an der Zeremonie.

Der Volkstrauertag wird zwei Sonntage vor dem ersten Advent begangen und erinnert an die Kriegstoten und Gewaltopfer in aller Welt. 2019 fiel er auf den 17. November. An der Kranzniederlegung am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten auf dem städtischen Friedhof in Genthin nahmen auch Jörn Sanftleben, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Mittelbe, und Monika Lück, Kreisvorsitzende und sozialpolitische Landesfrauensprecherin im SoVD Mitteldeutschland, teil und legten ein Blumengebilde nieder.

In Genthin steht die Veranstaltung traditionell unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der Stadt und der Kirchengemeinden Sankt Trinitatis und Sankt Marien. Die Bläsergruppe der evangelischen Gemeinde Sankt Trinitatis eröffnete musikalisch das Gedenken. Die Begrüßungsansprache hielt Genthins Bürgermeister Matthias Günther (parteilos), die Gedenkrede sprach Pfarrerin Beate Eisert.

Halberstädter legen Blumen nieder – Kreisverband Halberstadt mit Gesteck beteiligt

Krieg und Gewalt entgegentreten

Sachsen-Anhalt Am 17. November, dem Volkstrauertag, trafen sich auch in Halberstadt Vertreterinnen und Vertreter der Stadt, verschiedener Parteien, der Bundeswehr und einiger Verbände und Vereine, um der durch Gewalt Verstorbenen der vergangenen Jahre zu gedenken.

Der Trauermarsch setzte sich um 11.30 Uhr in Bewegung. Ziel war der Kriegsoffer-Gedenkstein auf dem städtischen Friedhof; dort fand die Kranzniederlegung statt. Der SoVD-Kreisverband Halberstadt legte ein Gesteck zum stillen Gedenken an die Gewaltopfer ab.

Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke (Die Linke) mahnte in seiner Ansprache, mit offenen Augen durch die Welt zu gehen und den Anfängen von Hass und Gewalt entschei-

den entgegenzutreten. Nicht nur den gefallenen Soldaten beider Weltkriege galt seine Ansprache, sondern auch den vielen zivilen Opfern. Seine Worte wählte er ebenso für die Toten an der unmenschlichen Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und die gefallenen Soldaten bei den Bundeswehr-Auslandseinsätzen. Im Anschluss fand eine Schweigeminute statt.

Foto re.: Der SoVD Halberstadt legte auch Blumen ab.



Klaus Schatter, Vorsitzender des Kreisverbandes Halberstadt, beim Totengedenken am Mahmal.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten: montags bis donnerstags, 9–15 Uhr, nur nach telefonischer Absprache.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen. Sprechzeit: donnerstags, 9–12 Uhr, Tel.: 03493/6 12 00.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Neu: Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 26 78. Sprechstunde: dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halber-

stadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7 74 82 46. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Räume der Volkssolidarität,

Adelheidstraße 4, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden ersten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/5 45 0. Sprechzeit: erster und dritter Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 10–11.30 Uhr, und freitags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Ver-

einbarung. Termine unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: jeden ersten Dienstag und ersten Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Termine über den Kreisvorsitzenden Frank Biesler, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

Beschluss zu neuen Beiträgen

Sehr geehrte Mitglieder im SoVD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern,

entsprechend den Beschlüssen der Bundesverbandstagung 2015 und der Beitragsordnung unseres Verbandes wurde von der Bundesverbandstagung 2019 eine sehr moderate Beitragsanpassung beschlossen. Einzelheiten dazu konnten Sie in der letzten Ausgabe unserer SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“ nachlesen.

Der Landesvorstand des

SoVD in Mecklenburg-Vorpommern hat auf seiner letzten Sitzung entschieden, die Weitergabe der Rücklaufgelder nach den bisher geltenden Regeln vorzunehmen. Damit stehen wie bisher auch schon allen Gliederungen, Ortsverbänden (über die Kreisverbände), Kreisverbänden und dem Landesverband planbar finanzielle Mittel zur Verfügung, um ihre satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen.

Gemäß dem Vorstandsbeschluss gehen zukünftig pauschal 32 Prozent des Beitrages,

egal ob Einzel-, Partner- oder Familienbeitrag, an die Kreisverbände.

Das heißt, die Kreisverbände erhalten ab nächsten Monat auch mehr Gelder, die sie für die Verbandsarbeit und somit für die Mitglieder einsetzen können.

Dr. Helmhold Seidlein
(1. Landesvorsitzender)
Henry Spradau
(Landesschatzmeister)
Donald Nimsch
(Landesgeschäftsführer)



Editorial

Landesverband auf der Bundesverbandstagung

Aus unserem Landesverband nahmen vier Freundinnen und Freunde, davon zwei Stimmberechtigte, an der Bundesverbandstagung des SoVD im November in Berlin teil. Einheitliches Fazit: Es war eine sehr gut organisierte Veranstaltung im angemessenen Rahmen ohne Glamour und Show.

Die Atmosphäre kann man mit „höflich-freundschaftlich“ und „zielorientiert“ beschreiben. Tatsächliche Auseinandersetzungen fanden nicht statt. Dies war wohl besonders der akribischen Vorbereitung und den intensiv geführten Gesprächen und Diskussionen im Vorfeld in allen Verbandsgliederungen geschuldet, über die sich die Landesverbände gut ausgetauscht hatten. Die Wahlen verliefen harmonisch, die Gewinner freuten sich, die Verlierer nahmen ihre Niederlagen gefasst zur Kenntnis. Die weitaus größte Zahl der Anträge an die Bundesverbandstagung für die Arbeit in den nächsten vier Jahren, gut aufgearbeitet, fand die Zustimmung des Plenums entsprechend den Empfehlungen der Antragskommissionen.

Die positiven Aussichten für den Verband in den nächsten vier Jahren fasste der wiedergewählte Präsident zusammen. Er sieht den SoVD, der sich seit der Bundesverbandstagung in neuer optischer Darstellung präsentiert, gut vorbereitet, um seiner Rolle als moderner Dienstleistungsverband und sozialpolitischer Signalgeber gerecht zu werden.

Sozialministerin Drese aus Mecklenburg-Vorpommern und Arbeits- und Sozialminister Heil hatten diese Stärken unseres Verbandes in ihren Ansprachen ausdrücklich anerkannt und gewürdigt. Die Charakterisierung des SoVD als „soziales Gewissen der Politik“, wie vom Landesverband Mecklenburg-Vorpommern in die sozialpolitische Diskussion eingeführt, übernahm der Bundesminister.

Nunmehr gilt es, die Beschlüsse des Bundesverbandstages in den Gliederungen unseres Verbandes mit Leben zu erfüllen. In Kürze wird der Landesverband dazu wieder eine Regionalkonferenz durchführen.



Dr. Helmhold Seidlein

Dr. med. Helmhold Seidlein
1. Landesvorsitzender



Auf der Bundesverbandstagung in Berlin, v. li.: Landesvorsitzender Dr. Helmhold Seidlein mit den stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Heinrich Erke und Erika Kannenberg, Landesschatzmeister Henry Spradau und Landesgeschäftsführer Donald Nimsch.



Groß und Klein mit und ohne Behinderung füllten die Caspar-David-Friedrich-Halle in Greifswald.

Ortsverband Greifswald beteiligt sich aktiv an Sportveranstaltung für alle

Gelebte Integration mit Spaß

Der Kreissportbund Vorpommern-Greifswald hatte bis 2018 schon fünf integrative Sportfeste in Greifswald organisiert. 2019 fand dann am 19. Oktober der „1. Integrative Sporttag“ statt – mit über 300 teilnehmenden Sportlerinnen und Sportlern in fünf Sporthallen und unterschiedlichen Disziplinen.

Auch in der neuen Sporthalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule begrüßte Dr. Stefan Fassbinder (Bündnis 90/Die

Grünen), Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, zu dem integrativen Fest. Wie immer ließ

es sich der SoVD-Ortsverband Greifswald nicht nehmen, mit einigen Mitgliedern aktiv dabei zu sein.

Ob beim Medizinballweitwurf, Kuhhockey, Korbball, Dosenwerfen oder Curling, beim gemeinsamen Sporttreiben von Menschen mit und ohne Handicap standen der gemeinsame Spaß und die Freude an der Bewegung im Vordergrund. Teilnehmen konnten bereits Kinder ab sechs Jahren. Auch die Mitmachangebote, wie Rollstuhlfahren im Parcours oder das gemeinsame Trommeln mit der „Musikfabrik“, erfreuten sich großer Beliebtheit.

Das Fazit fiel klar aus: Beim nächsten integrativen Sportfest wird der SoVD wieder präsent sein.



Rund 100 Teilnehmende traten in verschiedensten Disziplinen an.

Rehabilitierungsgesetzte entfristet – mehr Entschädigung und Unterstützung für weitere Personengruppen

Verbesserungen für Opfer des SED-Regimes

Der Bundestag beschloss Ende Oktober ein Gesetz, das die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze und weitere Verbesserungen für Opfer des SED-Unrechtsregimes mit sich bringt. Denn auch fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung führen

Betroffene Rehabilitierungsverfahren. Die Gesetze zur Rehabilitierung von Opfern rechtsstaatswidriger Maßnahmen in der DDR sahen bisher Fristen für Anträge auf Rehabilitierung und teils für die Geltendmachung von Leistungsansprüchen vor.

So konnte man Anträge auf strafrechtliche oder berufliche Rehabilitierung eigentlich nur noch bis zum 31. Dezember 2019 und Anträge auf verwaltungsrechtliche Rehabilitierung bis zum 31. Dezember 2020 stellen. Die Neuregelung nahm nun eine Entfristung und andere wesentliche Verbesserungen vor (Bundestags-Drucksachen 19/10817, 19/12086).

Das ermöglicht unter anderem eine Rehabilitierung und

Entschädigung für sogenannte Heimkinder: Kinder und Jugendliche, deren Eltern aufgrund ihres politischen Engagements verfolgt waren und inhaftiert wurden und die deshalb in Heimen untergebracht wurden.

Zudem erhöhen sich die Opferrenten von 300 auf 330 und die Ausgleichszahlungen von 214 auf 240 Euro monatlich. Die Höhe wird alle fünf Jahre überprüft. Die Voraussetzungen für den Zugang zu Opferrente oder Ausgleichs-

leistungen werden herabgesetzt und die Frist der Haftdauer auf 90 Tage vermindert.

Auch für die Opfer von staatlichen Zersetzungsmassnahmen – einer repressiven Verfolgungspraxis aus umfangreichen, heimlichen Steuerungs- und Manipulationstechniken – und für verfolgte Schüler*innen wer-

den bessere Ausgleichsleistungen geschaffen. Die Forschung zu politisch motivierten Adaptionen in der DDR wird gefördert. Noch nicht entschädigte Opfer staatlicher Zersetzungsmassnahmen werden ebenfalls rehabilitiert und ihr Leid mit einer einmaligen Ausgleichsleistung von 1.500 Euro anerkannt.



Anspruchsberechtigte sollten sich zur Beratung an die SoVD-Landesgeschäftsstelle wenden: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 01 09-14, Fax: -20, www.sovd-mv.de.

Arbeitstreffen des Kreisverbandes Ludwigslust mit externen Gästen

Engagierte Arbeit im SoVD

Zum Ende des Jahres 2019 trafen sich die SoVD-Mitglieder in Ludwigslust zu einem Gesprächsaustausch. Eingeladen hatte der Kreisverband ebenfalls den Landtagsabgeordneten Dirk Friedriszik (SPD) und Reinhard Hinz vom Sozialrechtsverband, die Kreisvorsitzender Franz Kusy sehr herzlich begrüßte.

Der Vorsitzende berichtete Mitgliedern wie Gästen von der Arbeit des Kreisverbandes. Dieser beschäftigt sich mit dem Anspruch von Leistungen aus dem sozialen Sicherungssystem. Dabei falle immer wieder auf, dass Menschen nicht wüssten, in welcher Lebenslage sie Anspruch auf welche Leistung haben und wo sie diese bekommen.

MdL Friedriszik äußerte sich sehr lobend über die Arbeit des SoVD: „Ich bin beeindruckt von dem Engagement des Verbandes, die hier gemachten Erfahrungen sind so wichtig für uns Landespolitiker, sie bilden eine der Grundlagen für unsere Arbeit im Landtag und in unserer Gesetzgebung.“

Neben der Sozialberatung und Information gehören zum Verbandsleben die Vertretung bei Sozialgerichten, aber auch Freizeitangebote wie Workshops, Ausflüge, Gesprächsgruppen und die Möglichkeit, ein Ehrenamt im SoVD auszuüben.

Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde stand dann die immer schwierigere Aufgabe, jüngere Mitglieder zu gewinnen und Vorstände zu besetzen. Ein besonderes Problem hat hier der Ortsverband Ludwigslust. Mit seinen über 80 Mitgliedern sucht er Menschen, die bereit sind, für den SoVD aktiv tätig zu werden – sei es in der Beratung

oder im Ortsverband selbst. Hier möchten der SPD-Abgeordnete und Reinhard Hinz, der als ehrenamtlicher Richter tätig ist, Unterstützung geben. Dazu sollen auf einer Mitgliederversammlung die Aufgaben und Termine definiert werden.

Der Kreisverband dankt seinen Mitgliedern für die Arbeit und wünscht ein gutes neues Jahr.



Foto: KariDesign/Adobe Stock

In der DDR landeten Kinder von politisch Verfolgten oft in Heimen.

5 Termine

Kreisverband Vorpommern-Greifswald

Dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung.

Kreisverband Neubrandenburg

Dienstags, 9.30–12 Uhr: Handarbeitsgruppe.
Dienstags, 9–13 Uhr: Sprechzeit, Details siehe unter „Kontakt“.

Ortsverbände Grimmen, Barth, Ribnitz, Stralsund Land

1. Dienstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Männerfrühstück.
1. Donnerstag im Monat, 9.30–11.30 Uhr: Frauenfrühstück.
Veranstaltungsort ist jeweils das AWO-Café Grimmen.

Kreisverband Wismar

8. Januar, 9.30–11.30 Uhr: Klönfrühstück, Anm. bis zum 7. Januar.
14. Januar, 14–16 Uhr: Spielenachmittag, Anm. bis zum 7. Januar.
29. Januar, 13–16 Uhr: Rechtsberatung, Anmeldung bis 28. Januar.

Rechtsberatung

Parchim: 8. Januar, **Neubrandenburg:** 15. Januar, **Güstrow und Schwerin:** 22. Januar, **Grevesmühlen und Wismar:** 29. Januar. Es berät Doreen Rauch.

Greifswald: 14. Januar, **Anklam:** 15. Januar, **Rügen und Stralsund:** 21. Januar, **Neustrelitz und Röbel:** 28. Januar. Es berät Donald Nimsch.

Rostock: jeden Mittwoch, bitte im Landesverband anmelden.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen rechts in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax:

0395/37 95 16 22.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30,

18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81, Fax: 03838/40 46 18.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 02, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.



Der SoVD-Kreisverband Ludwigslust im Gespräch mit dem Landespolitiker Dirk Friedriszik, Mdl (SPD), im Dezember 2019.

Armutsrisiko Pflege: Vor allem Frauen sind gefährdet

SoVD-Fachtagung zeigt Lösungen auf

Wie lässt sich Armut durch Pflege wirksam verhindern? Was brauchen pflegende Angehörige? Und was kann und muss die Politik tun? Das haben der SoVD und die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) Niedersachsen bei einer gemeinsamen Fachtagung in Hannover zusammen mit Experten und Betroffenen erörtert.

„Pflege und Armut: Das eine führt oft zum anderen“, stellte der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt in seiner Begrüßung der rund 70 Teilnehmenden fest. „Wenn wir in Deutschland über Pflege reden, haben wir oft vor allem die stationäre Pflege und ihre Kosten im Blick. Dabei wird gerne übersehen, dass mehr als drei Viertel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt werden – und zwar in der Regel von Angehörigen oder nahestehenden Personen“, so Sackarendt weiter.

In 70 Prozent der Fälle seien es Frauen, die sich um die Pflegebedürftigen kümmern und unbezahlte Sorgearbeit leisten. Der SoVD-Chef brachte es auf den Punkt: „Die Frauen stellen den größten Pflegedienst in Deutschland.“ Dafür träten sie beruflich oft kürzer oder verzichteten sogar ganz auf eine Erwerbstätigkeit. Das mache sich nicht nur vorübergehend im Portemonnaie bemerkbar,

sondern vor allem auch später bei der Rente. „Damit sind es gerade die Frauen, die durch häusliche Pflege besonders von Altersarmut bedroht sind“, betonte Sackarendt, der die mangelnde finanzielle Anerkennung häuslicher Pflege kritisierte.

SoVD-Gutachten liefert Zahlen und Fakten

Ein vom SoVD beauftragtes Gutachten zeigt den Zusammenhang zwischen häuslicher Pflege und Altersarmut von Frauen jetzt erstmals deutlich auf. Die Autorin Katja Knauthe von der Hochschule Zittau/Görlitz stellte die Studie im Rahmen der Fachtagung ausführlich vor.

Danach leisten Frauen täglich 87 Minuten mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. Fasst man familiäre und erwerbsmäßige Arbeit zusammen, kommen sie damit auf eine insgesamt 18 Jahre längere Lebensarbeitszeit.



Fotos (3): Özge Yildirim

Im Gespräch (von links): der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt, Moderatorin Cosima Schmitt, Verdi-Gewerkschaftssekretärin Annette Klausung und Sabine Grebe-Warmbold vom Vorstand der DMSG Niedersachsen.

Zwei Drittel der pflegenden Frauen sind im erwerbsfähigen Alter und müssen Pflege und Beruf miteinander vereinbaren.

„Frauen entscheiden sich nicht bewusst für die Altersarmut, sind aber im Verlauf ihres Lebens Verarmungsrisiken wie Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen im Zusammenhang mit der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen ausgesetzt“, so Knauthe.

Das SoVD-Gutachten gibt auch darüber Aufschluss, warum Frauen die Pflegearbeit trotz des Armutsrisikos übernehmen: Oft spielen wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle bei der Frage, wer in der Familie in welchem Umfang für die Pflege zuständig ist. Dass die Frauen hier den weit größeren Anteil leisten, hängt auch mit ihrem oft niedrigeren Einkommen und ihren geringeren Erfolgs- und Karriereaussichten zusammen.

Als dringend notwendige Schritte nannte Knauthe eine Verbesserung der Pflegeinfrastruktur und haushaltsnaher Dienstleistungen, um Familien zu entlasten und die Fortführung der Berufstätigkeit neben der Pflegearbeit zu ermöglichen. Auch müsse sich die Erwerbsarbeitszeit an die Lebensrealität der berufstätigen pflegenden Angehörigen anpassen.

Untermauert wurde dies durch die Handlungsempfehlungen des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, dessen ersten Bericht Beiratsmitglied Simone Real vorstellte.

Betroffene berichten von ihren Erfahrungen

Im Gespräch mit Betroffenen wurde die Forderung nach längeren Auszeiten von der Pflege laut: Zwei Wochen reichten nicht aus, da man praktisch nie freihabe. Außerdem wünschten sich die pflegenden Angehörigen mehr finanzielle Unterstützung durch eine Lohnersatzleistung analog der Elternzeit sowie den Abbau bürokratischer Hürden. „Es kann nicht sein, dass der beantragte Rollstuhl erst bewilligt wird, wenn der Pflegebedürftige schon verstorben ist, weil die Bearbeitungszeit so lange dauert“, beklagte etwa Monika Theismann. Gleichzeitig machte sie deutlich, dass pflegende Angehörige selbst etwas tun können: „Man muss das Haus aufmachen, um Hilfe von Nachbarn und anderen nahestehenden Menschen annehmen zu können.“

An die Arbeitgeber richteten sich Forderungen nach mehr Homeoffice, flexiblen Arbeitszeiten oder dem Angebot einer Tagespflege analog zu den Betriebskindergärten.

Dirk Hillebrecht ist selbst pflegebedürftiger Rollstuhlfahrer und monierte insbesondere mangelnde Informationen seitens der Krankenkassen: „Man weiß nicht, was man wissen müsste.“

Klare Forderungen an die Politik

In der abschließenden Gesprächsrunde stellte Annette Klausung von Verdi fest: „Das Thema Pflege ist in der Politik angekommen.“ Dennoch bleibe viel zu tun. Wenn selbst reine Pflegeleistungen nicht mehr finanziert seien, bestehe dringender Handlungsbedarf.

Sabine Grebe-Warmbold, Vorstandsmitglied der DMSG Niedersachsen, schlug vor, ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Pflege zu nutzen, um den Fachkräftemangel abzumildern und Jugendlichen Erfahrungen in diesem Berufsfeld zu ermöglichen.

SoVD-Chef Sackarendt ist überzeugt: „Wir brauchen eine Pflegevollversicherung, die sämtliche Kosten der Pflege abdeckt.“ Pflege gehöre zur Daseinsvorsorge und müsse wieder verstärkt kommunal aufgestellt werden. „Wir werden unsere Forderungen an die Politik auch weiterhin deutlich formulieren“, kündigte der Vorsitzende von Niedersachsens größtem Sozialverband an.



Auch Betroffene kamen zu Wort: Dirk Hillebrecht (links), Monika Theismann (3. v. l.) und Evelyn Kumpf-Wilke (rechts).



Gut besucht: Rund 70 Teilnehmende verfolgten die Fachtagung in Hannover mit großem Interesse.

Höhere Regelsätze bei Sozialhilfe und Grundsicherung

Mehr Geld im neuen Jahr

Wer auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen ist, bekommt ab sofort mehr Geld. Alleinstehende Erwachsene erhalten seit Jahresbeginn 432 Euro im Monat – acht Euro mehr als bisher. Auch die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sind gestiegen.



Foto: Barbara Dräger

Plus im Portemonnaie: Die Regelsätze im Sozialrecht sind um knapp zwei Prozent gestiegen.

Wer in Deutschland in eine Notlage gerät und nicht selbst für seinen Unterhalt sorgen kann, hat Anspruch auf staatliche Leistungen. Diese werden jährlich überprüft und angepasst. Zum 1. Januar 2020 sind die Regelsätze für Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung daher um 1,88 Prozent gestiegen.

Alleinstehende Erwachsene erhalten ab sofort 432 Euro im Monat. Das entspricht einem Plus von acht Euro im Ver-

gleich zum Vorjahr. Neben den Leistungen für Erwachsene sind auch die Sätze für Kinder und Jugendliche gestiegen: Jugendliche von 14 bis 17 Jahren erhalten mit 328 Euro jetzt sechs Euro mehr als zuvor – genauso wie Kinder von sechs bis 13 Jahren, deren Satz sich auf 308 Euro erhöht hat. Für Kinder bis zu sechs Jahren ist der Satz um fünf Euro auf 250 Euro gestiegen.

Das Statistische Bundesamt ermittelt die sogenannte Fortschreibung der Regelbedarfe

jährlich anhand eines Mischindex. Dieser ergibt sich zu 70 Prozent aus der Preisentwicklung und zu 30 Prozent aus der Nettolohnentwicklung, die auf Grundlage der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsentwicklung berechnet wird.

Die Preisentwicklung wird nach Angaben der Bundesregierung ausschließlich aus regelbedarfsrelevanten Waren und Dienstleistungen ermittelt. Dazu gehören neben Nahrungsmitteln und Kleidung etwa auch Fahrräder und Hygienartikel. Kosten für Zeitungen und Friseurbesuche fließen ebenso in die Berechnung ein.

Dagegen bleiben viele andere Produkte beim Regelbedarf außen vor. Dazu gehören Camping-Artikel wie Schlafsäcke oder Luftmatratzen genauso wie Schmuck, Handtaschen, Schnittblumen oder auch Weihnachtsbäume.

Der SoVD begrüßt zwar die Erhöhung der Regelsätze, kritisiert aber gleichzeitig die Methode der Bedarfsermittlung: „Diese geht schlicht und einfach an der Lebensrealität der Menschen vorbei“, sagt der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt.

Barrierefreiheit und Teilhabe: SoVD unterstützt „Reisegruppe Niemand“

Zwischenstopp in Hannover

Fünf Menschen mit Behinderung sind per Zug quer durch Deutschland gereist, um für mehr Barrierefreiheit zu werben. Beim Halt in der niedersächsischen Landeshauptstadt bereiteten der SoVD und viele andere Unterstützer der „Reisegruppe Niemand“ einen fulminanten Empfang.



Foto: Christian Winter

Begrüßungskomitee am Hauptbahnhof: Die Landesbehindertenbeauftragte Petra Wontorra (vorne, 2. v. l.) sowie zahlreiche Unterstützer vom SoVD und anderen Verbänden hießen die „Reisegruppe Niemand“ in Hannover willkommen.

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Dieser wichtige Satz wurde vor genau 25 Jahren ins Grundgesetz aufgenommen. Pünktlich zum Jubiläum der

Verfassungsgängigkeit haben sich fünf Menschen mit Behinderung als „Reisegruppe Niemand“ auf den Weg gemacht, um innerhalb von 76 Stunden alle 16 deutschen Landes-

hauptstädte mit dem Nahverkehr der Bahn zu bereisen.

Mit ihrer Aktion setzten sie ein Zeichen für mehr Barrierefreiheit und Teilhabe und warben dafür, dem Benachteiligungsverbot im Grundgesetz mehr Nachdruck zu verleihen. Unterwegs sammelten sie Bilder und Botschaften für den Bundespräsidenten.

Beim Zwischenstopp in Hannover bekam die Reisegruppe viel Zuspruch und Unterstützung vom SoVD, dem Forum Artikel 30, der Landesbehindertenbeauftragten Petra Wontorra, Special Olympics Niedersachsen und vielen anderen Verbänden: Mit zahlreichen Plakaten sorgten die Aktivistinnen und Aktivisten für einen öffentlichkeitswirksamen Empfang und gaben den Reisenden viele Gute Wünsche für ihre Weiterfahrt mit auf den Weg.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

Unsere Beratung gibt Ihnen Sicherheit



Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e.V.
Herschelstraße 31
30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax 0511 70148-70
info@sovd-nds.de
www.sovd-nds.de

SOVD-ANGEBOT



Foto: Lennart Helal

Ferien mit den Enkelkindern

Sie haben Lust, in den Ferien fünf schöne Tage mit Ihrem Enkelkind zu verbringen? Auch 2020 bieten die Frauen und die Jugend im SoVD-Landesverband Niedersachsen wieder ihre beliebten Familienseminare an.

Familien und Großeltern mit Enkelkindern ab sechs Jahren dürfen sich auf gemeinsames Basteln und Spiele am Abend genauso freuen wie auf einen Besuch im Schwimmbad und einen Ausflug in die Region.

Termine: 30. März bis 3. April (Bad Sachsa), 20. bis 24. Juli (Hitzacker) und 12. bis 16. Oktober (Bad Sachsa).

Mehr Infos erhalten Sie bei Anne Kantel: anne.kantel@sovd-nds.de, Telefon 0511 70148-93.

Behindertenparkplätze: Plakat-Aktion in Braunschweig

SoVD mahnt Falschparker

Die Stadt Braunschweig hat 2018 mehr als 3.000 Verwarnungen wegen Falschparkens auf Behindertenparkplätzen erteilt. Mit einer Plakat-Aktion will der SoVD in Braunschweig die sündigen Autofahrer jetzt zum Umdenken bewegen.



Foto: Thorsten Böttcher

Werben für mehr Rücksichtnahme gegenüber Autofahrern mit Behinderung: die SoVD-Plakate in der Braunschweiger Innenstadt.

„Sie haben meinen Parkplatz! Wollen Sie auch meine Behinderung?“. Dieser Text prangt auf den Plakaten, die der SoVD in Braunschweig rund um die Behindertenparkplätze auf dem Bankplatz und in der Casparistraße an Laternen und Bäumen aufgehängt hat.

„Menschen mit Anspruch auf einen Behindertenparkplatz benötigen diesen dringend, um mobil zu bleiben“, sagt Kai

Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig. „Deshalb appellieren wir an die übrigen Autofahrer, diese Parkplätze frei zu halten.“

Behindertenparkplätze sind Personen mit dem blauen Parkausweis vorbehalten. Um diesen Ausweis zu beantragen, benötigt man in der Regel einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen aG (außergewöhnliche Gehbehinderung)

oder Bl (Blindheit). Darüber hinaus kann der Ausweis auch in wenigen Sonderfällen ausgestellt werden.

In Braunschweig sind im öffentlichen Straßenraum 136 allgemeine Behindertenparkplätze ausgewiesen. Dazu kommen die personenbezogenen Parkplätze vor Wohnhäusern. Für das verbotswidrige Parken auf Behindertenparkplätzen wird ein Verwarnungsgeld von 35 Euro erhoben. Im Jahr 2018 hat die Stadt Braunschweig insgesamt 3.031 entsprechende Verwarnungen erteilt.

„Auch in der SoVD-Sozialberatung hören wir immer wieder Beschwerden von Mitgliedern, dass Behindertenparkplätze ohne Berechtigung belegt sind und dass die Falschparker sogar noch patzig reagieren, sobald sie auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden“, so Bursie. Hier will der SoVD mit seiner Plakat-Aktion für mehr Rücksicht werben. Ergänzend dazu können im SoVD-Beratungszentrum am Bäckerklint 8 entsprechende Karten abgeholt werden, die man den Falschparkern an die Windschutzscheibe stecken kann.

Bahnhofstoilette in Gifhorn: SoVD fordert Stadt zum Handeln auf

WC-Anlage in desolatem Zustand

Beißender Gestank, verschmutzte Wände, Urinpfitzen und rostige Befestigungen: Der Zustand der Toilette am Bahnhof Gifhorn-Süd ist eine Zumutung – vor allem für Menschen mit Behinderung.



Foto: Berko Härtel

Wenig vertrauenerweckend: die Befestigung einer Haltestange in der WC-Anlage am Bahnhof Gifhorn-Süd.

Die öffentliche WC-Anlage am Bahnhof Gifhorn-Süd befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand. Starke Verschmutzungen und ein verstopftes Klo prägen das Bild. Fließendes Wasser zum Händewaschen gibt es genauso wenig

wie Papierhandtücher. Der Gifhorner SoVD-Kreisvorsitzende Heinz-Ulrich Kabrodt ist nach eigenen negativen Erfahrungen mehr als empört: „Das kann man niemandem zumuten“, sagt er. „Hier sieht es aus, als wäre seit Wochen keine

Reinigung mehr vorgenommen worden – einfach ein Saustall!“

Besonders betroffen sind Menschen mit Behinderung oder Senioren mit eingeschränkter Mobilität, die sich zum Setzen oder Aufstehen abstützen müssen. Denn die Befestigungen für die Haltestangen sind stark verrostet und damit wenig vertrauenerweckend. Die Anlage steht auf öffentlichem Grund, die Verantwortung liegt damit bei der Stadt. Diese hat die Reinigung und Wartung der Anlage an externe Dienstleister vergeben. Auf Nachfrage des SoVD versprach der zuständige Fachbereich, die Missstände zu prüfen.

„Hier ist sofortiges Handeln nötig“, betont Kabrodt. Er fordert die Stadt auf, umgehend Abhilfe zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass die WC-Anlage künftig regelmäßig gereinigt, auf Funktionsfähigkeit geprüft und gewartet wird.

SOVD-FRAUEN



Foto: Franziska Sperling

Kreisverband Uelzen präsentiert sich bei Infobörse für Frauen

Die Frauengruppe des SoVD in Uelzen hat sich erstmals an der Infobörse für Frauen im Uelzener Rathaus beteiligt.

Im Rahmen der Veranstaltung informierten die SoVD-Frauen unter anderem über die Ursachen von Frauenarmut und verliehen ihrer Forderung nach einer gleichen Mütterrente für alle Nachdruck (im Bild von links: Marion Sperling und Edelgard Tornow). „Viele wissen gar nicht, dass sich starke Frauen im SoVD seit 100 Jahren für die Gleichberechtigung engagieren“, berichtet SoVD-Kreisfrauensprecherin Annegret Schulz-Klose. „Es gibt viele aktive Frauen im Landkreis Uelzen, deshalb sollten wir dieses Netzwerk nutzen und Präsenz zeigen“, so Schulz-Klose weiter. „Nur so kommt man mit den Frauen ins Gespräch und kann seine Unterstützung anbieten.“

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

SoVD-Aktion im „Anderen Kino“ in Lehrte



Foto: Helga Laube-Hoffmann

Im Vorfeld des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen hatten die Burgdorfer SoVD-Kreisfrauensprecherin Ilona Picker (rechts) und die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lehrte Fokeline Beerbaum-Vellinga (links) in „Das Andere Kino“ in Lehrte eingeladen.

Gezeigt wurde der Film „Hinter Türen“. In der Dokumentation schildern Betroffene ihre Erfahrungen als Opfer von häuslicher Gewalt. Beerbaum-Vellinga wies auf das

breite Spektrum häuslicher Gewalt hin: „Es geht nicht nur um körperliche, sondern auch um seelische Schäden. Wenn der Druck zu hoch ist, muss man sich befreien, um sich und eventuell leidende Kinder zu schützen.“

Eine rege Diskussion und die Schilderung einer direkt Betroffenen aus dem gut besuchten Kinosaal rundeten die Veranstaltung ab. Der erhobene Unkostenbeitrag floss als Spende an den örtlichen Kinderschutzbund.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel. 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
E-Mail: presse@sovnd-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Christian Winter
Tel. 0511 70148-54

Leitung:
Stefanie Jäkel
Tel. 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Rollstuhlbasketball-Bundesliga: Hannover United in Topform

SoVD verlost Freikarten

Die Rollstuhlbasketballer von Hannover United stehen für professionellen Leistungssport und handfeste Inklusion. Als Partner und Förderer des Teams verlost der SoVD in Niedersachsen jetzt fünfmal zwei Freikarten für das Heimspiel gegen die Roller Bulls Ostbelgien.



Foto: Maike Lobback

Ein sicheres Händchen: Mit Topscorer Joe Bestwick (rechts) hat Hannover United die aktuelle Hinrunde der 1. Rollstuhlbasketball-Bundesliga auf Platz drei abgeschlossen.

Mit einer Mischung aus international erfahrenen und erfolgreichen Topspielern und regionalen Nachwuchskräften haben sich die Rollstuhlbasketballer von Hannover United in der oberen

Hälfte der 1. Rollstuhlbasketball-Bundesliga etabliert.

Das Team hat die Hinrunde der Saison 2019/2020 mit sechs Siegen in Folge auf Platz drei beendet. Realistische Ziele für diese Spielzeit sind die

Halbfinalrunden in Ligabetrieb und Pokal, bevor es Ende April im französischen Lille um die Qualifikation zur EuroLeague geht.

Beim Fünf-gegen-fünf in pfeilschnellen Sportrollstühlen ist der Kontakt auf dem Feld vorprogrammiert – genau wie die Stimmung auf der Tribüne. Wer das Team selbst einmal live erleben möchte, hat jetzt die Chance auf kostenlosen Eintritt in die United Arena in Hannover: Der SoVD verlost fünfmal zwei Freikarten für das Heimspiel gegen die Roller Bulls Ostbelgien am Samstag, 22. Februar 2020 um 18 Uhr. Schreiben Sie bis zum 31. Januar eine Postkarte mit dem Stichwort „Hannover United“ an den SoVD-Landesverband Niedersachsen, Abteilung Presse und Kommunikation, Herschelstraße 31, 30159 Hannover – oder schicken Sie eine E-Mail mit entsprechendem Betreff an presse@sovd-nds.de.

Den kompletten Spielplan finden Sie im Internet unter www.hannover-united.de.

„SoVD-Notizblock“: Aktuelle Infos per E-Mail

Jetzt abonnieren!

Wissenswertes rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit und Hartz IV: Das bietet der E-Mail-Newsletter „SoVD-Notizblock“.

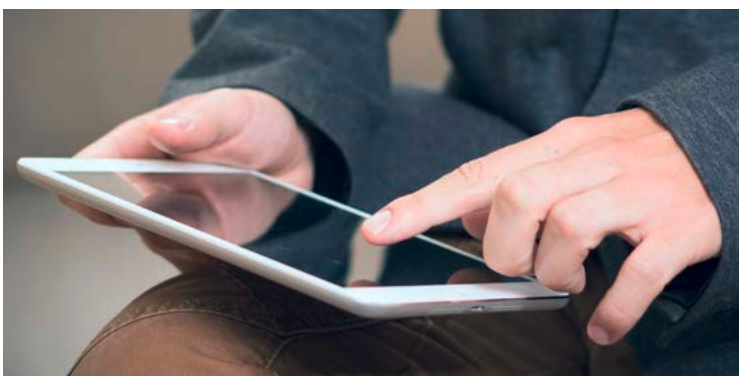


Foto: Pixabay / niekverlaan

Digitales Angebot: Mit dem „SoVD-Notizblock“ bleiben Sie immer auf dem Laufenden.

Mit seinem E-Mail-Newsletter „SoVD-Notizblock“ informiert der SoVD in Niedersachsen seine Mitglieder regelmäßig über die neuesten sozialpolitischen Entwicklungen und stellt aktuelle Beratungsfälle aus den landesweit rund 60 SoVD-Beratungszentren vor. Dazu gibt es Nachrichten aus den niedersächsischen SoVD-Regionen sowie spannende Buch- und Film-Tipps.

Sie möchten sich künftig auch mit dem „SoVD-Notizblock“

über die Arbeit von Niedersachsens größtem Sozialverband auf dem Laufenden halten? Dann registrieren Sie sich am besten noch heute für den kostenlosen Newsletter. So wird's gemacht: Gehen Sie auf die Internetseite www.sovd-nds.de und wählen Sie in der Menüleiste unter der Rubrik „Service“ den Punkt „Newsletter“. Dort geben Sie einfach Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse ein und verpassen ab sofort keine einzige Ausgabe mehr.

BERATUNG

SoVD gibt Tipps am Telefon

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Interessierte können sich am Montag, 13. Januar 2020 zwischen 17 und 19 Uhr unter der Nummer 0531 2444116 zu den Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht informieren. Der Sozialrechtsexperte Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, wird die Fragen der Anrufer beantworten.

Die spannendsten Gespräche dieser Telefonberatung werden am Freitag, 7. Februar 2020 von 14 bis 15 Uhr in der Sendung „SoVD-Regional“ auf Radio Okerwelle 104,6 ausgestrahlt – selbstverständlich anonym. Auch außerhalb der Region Braunschweig kann die Sendung im Internet-Livestream unter www.okerwelle.de verfolgt werden.

Behindertensportler des Jahres: Wahl startet Ende Januar

20 Jahre Anerkennung für herausragende sportliche Leistungen



Foto: Volker Minkus

Gewinner im Vorjahr: Rollstuhlbasketballer Alexander Budde mit (von links) BSN-Präsident Karl Finke, Ministerpräsident Stephan Weil und Ex-Boxweltmeister Henry Maske.

Die Auszeichnung zum Behindertensportler des Jahres feiert runden Geburtstag: Bereits zum 20. Mal ruft der Behinderten-Sportverband Niedersachsen (BSN) die Menschen im Land dazu auf, ihren sportlichen Favoriten zu wählen.

Auch für die Jubiläumsauflage der beliebten Publikumswahl hat eine unabhängige Jury aus zahlreichen Vorschlägen wieder sechs hochkarätige Kandidatinnen und Kandidaten ermittelt. Zur Wahl stehen Alexander Bley (Gehörlosen-Leichtathletik), Tim Focken (Para-

Sportschießen), Phil Grolla (Para-Leichtathletik), Jan Haller (Rollstuhlbasketball), Jan-Niklas Pott (Para-Badminton) und Christiane Reppe (Para-Triathlon).

Vom 31. Januar bis zum 26. Februar können sich alle Niedersachsen an der Abstimmung beteiligen – zum Beispiel auf der BSN-Internetseite www.bsn-ev.de, in den niedersächsischen Lotto-Annahmestellen, in den Filialen der Hannoverschen Volksbank, im GOP-Variété Hannover oder über die Stimmzettel, die zahlreichen Tageszeitungen beiliegen.

TERMIN



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: WhatsApp-Sprechstunde im Januar

Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den monatlichen Terminen beantworten SoVD-Beraterinnen und -Berater Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Am besten gleich vormerken: Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 14. Januar 2020 von 17 bis 18 Uhr statt.



Konzentriertes Arbeiten im großen Sitzungssaal: die Delegierten aus ganz Deutschland bei einer Abstimmung im Plenum.



Blumen und Worte der Anerkennung: SoVD-Präsident Adolf Bauer verabschiedete sich bei der bisherigen Vizepräsidentin Renate Falk.

Wichtige Positionen im Bundesvorstand und Präsidium – Dank und Abschied für Renate Falk

Starker SoVD NRW beim Bundesverbandstag

Der SoVD als Gesamtverband kann auf eine erfolgreiche 21. Bundesverbandstagung in Berlin zurückschauen. Und auch aus NRW-Sicht gibt es viele gute Neuigkeiten: Franz Schrewe, der im Juli zum Landesvorsitzenden wiedergewählt wurde, ist auch erneut in den Bundesvorstand gewählt worden. Damit vertritt er die Interessen des Landesverbandes NRW auch auf Bundesebene.

Als Vorsitzender des Finanzausschusses ist Franz Schrewe nicht auch weiterhin Mitglied im Präsidium des SoVD.

Mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Helmut Etzkorn und dem Landesschatzmeister Klaus Kienemann hat der SoVD NRW weitere Vertreter im Bundesvorstand.

Und es gibt noch eine ganz besondere Personalie: Die neue SoVD-Bundesfrauensprecherin kommt ebenfalls aus

Nordrhein-Westfalen! Nachdem Edda Schliepack nicht mehr angetreten war, wählten die Delegierten der Bundesverbandstagung Jutta König, die Landesfrauensprecherin des SoVD NRW, zu ihrer Nachfolgerin.

Darüber hinaus ist Petra Schmidt, Revisorin im NRW-Landesverband und Vorsitzende des Kreisverbandes Dortmund, erneut zur Bundesrevisorin gewählt worden; ebenso Revisorin

ist – erstmals – Barbara Rolla aus dem Kreisverband Herne.

So ist der SoVD NRW für die kommenden vier Jahre in vielen wichtigen Positionen auf Bundesebene vertreten.

Großen Dank gab es für Renate Falk zum Abschied. Sie kandidierte aus privaten Gründen nicht erneut für den Bundesvorstand. Falk ist aber weiterhin Vorsitzende des Kreisverbandes Essen, also immer noch engagiert im SoVD tätig.



Gut gelaunt in Berlin, v. li.: Helmut Etzkorn, Landesgeschäftsführer Markus Gerdes, Klaus Kienemann, Franz Schrewe und Jutta König.

Neues Magazin und Infoportal sollen Menschen mit Behinderung die Reiseziel-Suche erleichtern

„Barrierefrei Erleben“ – auch im Urlaub

Urlaub ist die Zeit der Erholung, der Entspannung und der Entdeckungen: einfach mal raus – egal, ob man sich für Natur, Großstadtflair oder romantische, kleine Orte begeistert. Für Menschen, die Barrierefreiheit benötigen, ist die Suche nach geeigneten Angeboten dabei oft eine Herausforderung.

„Wird das, was mich interessiert, barrierefrei angeboten? Wo finde ich weitergehende Informationen?“ – Das neue Magazin „Barrierefrei Erleben“ will hier Antworten liefern. Im Internet gibt es dazu auch ein Infoportal. Die barrierefreien Reisen werden flankiert von Erfahrungsberichten, Infos zu Betrieben mit besonderen Angeboten und Serviceanbietern, die das Reisen leichter machen.

Mitinitiatorin und geschäftsführende Gesellschafterin ist Karina von Keitz. Sie stellte das Angebot im September auf der Messe Rehacare in Düsseldorf vor. Mit reichlich Informationsmaterial im Gepäck besuchte sie

den Stand des SoVD NRW, um sich Unterstützung zu holen: „Wir wollten ein attraktives, inspirierendes Produkt schaffen für Menschen, die Urlaub machen wollen und dabei – aus welchem Grund auch immer – auf Barrierefreiheit achten.“ Das Reiseangebot sollte im Vordergrund stehen, nicht die Behinderung. Betroffene verbrachten viel zu viel Zeit damit, geeignete Urlaubsziele zu finden und durch eigene Recherchen auf Barrierefreiheit „abzuklopfen“.

Von Keitz fing vor zehn Jahren bei der Landestourismusorganisation von Rheinland-Pfalz an und übernahm schon nach kurzer Zeit die Leitung eines Projektes zu Barrierefreiheit im Tourismus:

„Ich hatte während dieser Tätigkeit immer wieder den Eindruck, dass das Thema Barrierefreiheit ziemlich stiefmütterlich behandelt und von vielen auch unterschätzt wird. Und so entstand für mich der Wunsch und das Ziel, es aus seiner Nische herauszuholen – für die Kunden, aber vor allem für die Anbieter, also die Hotels, die Restaurants, die Museen.“

Viele glaubten, es kämen nur noch behinderte Menschen, wenn sie etwas barrierefrei gestalteten, so von Keitz. Aufklärung tue Not: „Und genau das habe ich dann als Projektleiterin fünf Jahre lang getan – Menschen aus dem Bereich Tourismus schulen und für das Thema gewinnen.“ Darüber,



Karina von Keitz (li.) mit ihrem Team auf der Messe Rehacare.

was Kundinnen und Kunden, die Barrierefreiheit brauchen, genau wollen, schrieb sie ihre Masterarbeit. Zudem hält sie Vorlesungen an Hochschulen, „um die Hotel-

manager von morgen zu sensibilisieren.“

Auf www.barrierefreierleben.de kann man das Magazin herunterladen oder nach Hause bestellen.

SoVD unterstützt das Hilfefon und fordert mehr (barrierefreie) Frauenhäuser in NRW

Hilfsangebote bei Gewalt gegen Frauen

Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt an Frauen, dem 25. November, unterstützten die Frauen im SoVD NRW erneut die bundesweite Aktion des Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ (siehe auch Bericht im Bundesteil der Dezember-Ausgabe, Seite 15). Sie machten landesweit auf diese Möglichkeit aufmerksam, sich zu jeder Tag- und Nachtzeit helfen und beraten zu lassen.

Der SoVD NRW fordert die Beseitigung jeder Art von geschlechtsspezifischer Gewalt, sei sie körperlich, psychisch oder sexualisiert. Einer Statistik



Den BKA-Report („Partnerschaftsgewalt“) sowie weitere Infos und Filme finden Sie auf <https://www.sovd-nrw.de/lv-nrw/unsere-beratung/aktuelles>. Das Thema wird landes- und bundesweit unter dem Hashtag (Stichwort) #schweigenbrechen diskutiert und in die Öffentlichkeit getragen.

des Bundeskriminalamts (BKA) zufolge versuchte 2017 fast täglich ein (Ex-)Partner, eine Frau umzubringen.

Doch nicht nur in Partnerschaften sind Frauen tagtäglich geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Am Arbeitsplatz, in Pflegeeinrichtungen oder beim Spaziergang – geschlechtsspezifische Gewalt ist in gesellschaftlichen Strukturen verankert und kann überall stattfinden. Überproportional häufig werden Frauen mit Behinderungen Opfer von sexueller Gewalt.

Die SoVD-Landesfrauensprecherin Jutta König führte dazu eindringlich aus: „Keine Frau

darf Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt werden. Dazu haben wir uns mit der Istanbul-Konvention verpflichtet. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, gefährliche Rollenbilder auflösen und gewaltbetroffenen Frauen Schutz bieten. Wir Frauen im SoVD NRW fordern deshalb flächendeckend ausreichend Frauenhausplätze, damit jeder von Gewalt betroffenen Frau ein gewaltfreier Schutzraum geboten werden kann. Gerade Frauen mit Behinderungen finden selten einen Frauenhausplatz, weil es kaum barrierefreie Frauenhausplätze gibt. Das muss sich zwingend ändern.“



Foto: samuel/Adobe Stock

Über geschlechtsspezifische Gewalt wird oft geschwiegen. Auch wissen viele Betroffene nicht, wohin sie sich wenden sollen.

Unter der Rufnummer 08000/116 016 können Frauen jederzeit anonym und in 18 verschiedenen Sprachen, darunter auch Gebärdensprache und

Leichte Sprache, Unterstützung finden, wenn sie selbst oder ihnen bekannte Personen von Gewalt bedroht oder betroffen sind.



SoVD-Frauen machten auf das Hilfefon mit der Nummer 08000 / 116 016 aufmerksam.



Aktiv waren auch Elke Köhn ...



... und Anne Dörthe Lorenz.

Kranzniederlegungen zum Opfer-Gedenken an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen

SoVD-Gliederungen begehen Volkstrauertag

Zwei Wochen vor dem 1. Adventssonntag wird seit Jahrzehnten der Volkstrauertag begangen. Er wurde vom Verein Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. zum Gedenken an die Kriegstoten eingeführt. Es ist ein Tag des Innehaltens, der Einkehr und des Mitfühlens.

Menschen in Deutschland gedenken der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – und der

SoVD beteiligt sich jedes Jahr engagiert an dieser wichtigen Tradition. Diesmal fiel der Ge-

denktag auf den 17. November.

Der SoVD-Landesverband und der Kreisverband Düsseldorf nahmen an einer großen Kranzniederlegung in der Landeshauptstadt teil, und zwar auch mit einem eigenen Kranz. Vertreter der Landesregierung, des Landtages, der Landeshauptstadt Düsseldorf, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Bundeswehr gedachten am Mahnmal des Nordfriedhofs der Opfer durch Krieg, Vertreibung und Gewalt. Den Kreisverband Düsseldorf vertraten Herbert Leineweber und Dieter Wahsner.

Auch in anderen Orten NRW beging der SoVD den Volkstrauertag. Unter Federführung des Ortsverbandes Wanne erinnern-



Kranzniederlegung in Düsseldorf am Mahnmal des Nordfriedhofes.

te zum Beispiel der Kreisverband Herne an die Opfer von Gewaltherrschaft und Krieg. Die Gedenkfeier mit Kranzniederlegung fand am Mahnmal der Kriegsgräberstätte auf dem Hertener Waldfriedhof statt.

Die 2. Ortsverbandsvorsitzende, Hanne Ulbrich, rief in ihrer Rede auch ins Gedächtnis, dass der SoVD seine Wurzeln in der Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen zweier Weltkriege hat.



Teilnehmende der Kranzniederlegung Wanne/Herne in Hertener Waldfriedhof.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Bochum-Hattingen

„Auch nach 100 Jahren Frauenwahlrecht ist das Ziel auf dem Weg zur Gleichberechtigung noch nicht erreicht“, so Kreisfrauensprecherin Elke Köhn beim politischen Frauenfrühstück Ende November in Bochum. Frauensprecherinnen mehrerer Kreis- und Ortsverbände nahmen daran teil, ebenso die neue Bundesfrauensprecherin Jutta König.

Die mangelnde Gleichberechtigung machte Köhn etwa an der unterschiedlichen Einkommenssituation fest: „Frauen tragen noch immer ein durchschnittlich höheres Risiko, in Armut abzurutschen. Ein Grund dafür sind die über sieben Millionen Minijobs in Deutschland, die zum größten Teil von Frauen besetzt sind.“ Es dürfe keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben. „Nötig ist eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben.“

Zur geplanten Neuregelung des Mutterschutzes erklärte Köhn: „Das Mutterschutzgesetz stammt aus dem Jahr 1952. Seitdem haben sich die Gesellschaft und insbesondere die Arbeitswelt tiefgreifend verändert. Deshalb ist eine Reform überfällig.“ Die Schutzrechte müssten auch für behinderte Arbeitnehmerinnen gelten. Daher sei es richtig, das Gesetz auch auf Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auszuweiten. Doch müssten die Verbesserun-



Kreisverband Bochum-Hattingen

gen die Betroffenen erreichen: „Und hier stehen die Werkstätten in der Pflicht. Sie müssen schwangere und stillende Frauen mit Behinderung barrierefrei über ihre Rechte informieren.“

Auf dem Foto, v. li.: Barbara Rolla, Kreisfrauensprecherin Herne, Jutta König, Bundesfrauensprecherin, Elke Köhn, Kreisfrauensprecherin Bochum, und Monika Löderbusch, Schatzmeisterin des Ortsverbandes Bochum-Süd.

Ortsverband Bochum-Hordel

Kreisvorsitzende Jutta König ehrte Jubilarinnen und Jubilare in Bochum-Hordel: Dieter Claaßen und Nicole Gerargi für 25 Jahre Mitgliedschaft, Maria Gabriela Neuhaus und Bärbel Claaßen für 20 Jahre sowie Birgit Matysiak, Dirk Günter, Friederich Lohmann, Birgit Lohmann, Daniela

Lohmann, Doris Eickmeier und Dieter Eickmeier für 10 Jahre.

Ortsverband Wanne

Der SoVD Wanne zeichnete Lore Röder mit Ehrenurkunde und -medaille für ihr langjähriges ehrenamtliches Wirken aus. Die Ehrung nahm 1. Vorsitzender Gerd Griese vor. Seit 2002 setzte Röder sich als Frauensprecherin des Ortsverbandes für soziale und gesellschaftspolitische Rechte von Frauen ein. 2011–2018 tat sie das auch auf Kreisebene. Bis heute ist ihr die Pflege der Frauengruppe ein besonderes Anliegen.

Ortsverband Dortmund-Asseln

Seine Jubilarfeier beging der Ortsverband Dortmund-Asseln am 21. November im Wickeder Restaurant „Lindenhof“. Für 10 Jahre Mitgliedschaft ehrte er Margret Bromund, Karin Flintrop, Eleonore Grote, Christel Horn und Friedrich Horn, für 20 Jahre Inge Fittinghof und Horst Finkel. Es gab zwei „Silberjubilare“ mit 25 Jahren, Jürgen Bergemann und Karl Kohlmann. „Perlenjubilare“ mit 30 Jahren war Josef Göske.

Ortsverband Köln-Porz

Seine Jahrestour 2019 führte den SoVD Köln-Porz nach Ilmenau in Thüringen. Er besuchte Weimar, Oberhof und Suhl sowie eine Glasmanufaktur. „Eine tolle Reise“, so 1. Vorsitzender Gerd Barwinski (im Bild ganz re.).



Ortsverband Köln-Porz



Ortsverband Bochum-Hordel



Ortsverband Wanne

Ergänzende Information zu den neuen Beiträgen

Sehr geehrte Mitglieder des SoVD NRW,

sicherlich haben Sie bereits zur Kenntnis genommen, dass der Sozialverband Deutschland seine Mitgliedsbeiträge zum 1. Januar 2020 bundesweit anpassen musste (siehe zum Beispiel auch Dezember-Ausgabe der Verbandszeitung „SoVD – Soziales im Blick“, Seite 5).

Hierzu ist folgender Hinweis wichtig: Der im Landesverband Nordrhein-Westfalen bisher erhobene Zusatzbeitrag von monatlich 50 Cent wird nun nicht mehr erhoben!

Der Landesvorstand



Foto: Jeannette Dietl/Adobe Stock

Im Mitgliedsbeitrag enthalten ist unter anderem eine sozialrechtliche Beratung in den SoVD-Geschäftsstellen.



Urteile

Mieterhöhung: 20 Jahre alter Mietspiegel ist ungeeignet

Ein Vermieter darf die Miete erhöhen, wenn sie unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Dabei darf er aber keinen zu alten Mietspiegel heranziehen. Hier beabsichtigte ein Vermieter im Jahr 2017, die Miete von 300 auf 360 Euro zu erhöhen, und legte einen Mietspiegel von 1998 vor. Daran könne man nicht ablesen, so der Bundesgerichtshof, ob das Erhöhen berechtigt sei. Der Wert sei „schon im Ansatz nicht geeignet, das Erhöhungsverlangen zu begründen“ (BGH, Az.: VIII ZR 340/18).

Sozialhilfe: Amt zahlt Eingliederungshilfe für Schüler

Sozialämter sind verpflichtet, „verhaltensauffälligen“ Schülern einen Integrationshelfer zur Begleitung im Schulunterricht als „Eingliederungshilfe“ zur Verfügung zu stellen. Ein Beispiel aus NRW: Um am Unterricht sinnvoll teilnehmen zu können, brauchte ein Junge „eine 1:1-Betreuung, die ihn während des Unterrichts und der Pausen begleitet, ihn dabei unterstützt, pünktlich zum Unterricht zu erscheinen, seine Sachen ein- und auspacken, seinen Arbeitsplatz zu organisieren, sein Verhalten zu kontrollieren, aufzupassen, Informationen von der Tafel abzuschreiben, in der Mensa zu essen und seine Pausen sinnvoll zu gestalten“. Das gelte auch, wenn er eine inklusive Schule besucht und bereits sonderpädagogische Förderung erhält (Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Az.: L 9 SO 429/13 B ER). *wb*

Nachruf

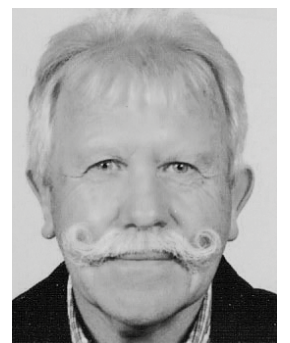
Der SoVD NRW trauert um

Hans-Jürgen Kohlmeier.

Er verstarb Ende November im Alter von 75 Jahren.

Kohlmeier war stellvertretender Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Bielefeld und leitete den Ortsverband Sennestadt. Außerdem engagierte er sich seit 2015 im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD NRW und nahm regelmäßig an den Sitzungen dieses Gremiums in Düsseldorf teil.

Wir trauern um einen lebenswürdigen und engagierten Kollegen. Unser Mitgefühl und unsere Gedanken sind bei seiner Familie.



5 Termine

Ortsverband Bochum-Wattenscheid

Neu ab Januar – jeden dritten Donnerstag im Monat, 17 Uhr: Mitgliederversammlung in der Gaststätte „Eldorado“, Otto-Brenner-Straße 15 in 44866 Bochum-Wattenscheid.

Kreisverband Gladbeck

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr: Frauen-Kaffeetreff (Männer sind auch gerne gesehen) im Marthaheim, Hermannstraße 16, 45964 Gladbeck. Info unter Tel.: 02043/78 60 98

Ortsverband Minden

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Klön- und Spielenachmittag im Möwentreff, Stiftsallee 63, 32425 Minden.

Ortsverband Düsseldorf-Stadtmitte

Jeden ersten Montag im Monat, 15 Uhr (November bis März) bzw. 17 Uhr (April bis Oktober): Mitgliedertreffen im Brauhaus „Am Dreieck“, Blücherstraße 6, 40477 Düsseldorf.

Ortsverband Kray

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Plaudercafé mit Vorträgen und Berichten aus dem Sozialbereich im SoVD-Begegnungszentrum, Rathaus Kray, Kamblickweg 27, 45307 Essen.

Kreisverband Herne

Rechts- und Sozialberatung über das Sozialberatungszentrum Bochum, Huestraße 15, 44787 Bochum. Termine bitte erfragen unter Tel.: 0234/6 65 44 oder E-Mail: info@sovd-bochum.de.

Ortsverband Herne-Mitte-Sodingen

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 17 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Urbanus“, Widumerstraße 23, 44627 Herne.

Ortsverband Eickel

Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen im Gemeindezentrum St. Josef, Hauptstraße 142, 44652 Herne.

Ortsverband Wanne

Jeden ersten Mittwoch im Monat, 14 Uhr: Frauentreffen, danach ab 15 Uhr: Mitgliederversammlung, beides im Seniorenwohnpark Flora Marzina, Heidstraße 132, 44649 Herne.

Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop

Sozialrechtsberatung in der Dickampstraße 7–9, 45879 Gelsenkirchen, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0209/15 52 20. Für Mitglieder in Gladbeck: Fritz-Lange-Haus, Friedrichstraße 7.

Ortsverband Bismarck

Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 15 Uhr: Frauengruppe, danach Mitgliederversammlung, in der „Alten Scheune Lahrshof“, Franziskusstraße 18. Informationen bei Dieter Harwardt, Tel.: 0209/81 40 84 oder 0170/7 74 11 60 (mobil).



Foto: Wellnhofer Designs/fotolia

Auch wiederkehrende Termine sollte man sich vormerken.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovd-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovd-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030/7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Mastholte

Eine gut besuchte Versammlung mit Adventsfeier fand am 30. November im Ortsverband Mastholte, Kreisverband Gütersloh, statt. Erstmals feierte der SoVD gemeinsam mit der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD) im Ort. Alle konnten sich bei Kaffee und Kuchen auf ein gelungenes Programm mit weihnachtlichen Auftritten, Gesang und Zeit fürs Miteinander freuen. Martin Schiller informierte über die Notfalldose. Diese erhielt im Anschluss jeder – von der KFD schick als Geschenk verpackt.



Ortsverband Maastholte



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Januar sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Rolf Meyer (92), Gerda Milerski (90), Anneliese Meise (93), Alice Adomeit (92), Ruth Geilhaupt (91), Anneliese Schürmann (91), Margarete Hansmeier (93).

KV Bochum-Hattingen: Werner Matysik (91), Bernhard Brockmann (95), Erich Galka (90), Elfriede Otto (91).

KV Dortmund-Lünen: Ewald Laufer (93), Ingeborg Schulz (94), Klara Althoff (95), Brigitte Leiter (93), Annelore Möller (95), Anna Zur Heiden (98), Margot Link (94).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Genevieve Niethammer (90), Wolfgang Seibt (91), Anneliese Klein (94), Walter Fischer (90), Ingeborg-Anneliese Flasche (90).

KV Essen: Ingrid Schrage (90), Christa König (94).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Anna-Marie Schubert (97), Anna Dupont (93), Luise Zägel (90), Helga Gembaczka (90), Gerhard Czerwinski (90).

KV Gütersloh: Anneliese Meyer zu Verl (91), Hildegard Winkler (93).

KV Hamm-Unna-Münster: Kurt Henke (97), Irmgard Hüls-witt (97), Irmgard Zschäbitz (93), Herta Karow (91), Margarete Niggemann (96), Wanda Migotz (99), Margot Strzelczyk (93).

KV Herford: Irmgard Klei-ne-weber (91), Martin Berger (90).

KV Herne: Anna Eggemeier (96), Irmgard Krombach (97).

KV Iserlohn-Hagen: Hildegard Walter (98), Anneliese Kerle (98).

KV Köln / Leverkusen / Erft-kreis / Aachen: Marianne Schif-fer (95), Peter Kau (99), Hartmut Kunzendorf (90).

KV Lippe: Peter Dürksen (94), Ruth Hanemann (91), Friedrich

Salmen (91), Willi Frohloff (95), Cornelia Pfeiffer (91), Hildegard Albeke (90), Giesela Knoll (95).

KV Lübbecke: Luise von Behren (97), Edith Koch (90), Meta Otto (93), Gisela Clauß (90), He-lene Wellpott (94), Lina Meyer (90), Helga Golcher (92), Hilde Pollert (94), Hilde Wojtke (92), Mimi Aschemeyer (96), Else Fricke (95), Else Mülken (92), Ma-rie Möhle (103), Erna Niermann (92), Minna Pohlmann (91), Hildegard Westerhoff (91), Grete Bölling (96), Heinrich Meier (92), Ludwig Segelhorst (90), Heinz Vahrenkamp (90), Edith Krüger (90), Sophie Quellhorst (95), Luise Fuhrmann (91), Herta Wolter (94), Elfriede Kalweit (92), Werner Hülshorst (91), Fritz Köhne (90), Josef Deipenbrock (92).

KV Märkischer Kreis: Irmgard

Schulte (95), Heinz Weber (91), Anneliese Klein (90).

KV Minden: Else Hucke (91), Siegfried Uhlmann (91), Rudolf Gödel (90), Hans Hackert (92), Elise Huter (100).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Gerhard Kühn (93), Hel-la Krzykowski (90), Werner Lech-tenböhrer (96), Egon Heise (92), Harry Krzykowski (91), Rudolf Bialowons (90), Josef Gudel (91).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Ober-berg: Gertraud Schneider (97), Else-Elfriede Hornig (99).

KV Siegen-Olpe-Wittgen-stein: Magdalene Patt (96), Heinz Schneider (92).

KV Westfalen-Ost: Ursula Au-ras (93).

KV Witten: Fritz Czirsch (92), Gerhard Hass (90), Helga Beckh (90).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Thomas Böhrer, Helmut Schmidt, Johanna Wolf (Bielefeld), Gisela Gerk (Bochum), Gisela Rieck (Gelsenkirchen), Willi Schnippenkötter (Gütersloh), Waltraud Haase, Edelgard Heinemann, Erich Kluge (Hamm-Unna), Ingrid Eikens, Heinz Loch (Köln/Leverkusen/Erftkreis/Aachen), Wilhelm Bettenbrock, Paul Bohlmann, Heinz Böckstiegel, Friedhelm Schmidt, Ingo Schünemann (Lübbecke), Manfred Baberg (Märkischer Kreis), Margret Klemme (Minden), Dieter Klawikowski, Hans-Walter Untiedt (Witten).

45 Jahre: Margot Emminghaus (Dortmund), Hans-Günter Usinger (Essen), Erich Gause, Bertholt Maass (Gelsenkirchen), Hans-Jürgen Klingebiel, Günter Thiel, Friedhelm Wienbrandt (Hamm-Unna), Klaus-Jürgen Depke (Herford), Karl-Heinz Mense (Lippe), Josefine Schmidt (Märkischer Kreis), Marlene Kruse (Minden), Ulrich Mertes (Rhein-Sieg/Bonn/Oberberg).

50 Jahre: Josef Block (Hamm-Unna).

65 Jahre: Alfred Hübner (Düsseldorf).

70 Jahre: Josef Gudel (Recklinghausen), Günther Kobusch (Bielefeld), Wilhelm Rode (Minden).



Familie Rieck



Familie Heetsch

Zum Jahresende sind weitere Familien in den SoVD Schleswig-Holstein eingetreten

Herzlich willkommen im Landesverband!

Auch in den vergangenen Monaten haben sich wieder viele Familien dem SoVD Schleswig-Holstein angeschlossen und sind damit Teil der größten Familie des Nordens geworden. Unter allen Familien, die in den SoVD eingetreten sind, werden pro Quartal fünf ausgelost. Die Gewinnerfamilien werden wie immer mit Gutscheinen für einen kostenlosen Tagesaufenthalt im Hansa-Park Sierksdorf beschenkt.

Die SoVD-Rolandbären waren wieder mit Freitickets unterwegs: Groß war die Freude bei Familie Behrens aus Schwissel über den Gewinn der Hansa-Park-Karten. In den SoVD eingetreten ist die Familie, um einen starken Partner in sozialen Fragen an ihrer Seite zu haben.

Auch Familie Rieck aus Rendsburg freute sich sehr über die Eintrittskarten. Insbesondere bei den Töchtern Gina und Lea herrscht große Vorfreude auf ein spannendes Hansa-Park-Abenteuer.



Familie Behrens

In Reher konnte sich die Familie Heetsch über die Rolandbären und den unerwarteten Gewinn der Hansa-Park-Karten freuen.

Außerdem gratuliert der SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein den neu eingetretenen Familien Scheunemann aus Niebüll und Kuhlmann aus Bahrenfleth herzlich zum Gewinn der Hansa-Park-Karten. Beide Familien konnten aus terminlichen Gründen leider nicht persönlich in der Verbandszeitung vorgestellt werden.

Für Zukunft stark machen

Der SoVD-Bundesverband hat auf seiner Verbandstagung beschlossen, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, um die Dienstleistungen für die Mitglieder zu verbessern.

Von Beginn dieses Jahres an gelten folgende Mitgliedsbeiträge:

Einzelmitgliedschaft: 6,90 Euro, Partnermitgliedschaft: 10,40 Euro, Familienmitgliedschaft: 11,50 Euro.

Der SoVD Schleswig-Holstein wird die Beitrags-erhöhung dazu nutzen, seine Sozialberatungszentren und seine Rechtsschutzabteilung sowohl personell als auch materiell zu stärken und damit zukunftsfest zu machen. Wir wollen auch langfristig ein starker Partner in sozialen Fragen für unsere Mitglieder bleiben und Ihnen kompetent und zugewandt mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Wir hoffen, dass unsere Mitglieder uns weiterhin ihr Vertrauen schenken und der größten Familie des Nordens treu bleiben.

Außerordentlicher Landesverbandstag beschließt Thesenpapier zur Pflege

SoVD fordert: Pflegereform jetzt!

Auf einem außerordentlichen Landesverbandstag haben die Delegierten des SoVD Schleswig-Holstein unter dem Motto: „Menschen helfen – Pflegereform jetzt“ einstimmig ein Thesenpapier zur Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Menschen beschlossen.

Die zentralen Aussagen des Thesenpapiers des SoVD Schleswig-Holstein lauten:

- Die Finanzausstattung in der Pflege endlich nachdrücklich verbessern,
- steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige ausbauen,
- eine Pflegeversicherung für alle Bürger*innen schaffen,
- die Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege besser und gleich bezahlen
- sowie mehr Menschlichkeit in der Pflege und im Krankenhaus durch eine Stärkung der kommunalen Verantwortung gewährleisten.

Der außerordentliche Landesverbandstag des SoVD Schleswig-Holstein war notwendig geworden, weil auf dem regulären Verbandstag im Juni aus Zeitgründen nicht alle Fragen – insbesondere zur

Satzung des Landesverbandes – abschließend behandelt werden konnten.



Der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Alfred Bornhalm, stellte das Thesenpapier zur Pflege vor.



Aktuelle Urteile

Mietrecht: Der Ausgleich der Mietschulden rettet die Wohnung nicht immer

Allgemein gilt, dass ein Mieter, der mindestens zwei Monatsmieten in Rückstand ist und deswegen vom Vermieter die fristlose Kündigung des Mietvertrages erhält, durch Ausgleich der Mietschulden den drohenden Verlust der Wohnung abwenden kann. Aber: Der Bundesgerichtshof hat bereits 2005 entschieden, dass damit „nach Abwägung aller Umstände“ zwar die fristlose, nicht aber eine hilfsweise ausgesprochene ordentliche Kündigung auch vom Tisch sein muss. Das Landgericht Berlin segnete die ordentliche Kündigung ab, obwohl die Mieterin die Mietrückstände begleichen konnte. Sie hatte auch in den Jahren zuvor immer wieder mal Rückstände und hielt sich nicht an die mit dem Vermieter vereinbarten Ratenzahlungen. Das lässt keine positive Zukunftsprognose zu (LG Berlin, 65 S 223/18).

Erwerbsminderungsrente: Gibt es keinen „Markt“ für Teilzeit, muss es volle Rente geben

Ist ein Arbeitnehmer nur noch reduziert arbeitsfähig und besteht für ihn gleichzeitig keine Aussicht auf eine entsprechende Teilzeitarbeit, so muss die Rentenversicherung ihm eine Rente wegen voller Erwerbsminderung zugestehen. Er muss bei seinem Noch-Arbeitgeber nicht eine Reduzierung der Arbeitszeit beantragen. Die Rentenversicherung darf ihm nicht nur eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung zusprechen. Kann der Arbeitgeber keine entsprechende Teilzeitstelle anbieten und ist auch nicht damit zu rechnen, dass der Arbeitsmarkt eine entsprechende Stelle hergibt, so steht die volle Rente zu (Hessisches LSG, L 5 R 226/18). *wb*



So sieht das Plakat zum Thesenpapier des SoVD aus.



Waren bei der Gütesiegel-Verleihung dabei (v. li.): Matthias Eichhorn (Marktleiter familia Husum), Jutta Kühl (1. Landesvorsitzende), Christian Lahrtz (Geschäftsführer familia-Nordost), Hans Böttcher (Vorsitzender OV Husum), Petra Lenius-Hemstedt (Vorsitzende Kreisverband Nordfriesland) und Kay Schnoor (Regionalleiter familia nördliche Märkte).

Gütesiegel für den familia-Markt in Husum

Inklusiver Einkaufsmarkt

Der familia-Markt in Husum ist vom SoVD Schleswig-Holstein mit dem „Gütesiegel für ein besonderes Engagement für die Teilhabe von behinderten und älteren Menschen in der Gesellschaft“ ausgezeichnet worden. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des SoVD-Kreisverbandes Nordfriesland, Petra Lenius-Hemstedt, überreichte die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl das Gütesiegel und die dazugehörige Urkunde an den Geschäftsführer von familia-Nordost, Christian Lahrtz.

Mit der Ehrung würdigt der SoVD die erfolgreichen Bemühungen von familia-Nordost, ihren Markt in Husum durch bauliche Veränderungen den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung anzupassen. Besonders hervorzuheben sind die gute Parkplatzsituation für Gehbehinderte, die schwellenlosen Eingangsbereiche, die speziellen Einkaufswagen für Menschen mit einer Gehbehinderung, die breiten Gänge zwischen den Einkaufsregalen, die größer als üblich konzipierten Preisschilder und das vorbildliche Behinderten-WC.

Im Rahmen der Auszeichnung sagte Jutta Kühl: „Wir arbeiten schon seit Jahren vertrauensvoll und konstruktiv mit familia zusammen und freuen uns sehr, dass diese Zusammenarbeit auch im Husumer Markt Früchte getragen hat. Der Markt ist so barrierearm wie möglich gestaltet und trägt somit zur gesellschaftlichen Teilhabe von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie Menschen mit Behinderung bei. Der Abbau von Barrieren ist ein wesentlicher Bestandteil auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.“

Christian Lahrtz bedankte sich für die Auszeichnung und sagte: „Jeder Kunde soll sich bei uns wohlfühlen und gern zu uns kommen, deshalb freuen wir uns sehr über die weitere Zusammenarbeit mit dem Sozialverband Deutschland.“

Spray richtig nutzen

Viele Menschen nutzen bei einem Schnupfen abschwellend wirkende Nasensprays. Diese sollten jedoch nur etwa sieben Tage lang angewendet werden. Andernfalls besteht die Gefahr der Abhängigkeit. Auf längere Sicht ist es daher ratsam, auf Präparate mit abschwellenden Wirkstoffen wie Alpha-Sympathomimetika zu verzichten und stattdessen Nasensprays auf Salzbasis zu verwenden. Diese befeuchten die Nasenschleimhäute, wodurch sich Krankheitserreger schwerer festsetzen könnten. Sprays mit einer höheren Salzkonzentration wirken zudem leicht abschwellend, ohne abhängig zu machen.

Ein Nasenspray sollten sich nicht mehrere Personen teilen, um sich nicht gegenseitig immer wieder mit Keimen anzustecken. Damit man sich nicht mit seinen eigenen Keimen erneut ansteckt, hilft es, den Sprühkopf mit warmem Wasser abzusputzen und abzutrocknen.

Wenn das Nasenspray nicht vollständig aufgebraucht wurde, sollte es weggeworfen werden.

Quelle: Barmer

220 Millionen Euro für den Regionalverkehr – Inklusion bleibt außen vor

Neue Züge sind nicht barrierefrei

Ab dem Jahr 2022 sollen endlich neue Züge im schleswig-holsteinischen Nahverkehr unterwegs sein. Eine Nachricht, über die sich auch viele Menschen mit Behinderung gefreut haben – denn mit der Barrierefreiheit bei Zügen und Bahnhöfen gibt es nach wie vor massive Probleme. Als die Vertreter von Menschen mit Behinderung dann zum ersten Mal Details über die neuen Züge erfuhren, war von Vorfreude jedoch keine Rede mehr. Blankes Entsetzen trifft es mittlerweile wohl eher.

Worum geht es? Die DB Regio AG will für 220 Millionen Euro 18 neue Doppelstockzüge für den Regionalverkehr in Schleswig-Holstein anschaffen, unter anderem für die Strecke Lübeck-Hamburg. Bei den Neuanschaffungen handelt es sich um das Modell KISS der Firma Stadler. An und für sich ein schnittiger Zug, aber leider mit einem bedeutsamen Haken: „Wer als Rollstuhlfahrer in den Zug hinein und dann weiter zu den Rolli-Plätzen will, muss drei Rampen überqueren. Alle mit einer Steigung von 15 Prozent“, sagt Kay Macquarrie vom SoVD Schleswig-Holstein. „Das ist extrem steil und macht die ganze Sache richtig gefährlich.“

Auch Heike Witsch vom Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) kann es nicht fassen: „Nicht nur für Rollstuhlfahrer ist diese Konstruktion gefährlich, auch für Fahrgäste mit Rollator, blinde oder sehbehinderte Fahrgäste, Eltern mit Kinderwagen und Fahrgäste mit schwerem Gepäck kann der Einstiegsbereich zur Falle werden.“

Doch nicht nur bei der Rampe wurde offenbar nicht an Menschen mit Behinderung gedacht: Zwischen den beiden Rampen ist eine Wendefläche mit einem Durchmesser von



Kay Macquarrie kritisiert die Deutsche Bahn scharf für die Anschaffung nicht rollstuhlgerechter Nahverkehrszüge.

117 Zentimetern vorgesehen. Das Gesetz fordert mindestens 150 Zentimeter. „Wer schon einmal selbst ausprobiert hat, mit einem größeren Rollstuhl zu wenden, sieht gleich: Das ist viel zu eng“, weiß Heike Witsch.

In Schleswig-Holstein ist NAH.SH für den Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs verantwortlich. Gegenüber dem NDR gibt Dennis Fiedler zu: „Wir wissen (...), dass das für manche Menschen mit Behinderungen nicht ausreicht.“ Alfred Bornhalm aus dem geschäftsführenden Landesvorstand des SoVD Schleswig-Holstein möchte das so nicht stehen

lassen: „Schleswig-Holstein ist wie alle Bundesländer gesetzlich verpflichtet, den kompletten ÖPNV bis 2022 barrierefrei aufzustellen. Wie kann es sein, dass genau dann 18 neue Züge angeschafft werden, die nicht barrierefrei sind? Das ist doch ein Schildbürgerstreich.“

Der SoVD will die Entscheidung von NAH.SH nicht auf sich beruhen lassen. Bornhalm weiter: „Die Landesregierung muss hier eingreifen. Es kann nicht sein, dass zum jetzigen Zeitpunkt solch eine Investition getätigt wird, die derart gegen die UN-Behindertenrechtskonvention verstößt.“

Geldautomaten mit Postbank-Aufkleber sorgen für Verwirrung

Teure Überraschung möglich

Geldautomaten des Betreibers Cardpoint, die einen Postbank-Aufkleber tragen, sorgen für teure Überraschungen. Denn: An solchen Automaten erhalten ausschließlich Postbank-Kunden kostenlos Bargeld.

Die Postbank AG hat in Kooperation mit dem größten Geldautomatenbetreiber in Deutschland – Cardpoint – seit Ende 2018 zahlreiche neue Geldautomaten aufgestellt. An den Automaten ist ein großer Sticker mit dem Postbank-Logo angebracht. Kostenlos Bargeld mit der Girocard (vormals: „EC-Karte“) erhalten dort seitdem ausschließlich Kunden der Postbank.

Bei den Marktwächtern (eine Initiative der Verbraucherzentralen) haben sich bereits Verbraucher aus sieben verschiedenen Bundesländern über die Abhebekosten an Geldautomaten mit einem Postbank-Sticker beschwert. Besonders tückisch

hierbei: Selbst Kunden der Cashgroup – einem Bankenverbund, zu dem auch die Postbank gehört – müssen für Geldabhebungen zahlen. Dabei stiftet vor allem der Postbank-Aufkleber Verwirrung. Denn gerade durch diesen wähnen sich einige Kunden mit Girokonto bei einem anderen Cashgroup-Partner in Sicherheit.

Auf anfallende Kosten wurden einige Kunden nach eigenen Angaben nicht hingewiesen. Sie fühlen sich schlichtweg in die Irre geführt.

Die Marktwächterexperten haben beide Anbieter mit dem Problem konfrontiert. Sowohl Cardpoint als auch die Postbank weisen die Anschuldigungen

zurück: an Geldautomaten von Verbundpartnern sei für gewöhnlich das Cashgroup-Logo abgebildet und während des Abhebevorgangs werde am Display zudem darüber informiert, dass durch die Hausbank keine Kosten anfallen. Zugleich werde, so Cardpoint, auf die Höhe des an den Automatenbetreiber zu entrichtenden Entgelts hingewiesen.

Generell ist es immer ratsam, beim Abheben von Bargeld besonders achtsam zu sein. Das gilt insbesondere für Automaten außerhalb von Bankfilialen. Behalten Sie immer genau im Auge, ob am Display eventuelle Kosten ausgewiesen werden.

Quelle: Verbraucherzentrale



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Lunden



Ortsverband Norderstedt



Ortsverband Kiel-Suchsdorf



Ortsverband Weddingstedt



Ortsverband Hoisdorf



Ortsverband Uetersen

Ortsverband Lunden

Gut besucht war eine Informationsveranstaltung zum Thema „Wie viele Medikamente braucht der Mensch?“ des Ortsverbandes Lunden. Den Vortrag hielt die Chefärztin einer Klinik für Frührehabilitation und Geriatrie, Dr. Meike Reh.

Günther Raddach dem Ortsverband Norderstedt die Treue.

Ortsverband Kiel-Suchsdorf

42 Mitglieder des Ortsverbandes Kiel-Suchsdorf besuchten einen Erste-Hilfe-Kurs der Johanniter in der örtlichen Kirchengemeinde.

Ortsverband Norderstedt

Bereits seit 65 Jahren hält Dr.

Ortsverband Hoisdorf

Auf der Mitgliederversamm-

lung des Ortsverbandes Hoisdorf war die Hamburger Hobby-Künstlerin Tanja zu Gast. Sie stellte eine Reihe ihrer Gemälde vor. Das Thema ihrer Werke ist vor allem die Natur. In ihren beeindruckenden, naturalistischen Bildern werden Blumen,

Pflanzen und Landschaften dargestellt.

Ortsverband Weddingstedt

Traditionell gut besucht und stimmungsvoll war die Oktoberfest-Veranstaltung des Ortsverbandes Weddingstedt.

Ortsverband Uetersen

Sein 100-jähriges Bestehen feierte der Ortsverband Ue-

tersen mit 85 Mitgliedern und Gästen in der Gaststätte „Zur Erholung“ – dem Ort, an dem er zu damaliger Zeit als „Reichsbund“ auch gegründet wurde. Ehrengäste waren unter anderem die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl (siehe Foto, 4. von rechts) und die Vorsitzende des Kreisverbandes Pinneberg, Siegrid Tenor-Alschausky (siehe Foto, 2. von links).

Angebote der Kooperationspartner des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

Theatererlebnisse für SoVD-Mitglieder

Alle SoVD-Mitglieder haben die Möglichkeit, Theaterkarten zum günstigen Volksbühnenpreis einzukaufen. Für Ausflüge der Ortsverbände an die Theaterspielorte in Schleswig-Holstein und Hamburg organisiert die Volksbühne den Service.

Opernhaus Kiel

Eugen Onegin, Ballett nach Musik von Peter Tschaikowski: Nacherzählung des russischen Nationalepos von Alexander Puschkine, das die dramatische Liebesgeschichte zwischen dem Dandy Eugen Onegin und Tatjana, der späteren Fürstengattin, schildert. Termine: 13.2., 15.2. und 22.2., jeweils 19.30 Uhr. Preise: 13 bis 45,10 Euro.

Die Fledermaus, Operette von Johann Strauß: Von Eisenstein muss wegen Beamtenbeleidigung ins Gefängnis. Sein Freund irrt ihm, sich davor noch einmal ordentlich zu amüsieren – auf einem Ball des Prinzen Orlofsky. Das führt zu einer durchzech-

ten Nacht voller Verwechslungen. Termine: 30.1., 11.2., 14.2., 21.2., 14.3., jeweils 19.30 Uhr; Preise: 13 bis 45,10 Euro.

Schauspielhaus Kiel

Vögel, Wajdi Mouawad lässt Generationenkonflikte, Familiengeheimnisse, Fragen der religiösen Identität und moderne Migrationsgeschichten auf die realpolitischen Zustände des israelisch-arabischen Konflikts treffen. Termine: 21.2., 18.3., jeweils 20 Uhr; Preise: 11,50 bis 26 Euro.

Was ihr wollt – Das Musical, Shakespeares turbulente Liebeskomödie, mit der exklusiv komponierten Musik von Echo-

Preisträger Martin Tingvall und Songwriterin Regy Clasen, als mitreißendes Step-Musical. Termine: 22.4., 13.6., jeweils 20 Uhr; Preise: 14,50 bis 32,30 Euro.

Weitere Termine der Theater und Schauspielhäuser finden Sie immer aktuell im Internet: www.volksbuehne-kiel.de.



Foto: Olaf Struck

Tolles Ballett in Kiel: Eugen Onegin.

SoVD-Mitglieder erhalten vergünstigte Karten: Sie bestellen mit der Kooperationsnummer **68 00 29 39** bei der Volksbühne. Die Karten kommen auf Rechnung per Post oder Sie holen sie direkt

in der Geschäftsstelle ab.

Die Anschrift lautet: Volksbühne Kiel e. V., Rathausstraße 2, 24103 Kiel. Die Ansprechpartner: Susanne Reimer und Monika Wolff, Tel.: 0431/9 82 78 90, Fax: 0431/97 04 71, volks-

buehne-kiel@t-online.de. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 13 Uhr, Donnerstag von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeiten ist ein Anrufbeantworter eingeschaltet.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Edith Koritter-Siebken,

Ehrenvorsitzende und ehemalige Vorsitzende Ortsverband Jersbek, Bargfeld-Stegen, Nienwohld / Kreisverband Stormarn.

Reimer Sachau,

stellvertretender Vorsitzender Ortsverband Ecklak-Kudensee / Kreisverband Steinburg.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Kümmern sich um die SoVDler in Probsteierhagen (v. li.): Bettina Mierse (1. Vorsitzende), Irmgard Ulber (Beisitzerin), Roswitha Spiegler (Schriftführerin), Peter Spiegler (Schatzmeister) und Dorothee Hille (stellvertretende Vorsitzende).

Aktuelle Urteile

Verkehrsrecht: Ist ein Radweg vorhanden und „in Schuss“, so muss er auch benutzt werden

Radelt ein Fahrradfahrer auf der Straße, obwohl in diesem Bereich die Benutzung des Radweges durch das blaue Radweg-Schild angeordnet ist, so haftet er für den Schaden an einem am Straßenrand geparkten Wagen, der dadurch entstanden ist, dass der Radler dagegen stürzt. Das gilt auch dann, wenn der Fahrradfahrer angibt, von einem ihn überholenden Lkw abgedrängt worden zu sein. Weil der Radweg in einem tadellosen Zustand gewesen war, hätte der Radler nicht auf der Straße fahren dürfen. Denn der Radweg hat ja den Sinn, „Rad- und Kraftfahrzeugverkehr zur Vermeidung von Unfällen zu entmischen“ (LG Hamburg, 323 O 79/18). *wb*

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 155.000 Mitstreiter*innen. Für das Jahr 2020 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!**

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat Dezember sind:

- Karin Westrich (Kreisverband Ostholstein),
- Reinhard Kühne (Kreisverband Pinneberg),
- Ellen Carstensen (Kreisverband Plön),
- Frank Reimer (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Silke Schettler (Kreisverband Segeberg),
- Marlies Wilhöft (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Regina Kuhrt (Kreisverband Steinburg).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:

Joachim Dikty, Horst Burmester, Ingrid Perro, Bruno Peterl, Anna Mommsen, Volker Schladetsch, Anke Hansen, Elke Hahn, Carola Beeck, Ernst-August Fürst, Dieter Schilling, Irina Henneberg, Gudrun Geppert, Werner Hamm, Astrid Kosiolek, Reimer Borchers, Horst Zawada.

Wir bedanken uns bei allen Werber*innen, die so engagiert und erfolgreich für unseren Verband neue Mitglieder geworben haben. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken.

Unsere Ortsverbände stellen sich vor

Mit viel Spaß für die gute Sache!

Der Ortsverband Probsteierhagen im Kreis Plön hat heute fast 210 Mitglieder. Im Jahr 1996 waren es lediglich 54. Diese bemerkenswerte Steigerung der Mitgliederzahl ist in erster Linie der Arbeit des engagierten Vorstandsteams unter Führung der Vorsitzenden Bettina Mierse zu verdanken. Das Team stellt ungemein viel auf die Beine und ist dabei mit jeder Menge Spaß und Freude bei der Sache.

Höhepunkt und zugleich Beginn des Jahresveranstaltungs-kalenders ist der Neujahrsempfang im Schloss Hagen. Regelmäßig kommen 60 bis 70 Personen zu der Veranstaltung, die musikalisch von einem Chor begleitet wird. Auch Nicht-Mitglieder sind stets herzlich eingeladen.

Pro Monat gibt es im Wechsel ein Bingo-Spiel und ein gemeinsames Frühstück. Im Programm finden sich auch eine Frühjahrs- sowie eine Herbstveranstaltung, jeweils mit spannenden Infothemen.

Einmal im Jahr geht der Ortsverband Probsteierhagen auf eine vier- bis fünftägige Reise. Ziele waren unter anderem schon das Riesengebirge, der Spreewald und Danzig. Die zweimal im Jahr ausgetragenen Tagesfahrten führen zu interes-

santen Zielen in der näheren Umgebung.

Besonders beliebt ist die Rundfahrt um die landesweit bekannten Strohfiguren. Während eines Nachmittags werden im Juli oder August die 19 Stationen abgefahren.

Der jährliche Theaterbesuch bei den „Lachmöwen“ in Laboe rundet das reichhaltige Programm ab.

Im Rahmen der Mitgliederbetreuung bekommen Geburtstagskinder vom 80. Lebensjahr an alle fünf Jahre einen Präsent-

Das Scheckheft ist bestellbar in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, Muhliusstraße 87, 24103 Kiel. Für je fünf geworbene Mitglieder erhalten Sie eine Prämie: einen Gutschein für Fleurop, arko oder Tchibo.

korb, in den Jahren dazwischen gibt es einen Blumengruß. Auch Jubiläumshochzeiten werden persönlich besucht und die Ehepaare mit einem Geschenk bedacht.

Insgesamt leistet der Ortsverband Probsteierhagen hervorragende Arbeit zum Wohle seiner Mitglieder.



Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit einheitlich, ohne Vorwahl und für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum-Lauenburg

04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 04631/4 41 34 47. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/5 90 99 60, zusätzlich wochentags 10–18 Uhr die bundesweite Hotline: 0800/0 11 77 22 (9 Cent pro Min. aus dem dt. Festnetz).

- **Kinder- und Jugendnottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.